

# ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

## Schon gewählt?

Die vorgezogenen Bundestagswahlen sind noch gar nicht angesetzt worden, und es bleibt fraglich, ob sich Herr Köhler – der CDU-Mann an der Staatsspitze – so bewegen wird, wie es sich der trickreiche Kanzler erhofft. Was geschieht, wenn er der SPD einen Strich durch die Rechnung macht und einfach nein sagt, weil maßgebliche Kreise des deutschen Kapitals, dessen Präsident Horst Köhler ist, lieber mit der CDU-Herrschaft in SPD-Form weitermachen wollen? Das wäre für Schröder eine schwere Blamage. Er müsste zurücktreten oder für ein weiteres Spießruten-Jahr mit schmaler Bundestagsmehrheit und gegen den Bundesrat „regieren“. Vielleicht würde er das ramponierte Amt dem bekannten „Antikapitalisten“ Müntefering zuschieben.

Aber auch Köhlers Zustimmung zu dem faulen Zauber der Schröder-Müntefering-Truppe würde dieser keine Luft verschaffen. Denn von dem „Befreiungsschlag“, den sich der Hartz-IV-Kanzler ausgedacht hat, ist außer der Befreiung von Amt und Würden nichts zu erwarten.

Was bei einer Wahl herauskäme, könnte man nur als Entscheidung zwischen Pest und Cholera bezeichnen: Entweder gäbe es eine Große Koalition von CDU/CSU und SPD, in der Kapitaldemokraten vom Schlag Wolfgang Clements den „äußersten linken Rand“ verkörpern würden, oder die tintenschwarze Malaise pur.

Die von Schröder suggerierte Vorstellung, die SPD sei „die Alternative“ zu Angela Merkel, beruht auf einem Trugschluß. Ihren „Reiz“ haben wir gerade sieben Jahre lang hautnah erlebt. Sie hat uns in das größte soziale Desaster der Nachkriegsjahrzehnte hineingezerrt und systematisch ärmer gemacht.

Nein, die SPD ist eine zutiefst bourgeoise Partei geworden, die sich von CDU/CSU und FDP nur noch dem Namen nach unterscheidet. Selbst mit dem Antifaschismus – früher ein Markenzeichen der Sozialdemokratie – hapert es. Unter ihrem zackigen Innenminister Schily, der seine Polizei auf Gegendemonstranten hetzt und Neonazis beschirmen läßt, ist die braune Sippschaft zu einer direkten Gefahr für die bürgerliche Demokratie geworden. Und die öffentlich-rechtlichen Medien der BRD lassen es sich nicht nehmen, Hitler und seine Kumpanei permanent zu „humanisieren“.

Erstes Fazit: CDU/CSU und FDP sind ebenso wie SPD und Grüne für Leute mit politischem Verstand und Augenmaß nicht wählbar.

Würde sich also die Stimmenthaltung empfehlen? Das wäre wohl kaum der Königsweg. Wahlabstinz würde nur Wasser auf die Mühlen der „großen Volksparteien“ leiten und deren Anteile erhöhen.

Was also tun? Nüchtern betrachtet ist weder eine Revolution noch ein politischer Erdbeben zu erwarten. Die vom Marxismus ausgehenden und deshalb unverzichtbaren Kräfte der Gesellschaft sind einseitig zu schwach, um ihr Gewicht in die Waagschale werfen zu können. So ist das Gebot der Stunde die Zusammenführung der verschiedensten Linken aus Parteien, Gewerkschaften, Bewegungen und Vereinen. Nur in deren zunächst heterogener und möglicherweise auch zeitlich begrenzter Allianz besteht eine Möglichkeit, verlässlich als Fraktion in den nächsten Bundestag einzuziehen.

Gegenwärtig haben die PDS – eine im Osten hinreichend verwurzelte antifaschistisch-demokratische Partei – und die vor allem im Westen beheimatete linkssozialdemokratische WASG, die in NRW auf Anhieb 2,2 % der Stimmen errang, nach Meinungsumfragen gute Aussichten, bei taktischer Zusammenführung ihrer Potentiale bis zu 10 % der Stimmen zu bekommen und als starke Oppositionskraft ins Parlament zu gelangen.

Bei allem gibt es auch Unwägbarkeiten. Belastend wäre es z. B., wenn Kräfte, die zur Unterstützung einer solchen Liste bereit sind, aus antikommunistischen Vorbehalten zurückgewiesen würden. Nicht minder negativ würde es sich auswirken, wenn die PDS bei dem zweifellos mit Zugeständnissen aller Beteiligten verbundenen Kompromiß ihr eigenes Gesicht verlöre und irgendwann im Bett einer neuen sozialdemokratischen Partei aufwachte, die lediglich das von der SPD geräumte Feld besetzt hat. Sie dorthin zu bugsieren, ist offenbar das Anliegen von Gregor Gysi und Oskar Lafontaine. „Links von der SPD“ heißt aber nicht unbedingt links! Warum verlangte Gysi eigentlich von seiner Partei eine „Identitätserweiterung“ und „ein Stück Erneuerung“? Sagte er nicht wörtlich zur „Berliner Zeitung“, jetzt gehe es darum, daß die demokratischen Sozialisten „ein bißchen weniger PDS und ein bißchen gesamtdeutscher“ würden? Noch immer die Mentalität des Ankommenwollens?

Zweites Fazit: Man sollte die Vorzüge des Projekts Wahlalternative/PDS realistisch in Betracht ziehen, Ziele und Inhalte gründlich prüfen. Wenn das Linksbündnis gegen die „Agenda 2010“ und Hartz IV, jedwede Regierungskoalitionen, Massenarbeitslosigkeit und Lohnabbau, die vom Bundestag abgenickte Europa-Verfassung sowie die permanente Kriegsverstrickung der Bundeswehr eindeutig Stellung bezieht, verdient es unsere Stimmen. Dann könnte man sagen: Schon gewählt!

Klaus Steiniger



### INHALT

Ein notwendiger Schritt	S. 1
Die Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus	S. 3
Ist die Parteifrage überholt?	S. 4
Als selbst Adenauer noch gegen das Großkapital war	S. 5
Das Dilemma der „Wirtschaftswesen“	S. 6
Vom Völkerrecht geächtet: der „Präventivkrieg“	S. 7
Heilige Einfalt!	S. 8
Schulzes Traum	S. 9
Mäßige Recherche	S. 9
Wie die demokratische Schulreform in die Gänge kam	S. 10
Wie stehen wir zum Parlamentarismus?	S. 11
Wer waren die Paten der BRD?	S. 12
Späte Einsicht	S. 12
Wie war das mit der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik?	S. 13
Robert Leßig: Was mir auf den Nägeln brennt	S. 14
Beim „2. Slot“ in Berlin	S. 15
Kommunist und Internationalist: Herbert Tschäpe	S. 16
Nochmals zur Terrorismusfrage	S. 17
Vor 50 Jahren schloß sich die BRD der NATO an	S. 18
Antifa-Konferenz marxistischer Linker in Chemnitz	S. 18
Worauf gründete sich der Warschauer Vertrag?	S. 19
Wer errichtete im Baltikum die Sowjetmacht?	S. 20
Was geschah mit der KPdSU?	S. 21
Trauer um Harilaos Florakis	S. 22
Vive la France!	S. 22
Die erste Etappe der ungarischen Konterrevolution von 1956	S. 23
Wie Kohl und Stoiber den italienischen Neofaschismus hoffähig machten	S. 24
Zum Tode von Alvaro Cunhal	S. 25
Adios, Vasco!	S. 25
Strategischer Plan Kuba – Venezuela	S. 26
Der Schlüssel zum Sieg	S. 26
Er schuf die Stele auf dem Gänseanger: Heinz Tichauer	S. 27
Albert Kuntz: „Liebste Ellen ...“	S. 27
Lisa Pittkos Fluchtpfad aus Nazideutschland	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Mit Schröders „Agenda 2010“ und „Hartz IV“ war in NRW eine Protestwahl vorprogrammiert. Der Zorn der Betroffenen entlud sich – allerdings so, wie es den Interessen der tatsächlichen Machtinhaber hierzulande entspricht. Denn nun kann die unter Schröder und Müntefering praktizierte (übrigens von Merkel und Stoiber wohlwollend geförderte!) soziale Barbarei noch rigoroser betrieben werden. Wahlen in Nordrhein-Westfalen gelten als „kleine Bundestagswahl“; in der Regel wird ihr Ergebnis mit der folgenden großen Bundestagswahl nachvollzogen.

zu bessern, genüge es, so die weitverbreitete naive Vorstellung, einfach andere Abgeordnete in die parlamentarischen Gremien zu wählen.

Entgegen allen Erfahrungen hält sich dieser politische Kinderglaube hartnäckig. Was sich nicht zuletzt daraus erklärt, daß er dem Hang zu Bequemlichkeit sehr entgegenkommt: Man braucht bloß einmal in vier Jahren zur Wahl zu gehen, um danach vertrauensvoll zuzuschauen, wie es die Gewählten richten. Oder sie, falls man von ihrem Wirken enttäuscht

Die Schwierigkeiten aber sollte man nicht übersehen. Zunächst: Schröders Neuwahl-Coup versetzte seine politischen Konkurrenten – und ganz besonders die personell und finanziell schwächeren linkssozialdemokratischen Parteien – in Zeitnot. Der Schlauberger auf dem Kanzlerstuhl kalkulierte natürlich ein, daß sich die linken Kritiker nicht als Listenverbindung formieren können. Daß sie den rechtlich möglichen Weg der Neugründung einer Wahlpartei gehen und termingemäß bewältigen würden, schien von vorneherein wenig wahrscheinlich.

Wer aber eine gemeinsame linke Kandidatur als echte (wenn nicht gar einzige) Chance begreift, im künftigen Bundestag eine quantitativ nennenswerte Oppositionskraft zu installieren, muß diesen Versuch wagen.

In einem gemeinsamen Appell forderten über 300 Vertreter aus PDS und WASG sowie Gewerkschafter, Betriebsratsvorsitzende, Sprecher außerparlamentarischer Bewegungen, Politikwissenschaftler u. a. denn auch frühzeitig die Führungen beider Parteien auf, „ihrer Verantwortung gerecht zu werden“. Zeitgleich jedoch präsentierten Bedenkenträger ihre Einwände. Dabei meldete sich als Gegner eines solchen Projekts u. a. die Kommunistische Plattform der PDS zu Wort. In einer Erklärung trug sie ihre Gründe dafür vor. Die Befürchtung der KPF, niemand wisse, was aus einer solchen Liaison einmal werde, ist nicht von der Hand zu weisen, wenn man bedenkt, was aus den Grünen oder der PDS im Laufe der Zeit geworden ist. Was die von der KPF eingeforderte Stellungnahme der WASG zum Antikommunismus und zu einer sozialistischen Perspektive betrifft, herrscht doch wohl zunächst in der PDS selbst erheblicher Klärungsbedarf.

Gregor Gysi schmückte die Einladung an die WASG, auf den offenen Listen der PDS zu kandidieren, dann noch mit „drei Bedingungen für das Zusammengehen“. Der im wesentlichen westdeutsche Partner müsse eine „ostdeutsche kritische Sicht auf den Vereinigungsprozeß“ haben und einen „klaren antineoliberalen Kurs“ verfolgen. Er dürfe sich „auf keinerlei Koalitionsdebatten einlassen“. Hat sich die PDS-Führung in ihrer politischen Praxis an solche Grundsätze gehalten?

Die Eile, mit der sich PDS und WASG bei den Spitzengesprächen einig wurden, läßt auf zweierlei schließen: Erstens wollte man nicht die beiden als „Himmelsgeschenk“ betrachteten populistischen Wahlmagneten Gysi und Lafontaine durch übergroße Zögerlichkeit frustrieren. Zweitens war sich keine der beiden Parteien sicher, bei getrennten Lagern ins Parlament zu gelangen. Die WASG besitzt im Osten keine Hausmacht, hätte indes der PDS im Westen viel Wasser abgraben können. So aber stehen die Chancen nicht schlecht. Wenn das Bündnis es schaffen sollte, eine deutliche Opposition von einigem Gewicht in den nächsten Bundestag zu bringen, wäre das zweifellos eine Veränderung der politischen Landschaft in der BRD.

**Wolfgang Clausner**

## Ein notwendiger Schritt

Zu der treibt des Bundeskanzlers „Flucht nach vorn“ die Wähler nun bereits 2005 an die Urnen. Er will „unabdingbar“ die „klare Mehrheit der Deutschen“ für seinen Kurs. Auch Politiker träumen ...

Doch ein Wechsel von Rosa-Grün zu Schwarz-Gelb ist kein „Richtungswechsel“. Was sich damit vollzieht, stellt lediglich die bundesdeutsche Variante des USA-Wahlsystems dar: Die Verwaltung der Macht geht von der einen auf die andere politische Willensvollstreckerin von Finanzkapital und Unternehmerverbänden über. Daran ändert sich nicht das

ist, beim nächsten Urnengang gegen ihre Konkurrenten auszutauschen.

Diese Schranke im Denken ist schwieriger zu überwinden als bei Wahlen die Fünfprozenthürde. Doch genau das müßte vorrangiges Anliegen von Parteien sein, die sich als links verstehen: ihrer Klientel zu der Einsicht zu verhelfen, daß sich in deren eigenem Interesse nur etwas bewegen wird, wenn sie sich nicht mit der Stimmabgabe begnügt, sondern ihr Votum dauerhaft und vernehmlich geltend macht. Sprich, wenn sie selbst aktiv wird, vor allem in außerparlamentarischen Bewe-

gungen. Von solcher Erkenntnis dürfte die bundesdeutsche Wahlvolk-Mehrheit vorerst noch weit entfernt sein. Symptomatisch dafür ist die freche Ge-spreiztheit, mit der sich der neue NRW-Ministerpräsident Rüttgers (CDU) nach seinem Wahlsieg brüstete, jetzt sei er der „Vorsitzende einer Arbeiterpartei“. Seine extrem arbeiterfeindliche Liste

erhielt aus der Arbeiterschaft 13 Prozent mehr Stimmen als die (diskreditierte) SPD, und selbst von den Arbeitslosen gingen 11 Prozent mehr auf die Leimruten der CDU. Hierzulande haben sich die Lohnabhängigen – also die Arbeiterklasse samt Arbeitslosen – ihren Status als selbständiges politisches Subjekt abnehmen lassen.

Daran wird sich bis zur Bundestagswahl nichts ändern. Aber ein erster wichtiger Schritt zur Wiedererlangung politischer Unabhängigkeit der sozial Benachteiligten ist dadurch gegangen worden, daß sich die kritische Linke zunächst zu gemeinsamem Handeln zusammenfindet. Das aber heißt vor allem Zusammenrücken von PDS und Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG). Beide Parteien waren von Anfang an zum Erfolg verurteilt.



geringste dadurch, daß – im Unterschied zu den Vereinigten Staaten, wo solches Wechselspiel zwischen Demokraten und Republikanern abläuft – den einheimischen „großen Volksparteien“ noch kleinere, grün oder gelb gefärbte Wurmfortsätze anhängen.

Die deutschen Marxisten aber sind (insbesondere infolge der konterrevolutionären Liquidierung der DDR) gegenwärtig stark geschwächt, so daß von ihnen keine Gefahr für die herrschende Klasse ausgeht. Zumal sich die amtierenden Inhaber der Macht auf das Funktionieren eines Ventils verlassen können, über das sich angestauter Untertanen-Unmut nahezu erschütterungsfrei ableiten läßt: die Illusionen über den bürgerlichen Parlamentarismus als angeblich brauchbares Instrument zur Korrektur gesellschaftlicher „Fehlentwicklungen“. Um die Verhältnisse

„Mit genialer Klarheit und Ausdruckskraft ist in diesem Werk die neue Weltanschauung umrissen: der konsequente, auch das Gebiet des gesellschaftlichen Lebens umfassende Materialismus, die Dialektik als die umfassendste und tiefste Lehre von der Entwicklung, die Theorie des Klassenkampfes und der welthistorischen Rolle des Proletariats, des Schöpfers der neuen, der kommunistischen Gesellschaft.“ (W. I. Lenin: Karl Marx. In: Werke, Bd. 21, S. 36) Über 157 Jahre ist es her, daß Karl Marx und Friedrich Engels von den Mitgliedern des eben in die erste revolutionäre Arbeiterpartei der Welt umgewandelten „Bundes der Gerechten“ den Auftrag erhielten, ein Parteiprogramm auszuarbeiten. Andere Programme aus jener Zeit interessieren heute bestenfalls noch Historiker. Nicht so das „Manifest der Kommunistischen Partei“. Kein ernsthaft nach einem Ausweg aus den Schrecknissen des heutigen Kapitalismus suchender Mensch kommt an diesem eindrucksvollen Dokument vorbei.

Marx und Engels hatten die Bundesmitglieder in intensiven Diskussionen davon überzeugt, daß die aus der Ideenwelt der Großen Französischen Revolution entlehnte Losung „Alle Menschen sind Brüder!“ den Prüfungen der Geschichte nicht standhält. Der Nachweis des unveröhnlichen Gegensatzes von Arbeiterklasse und Bourgeoisie und der nunmehrige Schlachtruf des Bundes der Kommunisten „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ verdeutlichen diesen Klärungsprozeß.

Manchem, der das Manifest erstmals zur Hand nimmt, mag es da verwunderlich erscheinen, daß im ersten Kapitel, betitelt „Bourgeois und Proletarier“, über längere Strecken vom Proletariat noch gar keine Rede ist. Denn zunächst wird dargelegt, welche achtunggebietende Rolle die Bourgeoisie im Kampf gegen feudale und andere vorkapitalistische Verhältnisse spielte. Diese Klasse habe ganz andere Wunderwerke vollbracht als ägyptische Pyramiden, römische Wasserleitungen und gotische Kathedralen, ganz andere Züge ausgeführt als Völkerwanderungen und Kreuzzüge. Vor allem schuf sie den Weltmarkt, ein Werk übrigens, das sie erst heute, unter dem Signum der „Globalisierung“, vollendet. Sie hat gewaltige Produktivkräfte in Gang gesetzt, und sie ist, jetzt wie vor anderthalb Jahrhunderten, ständig gezwungen, die ökonomischen Bedingungen umzuwälzen. Das geschieht freilich um den Preis immer schärferer Ausplünderung der Arbeiterklasse und der Mehrzahl der Völker der Welt, um den Preis der sozialen und sittlichen Degradierung selbst beträchtlicher Teile der „besitzenden Klassen“. Sie ist es, die dem Proletariat keine andere Wahl läßt, als die Waffen aufzunehmen, mit denen die revolutionäre Bourgeoisie den Feudalismus niederzwang, und sie gegen das seit langem reaktionäre Großkapital zu richten. Die Bourgeoisie, die einst und zu Recht jegliche Erscheinung des gesellschaftlichen Lebens vor den Richterstuhl der Vernunft forderte, kann ohne Verschleierung der Wahrheit, ohne Betrug

und Selbstbetrug nicht mehr existieren, seit sie „an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt“ hat. (MEW, 4/465), Zum Allerheiligsten hat sie das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln verklärt, das um jeden Preis, und sei es mit Mord und Brand, geschützt werden müsse.

Das „Manifest“ und später das „Kapital“ entschlüsseln, daß die verheerenden Konsequenzen des Kapitalismus nicht in erster Linie persönlicher Niedertracht geschuldet sind, obwohl es ja in der Tat an abstoßenden Vertretern der Kapitalistenklasse nicht mangelt. Nein, sie wurzeln in den Verwertungsgesetzen des Kapitals, das ein alles und jeden verschlingendes gesamtgesellschaftliches Ausbeutungsverhältnis ist.

In Wort, Schrift und Bild sind wir heute einer Woge von unverhüllt konterrevolu-

schrieben und daraus den Schluß zogen, die besitzenden Klassen müßten etwas für die „Hebung des Arbeiterstandes“ tun, um eine „revolutionäre Katastrophe“ zu verhindern. Nein, Marx und Engels zeigen uns die modernen Proletarier vor allem als kämpfende, die Zukunft der Menschheit erringende Klasse. Sie umreißen den Weg der Formierung des Proletariats zur selbstbewußten Klasse durch die Bildung einer revolutionären, dem Internationalismus verpflichteten Partei. Und sie weisen das Ziel: Schritt um Schritt gesellschaftliche Bedingungen zu schaffen, unter denen an „die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen ... eine Assoziation (tritt), worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“. (Ebenda, S. 482). Mit einem Wort: Sie weisen nach, daß die Arbeiterklasse sich entscheiden muß, revolutionär zu sein oder nichts zu

---

## Die Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus

---

tionären bzw. opportunistischen „Lehren“ ausgesetzt. Was den Opportunismus betrifft, sind die Darlegungen im dritten Kapitel des Manifests von bedrückender Aktualität: „Die französische sozialistisch-kommunistische Literatur wurde ... förmlich entmannt. Und da sie in der Hand der Deutschen aufhörte, den Kampf einer Klasse gegen die andere auszudrücken, so war der Deutsche sich bewußt, die französische Einseitigkeit überwunden, statt wahrer Bedürfnisse das Bedürfnis der Wahrheit und statt der Interessen des Proletariats die Interessen des menschlichen Wesens, des Menschen überhaupt vertreten zu haben, des Menschen, der keiner Klasse, der überhaupt nicht der Wirklichkeit, der nur dem Dunsthimmel der philosophischen Phantasie angehört.“ (Ebenda, S. 486).

Wer denkt da nicht an Gorbatschow und seine deutschen Adepten? Diese, nach den Worten des Manifests „schmutzige“ und „entnervende“ Geisteshaltung hat beträchtliche Verwirrung gestiftet. In Zeiten der Niederlage war das nicht anders zu erwarten. Eben deshalb muß mit offenem Visier gekämpft werden.

Der „rote Faden“ des Manifests ist die Begründung der welthistorischen Mission der Arbeiterklasse, die Aufdeckung der Ursachen, der Gesetzmäßigkeiten und der Perspektive des Klassenkampfes. Die Arbeiterklasse ist eben nicht nur eine leidende Klasse, wie das andere Theoretiker bereits vor Marx und Engels be-

sein, wobei letzteres darauf hinausläuft, gemeinsam mit ihrem Widerpart unterzugehen.

Man muß das Manifest in allen seinen Teilen erfassen. Es besticht durch Wissenschaftlichkeit und Prinzipienfestigkeit. Es verwirft Dogmatismus und Sektenunwesen. Sein Studium heute führt zu der Erkenntnis, daß schonungslose Analyse der Realität, entschlossene Verteidigung des Marxismus und klares Bekenntnis zur Arbeiterbewegung unauföflich zusammengehören. Das gilt in Zeiten großer Verunsicherung mehr denn je. Den Ideen des Manifests zu folgen heißt, sich in derselben Weise zur geschichtlichen Erfahrung zu verhalten, wie Marx und Engels es demonstrierten. Es bedeutet, sich auf die heutigen Anforderungen und Kampfbedingungen einzustellen und sich so auf die Höhe von Marx und Lenin zu erheben, wie Lenin sich seinerzeit auf die Höhe von Marx erhob. Es bedeutet, gegen Resignation anzukämpfen und begründete Zuversicht zur Richtschnur bewußten Handelns der arbeitenden Menschen zu machen. Diese gewaltige Aufgabe ist trotz aller Widrigkeiten lösbar. Denn es gibt keine zweite Klasse, deren Lebensinteressen so sehr die klare Erkenntnis der Wirklichkeit erheischen wie die Arbeiterklasse. Wahr ist, was Bertolt Brecht uns im „Lob der Dialektik“ sagt: „Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?“

Das Manifest der Kommunistischen Partei ist nicht nur die Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus, sondern zugleich auch die wohl glanzvollste politische Streitschrift der Geschichte. Wer es schon oft gelesen hat, stellt immer wieder verblüfft fest, wie aktuell es nach wie vor ist. Oft schon wurde es für „veraltet“ und „überholt“ erklärt. Friedrich Engels schrieb dazu 1888 in der Vorrede zur englischen Ausgabe: „Wie sehr sich auch die Verhältnisse in den letzten zwanzig Jahren geändert haben, die in diesem Manifest entwickelten allgemeinen Grundsätze behalten im Ganzen auch heute noch ihre volle Richtigkeit. Für jeden konsequenten Marxisten ist es die unverrückbare Orientierung bei der Analyse des Gesamtzustandes des kapitalistischen Systems und für Weg und Ziel zum Sozialismus.“

H. Weber drückte das so aus: „Der tiefe Bruch zwischen dem Denken Lenins und dem ursprünglichen Marxismus“ sei „in der Leninschen Parteitheorie zu finden“. Lassen wir Engels antworten. 1889 stellte der fest: „Damit am Tag der Entscheidung das Proletariat stark genug ist zu siegen, ist es nötig – und das haben Marx und ich seit 1847 vertreten –, daß es eine besondere Partei bildet, eine selbstbewußte Klassenpartei.“

Die Arbeiterbewegung wieder mit dem wissenschaftlichen Sozialismus zu verbinden, ist die fundamentale Aufgabe. Es geht um die Formierung einer marxistischen Partei, die fähig ist, Masseneinfluß zu gewinnen und sich als Kampfstab bei der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse zu erweisen. Diese strategische Aufgabe stellt heute das

führt. Mit seiner Theorie von der „Partei neuen Typus“, die dazu befähigt ist, die Arbeiterklasse zum Sieg zu führen, hat er die entscheidende Epoche-Innovation zum Ausdruck gebracht. Sie wird die marxistische Organisationstheorie und -praxis auch im 21. Jahrhundert bestimmen. Gramsci hat wesentliche Erkenntnisse für ihre Anwendung auf die Verhältnisse in hochentwickelten kapitalistischen Staaten hinzugefügt. Die kommunistische Bewegung muß an diesen historischen Wurzeln, bei aller Notwendigkeit situationsbedingter taktischer Beweglichkeit, festhalten.

Noch ist die Offensive der bürgerlichen Ideologie, des antimarxistischen Revisio-nismus und Reformismus in vielen Ländern nicht zum Stehen gebracht worden. Aber berechnete Hoffnung verbindet sich mit den Parteien Chinas, Vietnams und Kubas sowie solchen europäischen Bastionen wie der KP Griechenlands und der Portugiesischen Kommunistischen Partei. Einen tapferen Kampf gegen einen überlegenen innerparteilichen Gegner leisten Marxisten-Leninisten in Frankreich und Österreich. Ein Beispiel der Standhaftigkeit liefert u. a. auch die Partei der Arbeit Belgiens. Sie alle erbringen den Beweis, daß man nur auf prinzipiellen Grundlagen und frei von Dogmatismus an Einfluß gewinnen kann.

Die Kommunisten dürfen sich nicht vom Gerede jener lähmen lassen, die ihnen ein Sekten-Dasein prophezeien. Dabei wird so manche Partei tatsächlich Zeiten durchstehen müssen, in denen sie nur eine zahlenmäßig kleine, theoretisch mehr oder weniger stabile, organisatorisch disziplinierte Organisation ist, die sich auf einzelne außerparlamentarische Aktionen beschränken muß. Gewinnt sie eine klare Programmatik, verfolgt sie eine kluge Bündnispolitik, besitzt sie eine geachtete Leitung, dann kann sie das aus der Isolierung herausführen. Das gilt übrigens auch für die BRD, in der eine starke Gegenkraft zum imperialistischen Lager und dessen braunen Auswüchsen dringend gebraucht wird. Der einzig realistische und erfolgversprechende Weg zu einer künftig einheitlichen, konsequent marxistischen Partei mit der Potenz zum Masseneinfluß liegt in der geduligten Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch auf der Grundlage des Manifests. Deshalb ist die kürzlich auf einer Konferenz vertretene These, „eine Sammlungsbewegung an den Anfang des Prozesses zur späteren Gründung einer Partei zu stellen, sei abzulehnen“, wenig hilfreich. Gerade dieser Weg zur Einheit hat in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Tradition. Man denke nur an den 1946 erfolgten Zusammenschluß von KPD und SPD im Osten Deutschlands zur SED.

Auf der historischen Spur der Oktoberrevolution und der DDR könnte der Kampf um die Verwirklichung der Ziele des Kommunistischen Manifests in eine neue Etappe eintreten und bei einem zweiten Anlauf erfolgreich sein. **Dieter Itzerott**

## Ist die Parteifrage überholt?

Nachdem der europäische Sozialismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch eine tiefgestaffelte und Jahrzehnte andauernde konterrevolutionäre Offensive (auch als Kalter Krieg bezeichnet) und unter Ausnutzung seiner eigenen Fehler und Schwächen niedergedrungen wurde, gibt es zur Zeit keine in sich geschlossene Gegenmacht zur Abwehr des Raubzugs des Kapitals, der danach einsetzte. Im internationalen Klassenkampf wurden kommunistisch-sozialistische Kräfte in die Defensive gedrängt. Politische Zersplitterung herrscht vielfach noch vor. Die Wahrheit über den Charakter, die Praktiken und die Folgen der kapitalistischen „Globalisierung“ dringt nur ungenügend ins Bewußtsein der Massen. Zwar wachsen Frust und Protest, doch bisher verfängt die Illusion, durch kosmetische Operationen im Rahmen des kapitalistischen Systems etwas bewirken zu können, bei breiten Schichten der Bevölkerung. Marx und Engels haben mit dem Manifest die historisch notwendige Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus wissenschaftlich begründet. „Die Veränderung des Gesellschaftssystems aber ist eine politische Aufgabe; für sie bedarf es einer Partei; eine solche Partei bildet die Avantgarde der Klasse, die zum Träger des Fortschritts wird“, konstatiert Hans Heinz Holz. Dagegen laufen die Antimarxisten Sturm. Auf einer Konferenz zum 150. Jahrestag des Manifests wurde z. B. behauptet, dieses habe „gar keine Aussage zur Organisationsfrage formuliert“. Der antikommunistische Publizist

dringendste Erfordernis dar. In den meisten Ländern – vor allem Europas – ist sie kurzfristig nicht lösbar. Wo solche Parteien in ehemals sozialistischen Ländern mit unterschiedlicher politisch-ideologischer Verfaßtheit bestanden, wurden sie im Zuge der Konterrevolution durch systematische innere Aufweichung und massiven Druck von außen zerschlagen. So befinden wir uns, wie Antonio Gramsci voraussah, „in der Situation, daß die Arbeiterklasse in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern nur in einem äußerst langwierigen, opferreichen Stellungskrieg an die proletarische Revolution herankommen kann“. In anderen Regionen der Welt – z. B. in Asien und Lateinamerika – sind die Bedingungen günstiger. Venezuela beweist es. Wir sollten uns der Worte Lenins erinnern, daß der Weg nach London und Paris über Kalkutta und Shanghai – also über die Peripherie – führt.

Kommunisten, Sozialisten und andere kapitalismuskritische Kräfte suchen heute mit unterschiedlichem Erfolg nach Wegen der Kooperation und Aktionseinheit. Andererseits werden „spontane Massenbewegungen“ von manchen anstelle von Parteien als Ausweg propagiert. In Europa entstehen überdies neue, sich „links“ etikettierende Zusammenschlüsse. Beim Betrachten ihrer Programmatik erkennt man rasch, daß es sich nicht um Parteien im Sinne des Manifests von Marx und Engels handelt. Lenin hat deren Kampf am Beginn des 20. Jahrhunderts bei Berücksichtigung der Erfahrungen der russischen Revolution von 1905 weiterge-

Der Tag der Befreiung war keine „Stunde Null“. Alle, die Faschismus und Krieg überlebt hatten, ob in zerbombten Städten, in der Emigration, den Zuchthäusern und faschistischen Konzentrationslagern, ob Antifaschisten, aktive Nazis oder „Mittäufer“, alle fragten: Wie soll und kann es nach der „großen Katastrophe“ weitergehen? Sechzig Jahre später und angesichts der politischen Krise in Deutschland ist es reizvoll, sich danach zu erkundigen, welche Antworten Politiker und Parteien nach der Befreiung gaben. Aus heutiger Sicht verblüffend erscheint, wie nahe sich in einigen Punkten CDU, SPD und KPD (in ihren Programmen) damals kamen. Beginnen wir mit dem Exempel Konrad Adenauer.

„Neues Deutschland“ hatte am 18. Mai 1946 den Artikel „Schmuggler am Werk“ gedruckt.

Adenauer glaubte, falsch zitiert worden zu sein. Deshalb schickte er der Redaktion einen Brief, der am 14. Juni 1946 abgedruckt wurde: „Ich erhalte Ihre Nummer vom 18. 5. 1946 mit dem Artikel ‚Schmuggler am Werk‘. In diesem Artikel führen Sie unter anderem aus, daß ich in einer Kölner Versammlung feierlich verkündet hätte, es treffe nicht zu, daß das Großkapital den Nationalsozialismus ins Leben gerufen habe. Das Zitat ist richtig, aber völlig unvollständig aus dem Zusammenhang gerissen. Ich habe in dieser Versammlung erklärt, daß der Militarismus den Nationalsozialismus ins Leben gerufen habe, und daß die Wirtschaft ihn erst unterstützt habe, als er gewissermaßen die Approbation des Militarismus, insbesondere der Reichswehr, gefunden habe. Diese Darstellung ist zutreffend. Ich bin weiter der Auffassung, daß man den Kampf gegen den Militarismus nicht zugunsten des Kampfes gegen Trusts und Konzerne oder das Großkapital zurückstellen sollte. Das Großkapital ist zur Zeit in Deutschland erledigt, der militaristische Gedanke aber noch keineswegs. Im übrigen habe ich in der Rede mit großer Entschiedenheit und Deutlichkeit gegen Großkapital, Trusts und Konzerne Stellung genommen.“

(Der Brief Adenauers wurde in der Jubiläumsausgabe des ND vom 15./16. Juni 1995 wieder abgedruckt.)

Adenauer bezugte also: Militarismus und Großkapital müssen überwunden werden, wenn es den (meisten) Deutschen besser gehen soll. Wer möchte da widersprechen?

Auch im Ahlener Programm der CDU vom 3. Februar 1947 wurde mit dem Kapitalismus abgerechnet und gefolgert, daß eine „Neuordnung von Grund aus“ erfolgen müsse: „Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.“ Eine „gemeinwirtschaftliche Ordnung“ sollte geschaffen werden.

Die SPD, deren Exilvorstand 1934 das revolutionäre „Prager Manifest“ angenommen hatte, proklamierte den „Sozialismus als Tagesaufgabe“. Auf dem Parteitag der

SPD im Mai 1946 in Hannover erklärte sie u. a.: „Nicht nur die politischen Machtverhältnisse, sondern auch ihre ökonomischen Grundlagen müssen geändert werden.“ Die Sozialisierung sollte bei den Bodenschätzen und den Grundstoffindustrien beginnen.

Kurt Schumacher mahnte wiederholt, daß Frieden und Demokratie nicht gesichert sind, wenn das Industrie- und Finanzkapital nicht entmachtet wird. Er kritisierte die Kommunisten in der sowjetischen Besatzungszone von „links“ und warf ihnen vor, daß sie mit dem Verzicht auf die Losung vom sofortigen Aufbau des Sozialismus bürgerliche Verhältnisse konservieren würden. Er tadelte schon im Juli 1945 die KPD, „daß sie als Partei von Kapitalismus, Unternehmertum und Privateigentum zu schwärmen beginnt“.

vom Faschismus. Es begann mit einer exakten Analyse der entstandenen Lage und legte deren Ursachen bloß. Es nennt die Hauptverantwortlichen, die „imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens“.

Der Aufruf vom 11. Juni war die Krönung eines Erkenntnisprozesses, der die Erfahrungen der Niederlage von 1933, der Volksfrontpolitik, des Prager Manifests von 1934 und des VII. Weltkongresses der Komintern 1935 sowie der Brüsseler und der Berner Tagung der KPD, auch die des Nationalkomitees Freies Deutschland, einschloß. Die entscheidende Schlußfolgerung bestand darin, daß die Spaltung der Arbeiterklasse als die wichtigste Ursache dafür genannt wurde, die es den Imperia-

## Als selbst Adenauer noch gegen das Großkapital war ...

Wer das heute liest, wird sich mehr als wundern.

Beenden wir den Blick auf programmatische Vorstellungen Kurt Schumachers mit einem Zitat aus einer Rede in Kiel 1945: „Auf der Tagesordnung steht heute als der entscheidende Punkt die Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung und die Überführung der Produktionsmittel aus der Hand der großen Besitzenden in gesellschaftliches Eigentum, die Lenkung der gesamten Wirtschaft nicht nach privaten Profitinteressen, sondern nach den Grundsätzen volkswirtschaftlich notwendiger Planung.“ (Kleine Geschichte der SPD, 7. Auflage, Bonn 1991, S. 379)

Was ist aus diesen Zielen geworden? Waren sie unrealistisch und unerfüllbar? War der Weg der Restauration des Imperialismus und Militarismus für die Deutschen bekömmlicher? „Beweist“ das Schicksal der DDR, daß die Abkehr der Adenauer und Schumacher von ihren ursprünglichen Zielen gerechtfertigt gewesen ist?

Sechzig Jahre nach 1945 ist es nötig und nützlich, die programmatischen Forderungen der KPD im Aufruf vom 11. Juni 1945 aus aktueller Sicht und den Erfordernissen der Gegenwart zu prüfen. Das kann hier nur kurz geschehen.

Der Aufruf der KPD war das erste und gründlichste programmatische Dokument einer deutschen Partei nach der Befreiung

listen und Militaristen erlaubte, das Hitlerregime zu installieren und den Krieg zu führen. Die politische Konsequenz war, daß die Herstellung der Arbeitereinheit die zwingende Forderung des Tages ist, um eine „Wiederholung der Fehler von 1918“ zu verhindern und die nötigen Reformen durchzusetzen.

Der Aufruf der KPD forderte nicht den „Sozialismus als Tagesaufgabe“. Er lehnte die Übertragung des sowjetischen Systems auf deutsche Bedingungen ausdrücklich ab (und hatte dabei den Segen Stalins). Die objektiven und subjektiven Faktoren waren nach Ansicht der Verfasser des Aufrufs nicht reif für die sofortige Proklamation des sozialistischen Ziels.

Sie orientierten auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in ganz Deutschland, die u. a. eine Bodenreform, die Liquidierung der Wurzeln des Faschismus, den außenpolitischen Kurs auf Frieden und Verständigung einschloß.

Obwohl sich programmatische Forderungen der KPD und der Erklärungen von Adenauers CDU und Schumachers SPD ähnelten, wurden sie nur in der SBZ bzw. der DDR durchgeführt. Adenauer und Schumacher wurden nicht nur Hauptakteure bei der Restauration der alten Macht- und Eigentumsverhältnisse, die für die Katastrophe von 1945 verantwortlich waren; sie beföhden auch die DDR vom ersten Tag ihrer Existenz. Eines der eingesetzten Mittel war die Verleumdung der demokratischen Umwälzungen als „Bolschewisierung“ auf „Befehl Moskaus“.

60 Jahre nach den Erklärungen der Nachkriegsparteien und der 1945 agierenden Politiker ist es nützlich und nötig zu prüfen, wer damals die Wahrheit gesagt und wer das Volk belogen hat.

**Prof. Dr. Horst Schneider**

Unser langjähriger Mitarbeiter

**Prof. Dr. Eike Kopf** (Peking)

wird in die Ehrenliste  
verdienter Autoren ein-  
getragen.

# Das Dilemma der „Wirtschaftsweisen“

In letzter Zeit kommen auch bürgerliche Wirtschaftswissenschaftler nicht umhin zu vermelden, daß die Arbeitslosigkeit nicht so rasch wie gewünscht abnimmt, ja daß sie sogar noch steigen könnte. Für alle, die mit politischer Ökonomie vertraut sind, ist das wahrlich keine sensationelle Feststellung. Die tendenzielle Zunahme der Arbeitslosigkeit vollzieht sich unter den herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen unvermeidlich. Zu solchen Erkenntnissen ist die bürgerliche Ökonomie jedoch nicht fähig, und sie kann es auch nicht sein. Sie müßte sonst zwangsläufig den Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise aufdecken. Andererseits kommt sie aber an dem Fakt zunehmender Arbeitslosigkeit nicht vorbei. Wie verhält sie sich nun angesichts dieses Dilemmas?

Als allgemein bekannte und anscheinend selbstverständliche Ursache der Arbeitslosigkeit nennen die „Wirtschaftsweisen“ die „schleppende Konjunktur“. Offenbar stößt sich niemand an dieser Tautologie; denn Konjunktur und Vollbeschäftigung oder Krise und Arbeitslosigkeit sind logischerweise jeweils zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Bürgerliche Ökonomieprofessoren überbieten sich mit Vorschlägen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, um die Öffentlichkeit davon abzuhalten, nach den tieferen Ursachen zu fragen. Bezeichnenderweise stimmen die einzelnen Empfehlungen im Kern völlig überein. Sie unterscheiden sich lediglich in taktischen Nuancen je nach Regierungsnähe und parteipolitischer Farbe der Laureaten. Und sie decken sich vor allem mit den Forderungen der Vertreter des Kapitals, nämlich: die Lohnkosten einschließlich der als Nebenkosten deklarierten Bestandteile auf allen nur denkbaren Wegen zu senken, u. a. durch längere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich, durch Aufhebung des Kündigungsschutzes und vor allem durch die Aushebelung der Flächentarifverträge; den wachsenden Profit der Unternehmen durch eine entsprechende Steuergesetzgebung zu sichern; eine Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten sozialer Bedürfnisse mehr und mehr abzubauen, wozu die „Reformen“ der Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherungen sowie der Wegfall sogenannter Subventionen gehören.

Als die Arbeitsagentur vor Monaten mit Meldungen über Rekordzahlen zur Arbeitslosigkeit die Öffentlichkeit erschreckte, beilieten sich wirtschaftswissenschaftliche Institute wie das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung“, das „Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung“ sowie das „Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung“ in Mannheim, ihre Auffassung erneut vorzutragen, daß der Kündigungsschutz für Arbeiter gelockert, das Steuersystem vereinfacht und Subventionen abgebaut werden müßten. Sie schlugen damit nur

vor, was lediglich dazu angetan ist, die Profite zu erhöhen, aber in keiner Weise mehr Beschäftigung zu garantieren.

Um ihre „Erkenntnisse“ auch kritisch eingestellten Bevölkerungsteilen zu vermitteln, verbinden die deutschen „Wirtschaftsweisen“ die Vorschläge mit außenmarktpolitischen Überlegungen. Ihre Begründung ist so schlicht wie irreführend: Geringere Produktionskosten verbessern die Wettbewerbssituation gegenüber der ausländischen Konkurrenz, fördern den Export, stimulieren die Produktion, veranlassen Investitionen und somit auch mehr Beschäftigung. Diese scheinbar einleuchtende Argumentation hat leider gleich mehrere Schönheitsfehler: Die Arbeitslosigkeit steigt, obwohl die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren ständig höhere Exportüberschüsse erzielte. Ferner: Das Produktionsniveau wird bereits durch kostenlose Mehrarbeit, durch höhere Produktivität der Arbeitskraft und durch kontinuierliche Rationalisierung der Produktionsprozesse erhöht. Jedenfalls wuchsen in den letzten Jahren im Durchschnitt der Volkswirtschaft nur die Durchsätze. So stiegen die Gewinne der im DAX erfaßten Konzerne im Jahre 2004 gegenüber dem Vorjahr um sechzig Prozent, was zu um vierzig Prozent höheren Dividendenzahlungen führte.

Auf Dauer kann nicht verborgen bleiben, auf welch tönernen Füßen solche „wissenschaftlichen“ Überlegungen stehen. Deshalb schieben sich neuerdings sehr unverbindliche „Argumente“ in den Vordergrund. Zum Sprecher avancierte jetzt der Präsident des Hamburger Wirtschaftsforschungsinstituts, Thomas Straubhaar: „Statt immer nur Arbeitslosigkeit bekämpfen zu wollen, wenn sie bereits entstanden ist, brauchen wir in Deutschland eine Strategie für Massenbeschäftigung und neue Jobs ... Wir müssen jetzt die großen Zukunftsfelder erschließen, die ein hohes Beschäftigungspotential aufweisen.“ In diesem Zusammenhang nannte er die Bio-, Gen-, Nano- und Lasertechnologie. Unzweifelhaft sind wissenschaftlich-technische Erkenntnisse und Neuerungen geeignet, die Wirtschaftskraft eines Landes zu stärken. Inwieweit das wirklich geschieht, hängt aber weitgehend davon ab, ob das wissenschaftliche Potential tatsächlich wirtschaftlich verwertet wird, an das Funktionieren des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses, an Vollbeschäftigung und die gerechte Verteilung des Volkseinkommens gekoppelt ist.

Für die grundsätzliche Ausrichtung der Lehre und Forschung in der kapitalistischen Welt spricht nicht zuletzt die Auswahl der

Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaft. Es ist nicht zu übersehen, daß seit der Verleihung dieses Preises ab 1969 nur solche geehrt wurden, die sich hervorragend mit den Problemen und Methoden der bestmöglichen Verwertung des Kapitals, nicht aber damit beschäftigen, wie eine Volkswirtschaft Wohlstand für alle und Vollbeschäftigung erreichen kann. Nur ein einziger in der langen Kette der Preisträger hat sich zu den wahren Ursachen für Armut und Reichtum vorgewagt, allerdings nur einen halben Schritt weit, um sich dann rasch wieder zurückzuziehen. Das war der indisch-amerikanische Ökonom und Preisträger von 1998 Amartya Sen. In seiner Schrift, „Ökonomische Ungleichheit“ von 1975 beklagte er die Misere der Wirtschaftswissenschaft: „Ein großer Teil der modernen Wohlfahrtsökonomie befaßt sich gerade mit jener Art von Fragestellung, die von vornherein über Einkommensverteilung Aussagen ausschließt. Man konzentriert sich anscheinend auf Sachverhalte, die keinen Konflikt zwischen verschiedenen Individuen enthalten, und dieser Umstand macht für jemanden, der an Problemen der Ungleichheit interessiert ist, die Luft kaum vor Erwartungen spannungsgeladen.“ Sollte es Menschen geben, die sich von der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft trotz allem Erkenntnisse versprechen, wie man Krisen verhindern und Wohlstand für alle schaffen kann, wird vergeblich warten und sich fragen dürfen: Was wird sie sich demnächst an Ausreden einfallen lassen, und wie lange kann sie es noch?

**Dr. Manfred Böttcher**



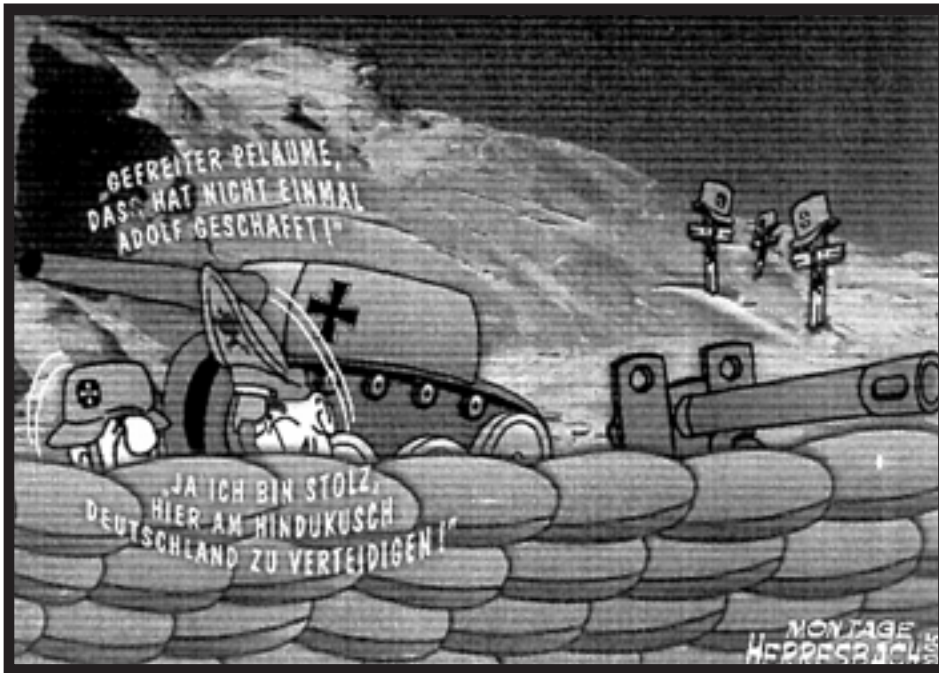
Die Aufnahme der Kategorien „Verbrechen gegen den Frieden“ sowie „Verschwörung“ in das Statut des Internationalen Militärgerichtshofes (IMG) stellte ein Novum im Völkerrecht dar. In Art. 6 heißt es u. a.: „Die folgenden Handlungen, oder jede einzelne von ihnen, stellen Verbrechen dar, für deren Aburteilung der Gerichtshof zuständig ist. Der Täter solcher Verbrechen ist persönlich verantwortlich: (a) Verbrechen gegen den Frieden: Nämlich: Planen, Vorbereitung, Einleitung oder Durchführung eines Angriffskrieges oder eines

# Vom Völkerrecht geächtet: der „Präventivkrieg“

toren auch immer die Angeklagten dazu veranlaßt haben mochten, ihn zu planen und zu eröffnen ...“. Von allen Anklagepunkten war für Jackson die „Besetzung anderer Länder und die Einleitung von Angriffskriegen als Verstoß gegen das Völkerrecht“ der allerwichtigste, da „das

auch heute noch in allerhöchstem Maße aufschlußreich. Zur Behauptung der Angeklagten, daß die Annexion Österreichs im März 1938 von vielen Österreichern begrüßt worden sei, hieß es: „Selbst wenn dies alles wahr wäre, wäre es ganz unerheblich, da die Tatsachen klar beweisen, daß die Methoden, deren man sich zur Erlangung jenes Zieles bediente, die eines Angreifers waren. Entscheidend war, daß Deutschlands bewaffnete Macht zum Einsatz für den Fall des Widerstandes bereitstand“. Und für die Annexion des Sudetenlandes war nach Auffassung des IMG allein ausschlaggebend, „daß es sich hier um eine bittere Unterwerfung unter das Mandat von weitaus überlegenen Streitkräften und deren Drohung, das Land zu zerstören, gehandelt hatte“. Nach Taylor war die Annexion der Tschechoslowakei durch Deutschland, obwohl kampflös erfolgt, bereits eine Aggression im Sinne des Briand-Kellogg-Paktes, da sie im Ergebnis einer Kriegsdrohung zustande kam. Zur Anklage gegen Jodl schrieb Taylor z. B.: „Im Prinzip versuchte Jodl, aus allen Angriffskriegen Hitlers ‚Präventivkriege‘ zu machen.“ In der Anklage hieß es u. a., Jodl habe „die Vorbereitung für den Krieg“ gestärkt und gefestigt, „an den militärischen Plänen und Vorbereitungen der Nazi-Verschwörer für Angriffskriege und Kriege in Verletzung internationaler Verträge“ teilgenommen. Zur „Verschwörung“ argumentierte Taylor: „Sie ist das Verbrechen von zwei oder mehr Personen, die gemeinsam planen oder handeln, um ein anderes Verbrechen zu begehen als dieses Zusammenkommen selbst – im vorliegenden Fall war das die Planung mit dem Wissen und der Absicht, Verbrechen gegen den Frieden zu begehen, wie sie in der Anklageschrift definiert waren. ... Es war völlig gerechtfertigt, daß die Charta auch die Verschwörung als ein Mittel zur Begehung von Verbrechen gegen den Frieden enthielt.“ Nach Auffassung des IMG ergibt sich der verbrecherische Charakter von Angriffskriegen, unabhängig davon, wie und warum sie begonnen wurden, bereits aus den internationalen Vereinbarungen vor dem II. Weltkrieg, die den Angriffskrieg zu einem „internationalen Verbrechen“ erklärt hatten. Seit Nürnberg ist die Vorbereitung und Durchführung von Angriffskriegen bedingungslos verboten und als Straftatbestand anerkannt. Die Charta des IMG wurde in der UNO-Resolution Nr. 95-1 vom 11. 12. 1946 („Prinzipien des Völkerrechts“) bestätigt und in Art. 2 der UNO-Charta („Allgemeines Gewaltverbot“) aufgenommen: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“

**Dr. Erhard Kegel**



Krieges unter Verletzung internationaler Verträge, Abkommen oder Zusicherungen oder Beteiligung an einem gemeinsamen Plan oder an einer Verschwörung zur Ausführung einer der vorgenannten Handlungen; ... Anführer, Organisatoren, Anstifter und Teilnehmer, die am Entwurf oder der Ausführung eines gemeinsamen Planes oder einer Verschwörung zur Begehung eines der vorgenannten Verbrechen teilgenommen haben, sind für alle Handlungen verantwortlich, die von irgendeiner Person in Ausführung eines solchen Planes begangen worden sind.“ Art. 6 (b) betrifft Kriegsverbrechen, Art. 6 (c) Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Robert H. Jackson, amerikanischer Chefankläger beim IMG, beschuldigte die faschistischen Achsenmächte des Bruchs des Internationalen Abkommens zum Verzicht auf den Krieg als Werkzeug nationaler Politik von 1928 (Briand-Kellogg-Pakt) durch die Führung von Angriffskriegen. Nach Telford Taylor, Mitarbeiter des juristischen Beraterstabes von Jackson, beruhten die Anklagepunkte des IMG auf der Annahme, „daß es ein strafbares Verbrechen ist oder zu einem solchen erklärt wird, einen Angriffskrieg zu planen und zu eröffnen, besonders wenn dadurch gegen bestimmte Abkommen verstoßen wird“. Im Mittelpunkt der amerikanischen Anklage stand von Anfang an der Grundsatz, „daß die Planung und Einleitung eines Angriffskrieges unrechtmäßig ist, welche Fak-

Verbrechen, welches alle geringeren Verbrechen einschließt, das der Einleitung eines unrechtmäßigen Krieges ist“. Kern der amerikanischen Anklage war, Verbrechen gegen den Frieden zum anerkannten Bestandteil des Völkerrechts zu erklären. Der britische und der französische Anklagevertreter folgten dieser Sicht. Im Abschnitt „Der gemeinsame Plan oder die Verschwörung und der Angriffskrieg“ der Anklageschrift, hieß es: „Die Behauptungen der Anklageschrift, nämlich, daß die Angeklagten Angriffskriege geplant und geführt hätten, sind Anschuldigungen schwerster Natur. Die Entfesselung eines Angriffskrieges ist nicht nur ein internationales Verbrechen; es ist das größte internationale Verbrechen, das sich von anderen Kriegsverbrechen nur dadurch unterscheidet, daß es in sich alle anderen Schrecken vereinigt und anhäuft.“ Die Aggressionen gegen Österreich, die Tschechoslowakei, Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien, Luxemburg, Jugoslawien, Griechenland und die Sowjetunion, die von der deutschen Verteidigung als „Präventivhandlungen“ gerechtfertigt wurden, sind vom IMG in allen Punkten als „Angriffshandlungen“ deklariert worden. Vor dem Hintergrund der Aggressionen der NATO gegen Jugoslawien, der Kriege der USA gegen Afghanistan und Irak sowie des angedrohten Angriffs auf Iran sind die Erwidern des IMG auf die deutsche Verteidigungsstrategie

Ich weiß nicht, wie oft in diesem Jahr bereits der „Dokumentarfilm“ ausgestrahlt wurde, den der MDR unter dem Titel „Die ausgezeichnete Republik“ vermarktet. Da mich mehrfach Freunde angerufen hatten, die über dessen Inhalt empört waren, sah ich mir jetzt eine der Wiederholungen an. Mein Zorn gilt nicht nur dem Inhalt dieses Machwerks, sondern auch der Tatsache, daß darin ein mir bekannter Genosse zu Wort kommt, der in der Berliner SED-Bezirksleitung für Kaderarbeit verantwortlich war und den ich eigentlich immer sehr geschätzt habe. Der Zweck der Übung bestand darin, den Zuschauern weiszumachen, daß der zum Wirtschaften ohnehin nicht fähige DDR-Sozialismus versucht habe, als Ersatz für fehlende echte Leistungsanreize Medaillen und Orden zu verteilen, zunächst noch „in Maßen“,

Genosse auf die simplen Tricks sogenannter Interviewer herein! Als ob auch nur irgendjemand, der im BRD-Fernsehen heute etwas zu sagen hat, zulassen würde, daß die Wahrheit über die DDR verbreitet wird! In der Sendung ist übrigens kaum ein Satz völlig aus der Luft gegriffen, aber Halbwahrheiten sind immer auch halbe Lügen. Das sollte man bedenken.

Da ich fast 38 Jahre im Berliner Stadtbezirk Prenzlauer Berg in verschiedenen Funktionen – zuletzt als 1. Kreissekretär der Partei – politische Verantwortung getragen habe, glaube ich zumindest hier jeden, der den Karl-Marx-Orden, den Vaterländischen Verdienstorden oder die Auszeichnung als „Held der Arbeit“ bekam, zu kennen. Ich finde unter ihnen nicht einen einzigen, der diese Anerkennung nicht durch seine Leistungen, seinen Einsatz,

Orden zum zweiten Mal ab!“ Der Maurer- und Putzerbrigadier Konni Dorow aus dem VEB Baureparaturen, der mit seiner Truppe viele, viele Wohnhäuser in unserem Stadtbezirk instandsetzte und dabei immer wieder Neuerungen, ja ganz neue Technologien ausknobelte und einführte, der den antifaschistischen Schutzwall an der Bornholmer Straße im Wortsinne mit hochzog und ihn als Kampfgruppenkommandeur zugleich verteidigte, war Abgeordneter der Volkskammer – wer, wenn nicht er, hatte den Karl-Marx-Orden verdient? Gerhard Preuk, Obermeister der Rinderschlachtung, und Jochen Matthes von der Fettschmelze im Berliner Fleischkombinat, Alois Malycha vom Backwarenkombinat, der Unternehmer Zeucke, Komplementär der Spielzeug-Eisenbahn-Fabrik Zeucke & Wekwert KG, und viele andere standen sowohl für herausragende Leistungen in der Produktion als auch für das Mitregieren unserer Republik als Abgeordnete in den Volksvertretungen und den gewählten Leitungen unserer bzw. mit uns befreundeter Parteien. Ja, auch Parteifunktionäre trugen den Karl-Marx-Orden, so Franz Fischer, ebenfalls ein alter Prenzlauer Berger. Franz, geboren 1904 als Sohn eines Dienstmädchens, großgeworden im Waisenhaus, als Hüttejunge beim Bauern, Zeitungsaussträger, Sattlergehilfe, Pferdeknecht, Straßenfeger, Laufbursche, Transport- und Bauarbeiter im Brunnen- und beim Schornsteinbau, Buchbinder und Arbeitsloser, Jung-Spartakist schon in der Revolution von 1918, KPD seit 1919, als Mitglied des Ordnerdienstes der Partei 1923 auf dem Dachboden in der Schievelbeiner Straße hinter dem auf das Polizeirevier gerichteten MG, langjähriger Funktionär des Kommunistischen Jugendverbandes und der Kommunistischen Jugendinternationale, von Ernst Thälmann väterlich-liebevoll „Rabauken-Franze“ genannt, später im antifaschistischen Widerstand, im KZ und im Exil, Dreher in einem britischen Rüstungsbetrieb, nach der Befreiung 1. Kreissekretär der SED in drei Berliner Stadtbezirken, zuletzt Vorsitzender des Sekretariats des Zentralvorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft – 82 Jahre eines harten Lebens, immer im Kampf für eine friedvolle, glückliche Zukunft unseres Volkes sind mehr als Rechtfertigung für solche Ehrung.

Übrigens: In dem Elaborat der Filmmacher kommt ein „Ordenssammler“ zu Wort. Er kauft auf den Trödelmärkten DDR-Auszeichnungen auf, das ist anscheinend ein lukratives Geschäft. Interessant ist, daß er feststellt: „Selbst Leute, die einen hohen Orden der DDR, den vielleicht die verstorbene Mutter oder der Großvater verliehen bekamen, bereit sind, zu Geld zu machen, weigern sich, die dazugehörige Urkunde mit herauszugeben.“ Warum wohl? Darüber kann man nachdenken. Gibt es vielleicht doch noch den Stolz auf die vollbrachten Leistungen der Generation, die den ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden schuf?

**Dr. Ernst Heinz**

## Heilige Einfalt!

dann aber, als es bergab ging, „in Massen“, so daß es am Ende sehr schwierig geworden sei, noch „auszeichnungswürdige“ Werkstätige zu finden. Diese seien vor allem deshalb genau überprüft worden, weil immer mehr Menschen der DDR den Rücken gekehrt hätten und man den Karl-Marx-Orden niemandem habe anheften wollen, der gerade einen Ausreiseantrag zu stellen beabsichtigte. Die ausgewählten Bürger hätten die Medaillen meistens angenommen und die damit verbundenen Prämien in Alkohol angelegt. All das habe den Abtritt der DDR nicht aufhalten können; die Leute seien eben nicht für den Sozialismus geschaffen ...

Es ist nicht verwunderlich, daß die Bourgeoisie – heute auch im Osten fast im Vollbesitz der Medien – uns als ihre Todfeinde bekämpft. Wie aber kann ein langjähriger Parteifunktionär der SED darauf hereinfallen und sich einem solchen Unterfangen auch noch mit „sachdienlichen Hinweisen“ zur Verfügung stellen?

Ich habe ihn selbst danach gefragt. Er meinte nur, er sei dumm gewesen, habe nicht geahnt, was „die“ aus seinen Worten machen würden. Sie hätten das Wichtigste weggelassen und dadurch alles verfälscht. Ich riet ihm, wenigstens weitere Wiederholungen durch Androhung einer Unterlassungsklage zu verhindern. Das habe er versucht, sagte er, aber die Verantwortlichen seien nicht erreichbar gewesen ...

Sancta simplicitas – heilige Einfalt! Unter dem Motto „Wer, wenn nicht wir, kann kommenden Generationen sagen, wie alles gewesen ist“, fällt selbst so ein

sein Leben im Dienst unserer Republik gerechtfertigt hätte.

Der Film des MDR operiert mit dem Brecht-Wort vom „armen Land, das Helden nötig hat“. Damit wollte Brecht ein Heldentum ad absurdum führen, das den „Helden der westlichen Welt“ charakterisiert – bis zu faschistischen Ritterkreuzträgern und manch einem, der heute mit dem Bundesverdienstkreuz herumläuft. Schon Engels verachtete die abgeschmackte Phrase vom „Heldentum“ (MEW 27/232), sprach aber zugleich mit Bewunderung von wahren Helden, Heroen einer Geschichtsepoche, die „mitten in der Zeitbewegung, im praktischen Kampf leben und weben, Partei ergreifen und mitkämpfen ...“, daher jene Fülle und Kraft des Charakters (besitzen), die sie zu ganzen Männern macht“. (MEW 20/312)

Die DDR ehrte vor allem Arbeiter, Genossenschaftsbauern, Ingenieure, Wissenschaftler und Künstler, die Hervorragendes für unser Land vollbrachten.

Sind bei der Auswahl für Auszeichnungen Fehler unterlaufen? Sicher. Waren unsere Auswahlkriterien und die Ehrungen vor allem zur Erreichung eines bestimmten Lebensalters immer sehr glücklich? Sicher nicht. Aber – und ich komme da auf den Prenzlauer Berg zurück – ich kenne kein Betriebskollektiv, das die Verleihung unserer höchsten Orden an eine oder einen von ihnen nicht als gerecht empfunden hätte. Nachdem die Bandleiterin Ingrid Janocha aus dem Oberbekleidungsbetrieb Treffmodelle den Vaterländischen in Gold erhalten hatte, sagten ihre Kolleginnen: „Und jetzt arbeitet unsere Ingrid ihren



# Schulzes Traum

Schulze, kein Familienvater,  
ist im Grunde ein Diktator,  
Mann mit Aura und Profil  
und mit einem hohen Ziel.

Wenn er träumt, träumt er vom Siegen,  
nie jedoch vom Kinderkriegen,  
doch er weiß, wie man die Welt  
führt und auch zufriedenstellt.

Jeder hat so sein Pläsierchen,  
mal was Scharfes, mal ein Bierchen,  
mal ein Auto, mal in Blond,  
mal „Big Brother“ und mal Bond.

Alle, auch die mit Millionen,  
da muß sich der Dreh schon lohnen,  
die Erwählten mit Diät,  
die Ganoven früh und spät,

die Gesalbten, die Korrupten,  
die sich irgendwie entpuppten,  
die Parteien sowieso  
und die Schwindler, die en gros,

die Minister aller Klassen  
und die Playboys, die gern prassen,  
jeder ahnt, es ist soweit:  
Schulze bringt die neue Zeit.

Selbst die allzeit Depressiven,  
Lebenskünstler, Jet-set-Diven  
rufen ihm nun freudig zu:  
Führer Schulze, führe Du!

Schulze träumt von Alis Schätzen,  
will das Land damit ergötzen,  
doch am meisten träumt er wohl,  
wie man herrschen kann nach Kohl.

Schulze weiß, er braucht Gazetten,  
zweitens prominente Betten,  
drittens den Sponsorenmist.  
Fahne wird am Schluß gehißt.

Viertens braucht er dann für jeden –  
irgendwie muß er ja reden –  
ein Programm, vielleicht auch zwei,  
das beliebte Allerlei.

Die Programme sind mitnichten  
das, wonach sich Führer richten,  
aber sie verbreiten oft  
das, worauf ein Führer hofft.

Schulze führt zu bess'ren Zeiten.  
Schulze muß die Dinge leiten.  
„Schulze!“, wird im Land gebrüllt.  
Schulze ist von Stolz erfüllt.

Jeder, der mal Haare hatte,  
schneidet sich 'ne Schulze-Platte,  
denn die Mode ist nun mal  
schulze-kultig, leicht banal.

Schulze liebt die großen Posen  
mit und ohne Badehosen.  
Menschlich will man ihn und fromm  
und ein bißchen dideldomm.

Schulze-Bilder sind im Kommen  
bei den Sündern, bei den Frommen.  
Schulzes Statement: „Lebt mit Lust!“  
ziert so manche Frauenbrust.

Die bekannten Jubelseiten  
feiern ihn schon als Gefreiten.  
Schulzes Grinsen ist bekannt;  
seine Stimme klingt wie Sand.

Manches Blatt zeigt ihn mit Diesel,  
andre sehn in ihm den Stiesel.  
Nur die Linken, mit Protest,  
bringen ihn im Schlangennest.

Schulze ist nun ganz, ganz oben,  
viele mögen ihn und loben,  
und die Zähne zeigt er gern.  
Schulze heißt ein Weltkonzern.

Ja, der Führer ist nun wieder,  
ernsthaft, lässig, sogar bieder,  
er ist wieder, wieder da,  
hopsassa und tralala!

Doch, wie's ist bei Traumgedanken  
stößt man manchmal auch an Schranken,  
wenn des Wählers Gunst verfliegt  
und der böse Wille siegt.

Denn die Arbeitslosen suchen  
ihre Rechte: Pustekuchen!  
Doch die Rechte sind zumeist  
eingefroren und vereist.

Er kann's drehen und auch wenden,  
oben senken, unten pfänden;  
die da unten danken's nicht:  
Nein zum Schulze-Vier-Bericht!

Auch der Banker leises Jammern –  
das jedoch nur in zwei Klammern –  
und der Wirtschaft fieses „Ach!“  
Alles das heißt Ungemach.

Schließlich müsse er bedenken,  
daß er mit Konzerngeschenken  
an die Macht gekommen sei,  
er und seine Spaßpartei!

Nach fatalen Haßgesängen:  
„Schulze, du mußt hängen, hängen!“  
tropft der Schweiß von seiner Stirn.  
Angst benebelt das Gehirn.

Schulze kann nichts mehr erfüllen,  
und die Wähler johlen, brüllen!  
Irgendwann zum schlechten Schluß  
wacht er auf, weil er mal muß.

„Basta“ kann man da nur nuscheln,  
alles klar und nichts zu tuscheln.  
Schulze hat 'nen neuen Traum,  
doch das interessiert wohl kaum.

**Gerhard Schmidt**

## Mäßige Recherche

Wie jede Behörde verfügt auch das Innenminister Schily unterstellte Bundesamt für Verfassungsschutz über bessere und schlechtere Mitarbeiter. Zu den faulsten gehört offensichtlich der den „RotFuchs“ in der Zentrale „begleitende“ Schlapput. Für den neuesten Bericht des Amtes ist nämlich die schon damals auf miserabler Recherche beruhende Einschätzung des Vorjahres unverändert übernommen worden.

Im Zusammenhang mit politisch-ideologischen Meinungsverschiedenheiten in der DKP wird dort erklärt, „ganze Parteigliederungen in den neuen Bundesländern“ teilen die „legalistische“ semantische Zurückhaltung des DKP-Parteivorstandes“ nicht. Sie hätten sich „vor allem in der Bezirksorganisation Berlin/Brandenburg und um die neostalinistisch ausgerichtete Zeitschrift ‚RotFuchs‘ gesammelt“.

Abgesehen davon, daß es eine „Bezirksorganisation Berlin/Brandenburg“ in der DKP nicht gibt, weil stattdessen zwei selbständige Bezirksorganisationen bestehen, ist auch der Rest nichts als Hokuspokus. Der ab 1998 von der DKP-Gruppe Berlin-Nordost herausgegebene „RotFuchs“ ist seit Juli 2001 bekanntlich keine Zeitschrift der DKP mehr, sondern ein parteiunabhängiges Blatt für Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch. Das in der Absicht der Abwertung benutzte Etikett „neostalinistisch“ entstammt dem antikommunistischen Vokabular der „Verfassungsschützer“. Was den RF betrifft, ist es gegenstandslos.

Die aus Steuergeldern bezahlten „Rechercheure“ des Bundesamtes sollten zu mehr Fleiß und Exaktheit sowie zu gründlicherer Auswertung des ihnen vorliegenden Materials angehalten werden.

Leider hat die vom DKP-Parteivorstand redigierte Wochenzeitung UZ die den „RotFuchs“ betreffende Passage des schlampigen Elaborats unserer Geheimpolizei kommentarlos nachgedruckt, was zu bedauern ist.

**S. R.**



*Spröder Charme –  
Schröders Harm*

Die Wiedereröffnung der Schulen und Hochschulen leitete die demokratische Schulreform im Osten Deutschlands ein. Die Regierung der Provinz Sachsen erließ z.B. am 3. August 1945 in Übereinstimmung mit der Sowjetischen Militäradministration (SMA) in Halle/Saale die „Verordnung zur Säuberung der Schulen und zum Schulbeginn“. Die darin gestellten Aufgaben deckten sich im wesentlichen mit den erst am 25. August 1945 vom Obersten Chef der SMAD gegebenen Weisungen. An diesem scheinbar bedeutungslosen Sachverhalt wurden die Selbständigkeit und Initiative der antifaschistisch-demokratischen deutschen Verwaltungsorgane sichtbar. Die Offiziere der SMAD reglementierten nicht, sondern

der größte Teil der Lehrer Mitglied der Nazi-Partei war. In Thüringen waren es z. B. 95 % aller Lehrer. An der Universität Leipzig blieben von früher über 220 Lehrkräften nach der Überprüfung so ungefähr 50, die nicht durch ihre Zugehörigkeit zu nazistischen Organisationen belastet waren ... Mehr als 12 000 Neulehrer, Männer und Frauen aus dem Volke, die zum Lehrerberuf keine fertige Ausbildung, sondern nur pädagogische Anlagen und einen guten Willen mitbrachten, traten in der Schule an die Stelle der fehlenden Lehrer, während ungefähr 27 000 Töchter und Söhne unseres Volkes in Acht-Monats-Kursen erfaßt wurden, um sich auf den Lehrerberuf vorzubereiten ...“ Die Befehle und Anordnungen der SMAD stimmten

wissensfreiheit, 5. die Entwicklung eines qualifizierten Lehrkörpers und 6. die Anwendung auf das Hochschulwesen. Zur Beschleunigung der Schulreform fanden in den deutschen Landes- und Kreisverwaltungen regelmäßige Beratungen statt. Daran nahmen Antifaschisten, verantwortliche Funktionäre der Selbstverwaltungsorgane und die Kultur- und Bildungsoffiziere der Militärverwaltungen teil. Diese brüderliche Zusammenarbeit bewährte sich ebenso bei der Wiedereröffnung der Hochschulen und Universitäten. So begann z. B. die Universität Jena auf Initiative Walter Ulbrichts mit Unterstützung von Generaloberst Tschuikow schon Mitte Oktober 1945 mit dem Lehrbetrieb. Tschuikow, der den „Deutschen“ in Stalingrad gegenüberstanden und sie besiegt hatte, forderte nun deutsche Professoren auf, „... ihr Werk an der Umerziehung des deutschen Volkes ... zu vollziehen ...“ Er sprach die Hoffnung aus, daß die Universität eine „... Erneuerungsstätte sein wird für ein Deutschland im demokratischen Geist und eine Grabstätte des Nazismus und der Naziideologie“.

Tschuikow sagte bei dieser Gelegenheit: „... Ich muß gestehen, meine Damen und Herren, damals in Stalingrad war ich von einer starken Abneigung gegen Deutschland und das deutsche Volk beherrscht, weil die deutsche Armee auf ihrer Fahne nichts als Verachtung, Haß und Barbarei trug. Nach der Erringung des Sieges ... hat das russische Herz gesprochen: Wer am Boden liegt, den schlägt man nicht. Heute, in dieser Feierstunde, will ich mein Glas erheben auf das Wohl des deutschen Volkes und trinken auf die Auferstehung eines neuen Deutschlands.“

Die Hilfe bei der Wiedereröffnung der wissenschaftlichen Institutionen, der Universitäten und Hochschulen, die großzügige Unterstützung bei der Verwirklichung der Grundforderungen der Schulreform förderten die demokratische Erneuerung der deutschen Kultur. Im gemeinsamen Ringen um die Demokratisierung einflußreicher Machtinstitutionen wurden Tausende Deutsche von dem kulturellen Anliegen und der Befreierrmission der Roten Armee überzeugt oder in ihrer Erkenntnis gestärkt.

Die Ergebnisse lagen auf der Hand. Der Herausbildung einer Volksintelligenz stand nichts mehr im Wege. Das Bildungsprivileg der Ausbeuterklasse war gebrochen. Die neue demokratische Einheitsschule unterrichtete die Kinder und Jugendlichen im Sinne des Erziehungszieles. Die Landes- und Provinzialregierungen fixierten diese Errungenschaften in gleichlautenden Gesetzen. Der Wille des Volkes wurde Macht.

Auf der ersten zentralen Kulturtagung der KPD, an der auch Sozialdemokraten, parteilose Intellektuelle und bekannte Persönlichkeiten des geistigen Lebens teilnahmen, forderte Wilhelm Pieck die Lehrer, Wissenschaftler und Künstler auf, das humanistische Erbe der deutschen Kultur in den Dienst der demokratischen Erneuerung zu stellen. **Otfried Weber**

## Wie die demokratische Schulreform in die Gänge kam

bezogen sich auf Beispiele, Vorschläge und praktische Erfahrungen, die sie verallgemeinerten und in ihre Weisungen einfließen ließen.

In der Präambel der Verordnung der Provinzialregierung hieß es: „... Jetzt ist es Zeit, Deutschland vom Schmutz der Reaktion verflossener Jahre zu säubern. Die Schule ist einer der wichtigsten Faktoren der ideologischen Beeinflussung der Jugend und wurde in Hitlerdeutschland mehr als jedes andere Gebiet durch die Nazi-Ideologie verseucht. Sie muß dem Einfluß des Faschismus und Militarismus entzogen werden und die großen Söhne des deutschen Volkes: Goethe und Schiller, Lessing und Heine, Liebknecht und Thälmann wieder ins Leben rufen ...“

Es wurde das Ziel gestellt, noch im Herbst mit dem Unterricht an den Schulen zu beginnen. Der Leiter der deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, Paul Wandel, der die Weisungen des Obersten Chefs der SMAD als eine große Hilfe bezeichnete, meinte, daß ihre Erfüllung durch alle Schulbehörden und Lehrer eine nationale Pflicht sei. Die SMAD handelte im Interesse der deutschen Bevölkerung, der Kinder und Jugendlichen, wenn sie den Selbstverwaltungen aller Ebenen das Ziel stellte, spätestens im Herbst 1945 mit dem Unterricht an den Schulen zu beginnen. Für den Zweck der demokratischen Umerziehung des deutschen Volkes hatte sie in den Militärverwaltungen Abteilungen für Volksbildung eingerichtet.

Paul Wandel schrieb in der Täglichen Rundschau: „... Allein auf dem Gebiet der Schule standen wir vor der Tatsache, daß

sowohl mit den Beschlüssen des Potsdamer Abkommens als auch mit den Forderungen deutscher Antifaschisten überein, daß die nazistischen und militaristischen Lehrsätze völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.

Vom 1. bis 15. Oktober 1945 öffneten 10000 Schulen ihre Pforten. Sie nahmen etwa 2 Millionen Kinder auf. Bis Anfang des Jahres 1946 stieg die Zahl der Schulen auf über 13 000 und die Zahl der unterrichteten Kinder auf 2,5 Millionen. Über 50 verschiedenartige Schulbücher in einer Gesamtauflage von 6 Millionen waren inzwischen fertiggestellt worden. Der Kampf um die Wiedereröffnung der Schulen führte Kultur- und Bildungsoffiziere der SMAD mit deutschen Antifaschisten, Lehrern und Intellektuellen zusammen. Viele halfen bei der Ausarbeitung der Lehrmaterialien. Die Abteilung Wirtschaftsplanung der SMAD stellte 8000t Papier für den Druck der neuen Schulbücher zur Verfügung. Die Hilfe trug materiellen, ideellen und moralischen Charakter.

Das ZK der KPD und der Zentralauschuß der SPD veröffentlichten gemeinsam einen Aufruf zur demokratischen Schulreform, in dem Grundforderungen genannt waren wie: 1. das Erziehungsziel, 2. die Entlassung des faschistischen Lehr- und Verwaltungspersonals und die Entfernung aller nazistischen und militaristischen Elemente, 3. die Schaffung eines einheitlichen demokratischen Schulsystems, 4. die Trennung der Kirche von der Schule bei Anerkennung der Glaubens- und Ge-

Es gibt keinen Zweifel: Der Kapitalismus ist auf dem Weg von Wahlen nicht zu beseitigen. Die Abstimmung mit den Füßen ist effektiver als die mit den Stimmgabeln, bemerkte Lenin. Dazu bedarf es druckvoller außerparlamentarischer Aktionen mit revolutionären Zielstellungen. Diese bilden auch das Rückgrat für die parlamentarische Arbeit einer sozialistischen Partei. Wenn „alle Macht vom Volke“ ausgeht – wie es im Art. 20 des Grundgesetzes heißt –, dann muß die verfassungsrechtlich verbrieftes Volkssouveränität auch auf die unmittelbare Entscheidungsmacht des Volkes ausgerichtet sein. Aus diesem Grunde ist es für eine sozialistische Partei unabdingbar, sich für die direkte Demokratie, die juristische Ausformung und Durchsetzung plebiszitärer Entscheidungsformen einzusetzen und das Verhältnis zur repräsentativen, zur Stellvertreter-Demokratie zu bestimmen. Das betrifft insbesondere Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide, letztere mit bindender Wirkung für die Legislative. Eine grundgesetzlich zu normierende Volksabstimmung darf nicht nur auf kommunale und Länderebene beschränkt bleiben. Hier hat die Bundesrepublik, was den gesamtstaatlichen Bereich angeht, zum Beispiel im Vergleich mit Frankreich und Holland, verfassungsrechtlichen Nachholebedarf. Ursächlich hierfür ist das Mißtrauen der Herrschenden gegenüber der Volkssouveränität. Dabei bleibt die hochgelobte bürgerliche Demokratie ein weiteres Mal auf der Strecke. Fehlende Volksentscheidungen zu wichtigen Lebensfragen der Bevölkerung wie der Einführung des Euro, dem Befinden über die EU-Verfassung und die „Agenda 2010“ lassen ein verkürztes Demokratieverständnis, ja einen demokratischen Notstand, erkennen. Der Argwohn der Herrschenden gegenüber den eigenen Bürgern ist trotz einer breiten Skala von Beeinflussungspotentialen (Gehirnwäsche durch die Systemparteien, Meinungsdictatur gleichgeschalteter Medien) zur Manipulierung des Bewußtseins der Volksmassen ausgeprägt. Der Risikofaktor „nicht genehmer Entscheidungen“ der Bürger ist für sie ungeachtet der betriebenen Volksverdummung zu hoch. Auch bei den plebiszitären Entscheidungsformen wird ein grundlegendes Problem deutlich: Je gründlicher die Menschen über ihre eigenen Lebensumstände nachzudenken vermögen, je mehr sie über politische Bildung und Kultur verfügen, desto profunder wird ihre Entscheidungsmacht sein. Im Klartext: Demokratie ist ohne ein angemessenes Bildungsniveau der Bürger nicht zu praktizieren.

Die parlamentarische Tätigkeit einer sozialistischen Partei hängt auch von der Stellung des Parlaments im Machtgefüge ab. Diese ist wiederum in einem engen Zusammenhang mit der Drei-Gewalten-Teilung zu werten (im Art. 20 Abs. 2 GG wird für die Bundesrepublik die Gewaltenteilung verfassungsrechtlich festgeschrieben. Sie schließt kritische demokratische Gegenmacht ein, bleibt jedoch in Ansätzen stecken und wird dem Machtpoker der

etablierten Systemparteien geopfert. Dem Grunde nach handelt es sich nicht um Gewaltenteilung, sondern um arbeitsteilige Verwirklichung der Macht des Kapitals). Unter den Bedingungen der politischen Machtkonzentration in den Händen des Großkapitals erfolgt in zunehmendem Maße eine Abwertung des Parlaments als zentraler verfassungsrechtlicher Institution, dagegen eine Zunahme von Machtbefugnissen der Exekutive sowie die Ausübung gesetzgebender Funktionen durch die Justiz. Eine solche Entwicklung ist auch in der BRD feststellbar. Schon durch das Grundgesetz Art. 63, 68, 81, 87a, 93, 100 sind die Exekutive und die Justiz mit Kompetenzen ausgestattet, die sie z. T. über den Bundestag erheben. Auch das

tionen (Herrschaftswissen), Medien und Finanzmitteln; zur Einflußnahme auf die Gesetzgebung; zur Ausformung eigener politischer Vorstellungen in Rechtsvorschriften soweit dies – ausgehend von der Kräftekonstellation – möglich ist; zur Inanspruchnahme als Form der politischen Auseinandersetzung und einer konstruktiven Opposition; zur Schaffung von Machtpotentialen als Mittel von Veränderungen für eine gesellschaftliche Alternative.

Die Wirksamkeit der Fraktion einer sozialistischen Partei und der Abgeordneten hängt jedoch davon ab, inwieweit sich praktische Politik auf den Willen der Gesamtpartei gründet (Parteiprogramm, Beschlußfassung von Parteitag, Beset-

## Wie stehen wir zum Parlamentarismus?

Bundeskabinett (hier die „kleine Runde“ des Kanzlers) verfügt über Machtpositionen, die den Handlungsspielraum der Abgeordneten des Bundestages de facto einengen. Gleiches trifft auf die Kompetenzen des Bundesrates im föderalistischen Staatsaufbau zu.

Trotz dieser institutionellen Machtverschiebung auf Kosten der Legislative darf eine sozialistische Partei das Parlament (von der Gemeindevertretung über den Landtag bis zum Bundestag) schon aus folgenden Gründen nicht geringschätzen: Es dient zur Propagierung der eigenen politischen Programmatik in der Wahlkampfphase; zur Nutzung von Informa-

tion gleicher Politikfelder); die enge Verbindung von Abgeordneten und Wählern besteht; außerparlamentarische Aktionen in Kooperation mit der Basis initiiert und genutzt werden.

Keinesfalls dürfen die negativen Seiten des Parlamentarismus übersehen werden: die Einbindung in die Regierungsverantwortung, die unter den gegenwärtigen Bedingungen der BRD strikt abzulehnen ist, weil durch sie die systembedingten Widersprüche niemals gelöst, sondern in Verfälschung des Wählerwillens nur verschleiert werden (die Regierungsbeteiligungen der PDS in Berlin und Mecklenburg/Vorpommern legen beredtes Zeugnis davon ab); die Abnabelung der Fraktion von der Partei; die Gefahren der Korruption durch Einbindung in die Machtstrukturen des kapitalistischen Staates; das Entstehen einer privilegierten, sozial abgehobenen Funktionärschicht.

Diskussionswürdig ist die Frage, ob der einzelne Abgeordnete seinem Gewissen oder der Partei verpflichtet sei. Dieses ethische Prinzip hat in Anbetracht der Disziplinierung aller Parteien kosmetische Blendwirkung. Nicht dem Demokratieverständnis entspricht die in Personalunion ausgeübte Tätigkeit in Fraktionen und Parteivorständen. Hier muß eine sozialistische Partei grundsätzlich die Doppelung vermeiden.

Unstreitig dürfte die notwendige Sorgfalt bei der Auswahl der Kandidaten im Hinblick auf deren politisch-moralische Integrität und ihre fachliche Kompetenz sein. Die parlamentarische politische Variante kann nur in Einheit mit außerparlamentarischen politischen Aktionen gewertet werden, die eindeutig das Primat haben müssen. **Prof. Dr. sc. Werner Roß**



Grafik: Karlheinz Effenberger

## Wer waren die Paten der BRD?

Der 60. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus liegt längst hinter uns. Gute und schlechte Reden wurden gehalten. In Deutschland ist alles wieder paletti. Vergeben und vergessen?

Schnell wurde der Deckel auf den Topf gestülpt, in dem die braune Suppe köchelt. Verschwiegen wurde, daß DVU, Reps und NPD zusammen fast 20 000 Mitglieder und ein Vielfaches an Sympathisanten haben. Um nicht auf dem linken Auge blind zu wirken, bespitzelt der Verfassungsschutz die PDS, die DKP, die KPD, den Bundesausschuß Friedensratschlag, die VVN und andere Gruppen, durchweg antifaschistische Organisationen. Auch den „RotFuchs“, wie die Berichte der Behörde offenbaren.

Die Festrede zum 8. Mai hielt Bundespräsident Horst Köhler. Er brachte das Kunststück fertig, nicht ein einziges Mal die Tatsache der Befreiung zu erwähnen. Dafür aber forderte er die Deutschen zum wiederholten Male auf, stolz auf ihr Land zu sein. Stolz? Worauf denn eigentlich? Etwa darauf, daß die Bürger des einen Landesteils weniger verdienen und niedrigere Renten beziehen, dafür aber einen doppelt so hohen Arbeitslosenanteil haben als die des anderen? Oder darauf, daß deutsche Soldaten – in fragwürdige Abenteuer und Aggressionen verstrickt – wieder in der Welt für „Ordnung“ sorgen? Oder auch darauf, daß in der BRD noch immer Nazis von Polizisten geschützt werden? Wie ist Bundesinnenminister Schily zu verstehen, wenn er kürzlich verlauten ließ, es sei nicht sinnvoll, nach der politischen Herkunft von Beamten der Bundesministerien zu fragen? Er lehne einen Blick auf die NS-Vergangenheit dort tätig gewesener Mitarbeiter – z. B. der Ribbentrop-Diplomaten – grundsätzlich ab. Schily widersprach damit seinem grünen Koalitionskollegen Fischer, der in dieser Sache anders denkt.

Aus den Reihen derer, die der Hitlerdiktatur aktiv den Weg bereiteten und ihr dienen, die die Judenverfolgung forcierten und daraus Nutzen zogen, die Überfälle auf fast alle Länder Europas organisierten und Truppen führten, die des Mordes an deutschen Antifaschisten und Widerstandskämpfern anderer Länder schuldig sind, amtierten 1968 in der BRD noch 20 als Angehörige des Bundeskabinetts und Staatssekretäre der Regierung, 189 als Generale, Admirale und andere hohe Offiziere der Bundeswehr oder in NATO-Führungsstäben, 1118 als hohe Justizbeamte, Staatsanwälte und Richter, 300 in leitenden Positionen der Polizei, des Verfassungsschutzes und des BND sowie 245 in gehobenen Funktionen des diplomatischen Dienstes.

Auf dem Gebiet der späteren DDR dagegen waren bereits bis August 1947 rund 520 000 faschistisch belastete Personen aus dem öffentlichen Dienst entlassen worden. Unter den Richtern und Staatsanwälten gab es kein einziges früheres NSDAP-Mitglied. Von den 1945 tätigen 39 348 Lehrern wurden über 20 000 als ehemalige Angehörige der Nazipartei aus dem Schuldienst entfernt. Bis Ende 1964 wurden in der DDR 16 572 Personen wegen Beteiligung an Verbrechen gegen

den Frieden und die Menschlichkeit angeklagt. 12807 erhielten ihre gerechte Strafe für in der Nazi-Zeit begangene Untaten. 118 von ihnen wurden zum Tode, 231 zu lebenslangem Zuchthaus und 5 088 zu Freiheitsstrafen von mehr als drei Jahren verurteilt.

Und wie sah es in der BRD aus? Dort wurden bis Anfang 1964 zwar 12 457 Personen wegen NS-Verbrechen angeklagt, aber nur 5234 verurteilt. Diese Zahlen sprechen eine noch deutlichere Sprache, wenn man weiß, daß sich die Mehrzahl der alten Nazis 1945 in die Westzonen absetzte. Wie recht hatten doch Marx und Engels, die im „Kommunistischen Manifest“ nachwiesen: „In der bürgerlichen Gesellschaft herrscht ... die Vergangenheit über die Gegenwart ...“ In der sozialistischen Ordnung werde dagegen „die Gegenwart über die Vergangenheit triumphieren“.

Da man in der BRD mit der historischen Wahrheit auf Kriegsfuß steht und wichtige Teile der Geschichte verleugnet, weil man ja sonst aus ihr lernen müßte, seien noch einmal einige Tatsachen ins Gedächtnis gerufen. Anfang 1949 wurde Generalfeldmarschall von Manstein in Hamburg wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt. Bereits im Mai 1953 entlassen, nahm er kurze Zeit später aktiv am Aufbau der Bundeswehr teil. Nicht vergessen ist Hans Maria Globke, Autor und Kommentator der Nürnberger Rassegesetze und damit intellektueller Urheber der Judenausrottung. 1949 war er unter

Adenauer zunächst Ministerialdirigent im Bundeskanzleramt, dann ab 1953 dessen Staatssekretär. Erinnerung sei auch an Theodor Oberländer, der von Oktober 1953 bis zum Mai 1960 Bundesminister war – eine Tätigkeit, zu der ihn offensichtlich seine tiefbraune Vergangenheit und seine Verstrickung in revanchistische Aktivitäten befähigte. Ohne Kommentar seien noch Kurt Georg Kiesinger, Bundeskanzler von 1966 bis 1969, aktives NSDAP-Mitglied und Nazipropagandist unter Goebbels, sowie – last, but not least – Heinrich Lübke, Bundespräsident von 1959 bis 1969, Baumeister von Konzentrationslagern und Organisator kriegswichtiger Rüstungsvorhaben, erwähnt. Die Liste ließe sich beliebig verlängern. Wären die Akteure nicht unterdessen gestorben, würden sie noch heute höchste Staatspensionen kassieren.

Auf dieses Land sollen wir also nach Meinung des früheren IWF-Direktors und heutigen Bundespräsidenten Horst Köhler stolz sein. Das lehnen wir ab, wohl wissend, daß es in Vergangenheit und Gegenwart Deutschlands – wie jedes anderen Landes – natürlich Dinge gibt, auf die man durchaus stolz sein kann. Allerdings handelt es sich dabei um Personen und Werte, die der Bundespräsident – 1989/90 Staatssekretär in Waigels Finanzministerium und somit oberster Dienstherr der das DDR-Volkvermögen plündernden Treuhandanstalt – wohl kaum im Auge haben dürfte.

**Ernst-Otto Christalle**

### Späte Einsicht

Ihr habt einst so laut nach der Einheit gerufen und habt dabei still an Bananen gedacht. Heut werdet ihr von denen, die die Einheit dann schufen, belogen, betrogen, verhöhnt und verlacht.

Ihr habt einst so laut nach Freiheit gerufen, habt die Grenze, die Mauer verwünscht und verflucht. Heut seid ihr befreit selbst von euren Berufen und sitzt auf dem Amt, wo Arbeit ihr sucht.

Nun, da ihr Einheit und Freiheit bekommen, da stellt ihr betrübt und rückblickend fest, was man euch alles dafür hat genommen und zweifelt am Slogan: „The west is the best“.

**Hans Kluth**



„Wir bitten für das Leid des russischen Volkes um Verzeihung.“

# Wie war das mit der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik?

Wer, wie der Verfasser dieser Zeilen, als DDR-Bürger in den siebziger und achtziger Jahren lehrend und forschend mit den Gesellschaftswissenschaften befaßt war, kann sich an die Formel „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ erinnern. Auf dem VIII. Parteitag der SED wurde sie im Juni 1971 von Erich Honecker als Kern der „Hauptaufgabe“ bestimmt. Damit wurde für die Wirtschaftspolitik eine veränderte strategische Orientierung gegeben, die sich zunächst auf den Zeitraum 1971 bis 1975, später auf die gesamtgesellschaftliche perspektivische Entwicklung bezog. Die politisch-ideologische Funktion der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ bestand in dem Anspruch, daß sie nur unter sozialistischen Bedingungen im Interesse des Volkes verwirklicht werden kann.

Daneben hatte die Formel auch eine wichtige praktische Funktion. Die Redewendung „So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben“ war zwar im Prinzip weiterhin gültig, entsprach aber nicht mehr den herangereiften komplizierteren gesellschaftlichen Bedingungen. Die materiellen Grundbedürfnisse der Bevölkerung waren gewachsen. Neue Bedürfnisse entwickelten sich, vor allem geistig-kulturelle und politische, und drängten immer stärker auf ihre Befriedigung. Von erheblichem Einfluß war dabei die Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen Gesellschaftssystem in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Frage lautete: Welches System kann die konsumtiven Bedürfnisse der Bevölkerung besser befriedigen? Zudem hatten sich in den sechziger Jahren in der DDR volkswirtschaftliche Disproportionen als Folge einer wirklichkeitsfremden Vorstellung von Durchbrüchen der wissenschaftlich-technischen Revolution nach der Devise „Überholen ohne einzuholen“ ergeben.

In dieser Situation erwies sich die Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik als notwendig und richtig. Sie rückte den Menschen mit seinen Bedürfnissen eindeutig in den Mittelpunkt der Wirtschaftstätigkeit. Die Mehrheit der Bevölkerung in der DDR begrüßte diesen Kurs. Bei den meisten Wirtschaftswissenschaftlern verstärkte sich die Hoffnung, daß nach der Aufgabe des „Neuen Ökonomischen Systems“ die Zeit progressiver ökonomischer Reformen kommen würde, in der mit dem Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion eine sozialistische Entwicklung der DDR gesichert wird. Die Umsetzung der Hauptaufgabe führte zu einem sozialpolitischen Programm, in dessen Mittelpunkt der Wohnungsbau stand. Die Konsumgüterproduktion wurde vorrangig entwickelt. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler wandten sich neuen herangereiften Problemen zu, zum Beispiel der Bedürfnisfor-

schung. Eng mit ihr war die Triebkraftproblematik verbunden.

Von Anfang an war klar, daß es bei der zunehmenden Bedürfnisbefriedigung auch um die Mobilisierung von Triebkräften für den ökonomischen und den wissenschaftlich-technischen Fortschritt gehen mußte. Mehr noch: Unter den Entwicklungsbedingungen der siebziger und achtziger Jahre in der DDR wurde die umfassende Mobilisierung aller menschlichen Triebkräfte immer mehr zur Voraussetzung für ökonomisches Wachstum und wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Daß dies nicht genügend gelang, trug maßgeblich zum Scheitern der Wirtschaftspolitik bei. Die internationalen Bedingungen, besonders die Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus, spielten dabei eine große Rolle. Es gab aber auch schwerwiegende Unzulänglichkeiten und Mängel im Umgang mit dem „subjektiven Faktor“, das heißt mit den Menschen. Das „Menschenbild“ entsprach nicht genügend den realen Verhaltensweisen, und das in zweierlei Hinsicht: Zum einen hielten sich Auffassungen, daß die bessere Bedürfnisbefriedigung automatisch zur Leistungssteigerung führen müsse. Zwar wurde das widersprüchliche Geflecht von individuellen, kollektiven und gesellschaftlichen Interessen theoretisch zunehmend erforscht, in der Anwendung jedoch ungenügend beherrscht. Zum anderen wurden die Widersprüche, die sich bei der Umsetzung zwangsläufig ergaben, weitgehend ignoriert und herangereifte Problemlösungen verzögert, vor allem was das Verhältnis von Konsumtion und Akkumulation betraf. An deren Stelle wurde übersteigerte Agitation und Propaganda gesetzt, was im Zusammenhang mit zunehmenden Bedarfsdeckungsdefiziten zu Glaubwürdigkeitsverlusten führte. Steigende Bedürfnisse der heranwachsenden Generation verschärfte die Lage. Mit dem Anschluß der DDR entfielen die Voraussetzungen für die „Hauptaufgabe“. Ihr war keine dauerhafter Erfolg beschieden.

Eine tiefgründige Analyse dieses Prozesses steht noch aus. Dabei wird diese nicht an der Tatsache vorbeikommen, daß in der DDR individual- und massenpsychologische Faktoren aus verschiedenen Gründen weitgehend unterschätzt wurden.

Daß die mit dem Handeln der Menschen untrennbar verbundenen Verhaltensmuster in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wichtig sind, zeigt die Entwicklung im gegenwärtigen Kapitalismus, insbesondere in der Bundesrepublik. Bis in die neunziger Jahre wurden Wirtschafts- und

Sozialpolitik theoretisch und politisch als jeweils relativ selbständige gesellschaftliche Wirkungssphären betrachtet. Wirtschaftspolitik wurde als „Ordnung des Wirtschaftslebens“, Sozialpolitik als „Abbau der Bestandsbedrohung der Gesellschaft“ definiert.

In jüngster Zeit taucht die Formel „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ in theoretischen Abhandlungen und in den Massenmedien auf. Bei genauer Betrachtung wird deren instrumentaler Charakter offenkundig. Mit dem Argument, es gebe eine wirtschaftliche, besonders finanzielle, Überforderung und „Überalterung“ der Gesellschaft, wird der Mehrheit der Bevölkerung Verzicht auf soziale Errungenschaften als unabänderlich nahegelegt. Es geht den Interessenvertretern des Finanzkapitals um die Profitdominanz, deretwegen soziale Errungenschaften zu beseitigen sind, und nur zuzulassen, was für die Existenz der Gesellschaftsordnung erforderlich ist.

Die Internationalisierung des Wirtschaftslebens gefährdet zunehmend die sozialen Standards in den einzelnen Ländern. Auch in der Bundesrepublik vollzieht sich deren drastische Senkung. In dieser Situation ist es mehr denn je erforderlich, den Widerstand gegen den Sozialabbau zu organisieren und zu koordinieren. Insbesondere der außerparlamentarische Kampf kann und muß den Bestrebungen des internationalen Finanzkapitals entgegengesetzt werden.

**Prof. Dr. Gottfried Tittel**



**Die Lasten teilen ... und die Profite, wann werden die geteilt? Aus „Solidaire“, Brüssel**

Der „RotFuchs“ hat mich bestärkt, einige Gedanken aufzuschreiben, die mich im Zusammenhang mit dem Untergang der DDR und der UdSSR bewegen. Die Schuld Gorbatschows wird immer wieder benannt. Wenn ich die Begeisterung vieler Menschen für ihn rückblickend betrachte, so fällt mir ein, daß Gorbatschow von der DDR-Führung entschieden abgelehnt wurde. Damals begriff ich noch nicht, wieso beide Seiten so extrem voneinander dachten. Jeder, der die Ereignisse vor 1989/90 nochmals in seinen Gedanken zurückverfolgt, muß sich jedoch die Frage stellen, wie ein so schwatzhafter und die Zusammenhänge nicht durchschauender Mann an die Spitze der KPdSU gelangen konnte. Zu den Gründen gehören sicher die

Parteilehrjahr und Schulungen aller Art jahrzehntelang besucht hatten.

Ich treffe immer wieder auf Leute, die dieses Geschwätz glauben, weil sie noch immer nicht begriffen haben, daß die Medien nur die Interessen der herrschenden Klasse widerspiegeln. Es wird inzwischen unwahrscheinlich viel hinter vorgehaltener Hand geschimpft, besonders die Politiker werden angegriffen. Bezeichnenderweise aber stehen die eigentlichen Verursacher der gegenwärtigen Misere kaum in der Kritik.

Begegne ich Genossen, die früher die anderen überzeugen sollten, zur Wahl zu gehen, so höre ich meist die Meinung, es gebe keine Alternative, keine Partei könne das derzeitige System ändern. Man dürfe

Schulen ergaben sich Probleme, wenn die jungen Menschen aufgefordert wurden, Bestleistungen zu erreichen. Gleichzeitig erlebten sie, wie sich überall die „innere Ruhe“ breitmachte.

Wir haben den Kopf vor vielen Problemen in den Sand gesteckt. Einer meiner Freunde durfte z. B. an Sonnabenden und Sonntagen im Preß- und Schmiedewerk arbeiten, weil die Erzeugnisse im Ausland gebraucht wurden. Am Montag aber fehlte es dann an Material. Alle warteten auf die Zusatzlöhne am Wochenende, und es war ihnen egal, wenn tags darauf die Maschinen stillstanden. Der Lohn wurde trotzdem gezahlt. Es war eine Frage der Arbeitsmoral und zugleich der Arbeitsorganisation. Um die Arbeitsmoral zu erhöhen, beschloß die DDR-Führung Sozialmaßnahmen, die eigentlich nicht bilanziert waren. Heute steht fest: Die Maßnahmen wurden als Geschenk hingenommen, während sich die Einstellung zur Arbeit nicht veränderte. Wir lebten also über unsere Verhältnisse.

Was waren die Ursachen für diese Entwicklung? Es herrschte vor allem die Illusion, die Denk- und Handlungsweise der Massen durch Agitation verändern zu können. Doch Menschen sind nur erreichbar, wenn die Propaganda nicht im Kontrast zur Wirklichkeit steht.

Wer die Arbeiter als homogene Klasse betrachtet, die von sich aus revolutionär sei, verkennt die Widersprüche. Es geht ja gerade darum, die unterschiedlichen Haltungen und Denkweisen durch Auseinandersetzungen in der Gruppe zu verändern.

Wenn immerzu von der Gesetzmäßigkeit des Sieges des Sozialismus in der Welt geredet wird, verleitet das dazu, selbst nicht viel zu tun. Man überläßt Schwätzern das Feld, die das „Nötige“ sagen, was aber nicht der Ansicht der Mehrheit entspricht. Gerade diese Wichtigtuer, die sich mit der „Wende“ schnell drehten, und auf die „Irreführung“ durch die SED verwiesen, waren Hauptbeteiligte an der Herausbildung von Passivität, da sie alles in höchsten Tönen lobten, kritische Gedanken aber als Verrat an der DDR bezeichneten. Sie trugen dazu bei, daß sich immer weniger Menschen verantwortlich fühlten.

Wir alle wissen, daß die DDR mit ihrer Garantie des Arbeitsplatzes, mit dem Wohnungsbauprogramm, mit dem Sozialwesen, mit der Bildungspolitik Großes und für Deutschland Einmaliges geschaffen hat. Diese Seite der DDR wurde von der Bevölkerung nicht angemessen bewertet. Sie nahm alles als selbstverständlich hin. Daß man aber auch für schon Erreichtes immer wieder kämpfen muß, ging beim Regieren völlig unter. Es war ein Hauptmangel, die Gefahr der Selbstzufriedenheit nicht rechtzeitig erkannt zu haben. Es hatte sich die Haltung herausgebildet, daß es die da oben schon richten werden. Wenn aber nicht das ganze Volk aktiviert wird, wenn sich nicht alle voll engagieren, nicht irgendwo irgendwie mitmachen, ist ein Vorankommen nicht möglich.

**Robert Leßig**

## Was mir auf den Nägeln brennt ...

Entfernung der Partei vom Volk und die formale Auslegung des Marxismus. Aber hat das keiner gemerkt? Wo war denn die Gegenströmung, die das hätte verhindern können? Im Grunde genommen handelt es sich um die Frage der innerparteilichen Demokratie.

Ich verfolge mit Interesse alle Aussagen über die Entwicklungen im heutigen Rußland und in China, immer auf der Suche nach einem Weg. Auf der einen Seite wird deutlich, daß die westlichen Monopole in Rußland nicht das tun können, was ihnen beliebt. Andererseits werden die Verhältnisse dort als autoritär und bürokratisch geschildert. Daraus ergibt sich für mich die Frage: Wie stehen die Mitglieder der Putin-Partei eigentlich zu gesellschaftlichen Problemen? Es ist ja bekannt, daß die Mehrheit von ihnen einst führende Leute in der UdSSR waren. Gleichzeitig existiert neben diesen die Kommunistische Partei in Konfrontation. Wer ging in welche Partei und warum? Welche Kräfte gruppieren sich wo und weshalb?

Wer überprüft, wie tiefgründig der Erziehungsprozeß in der DDR verlaufen ist, kommt zu beunruhigenden Ergebnissen. Man muß sich nur daran erinnern, wieviele Menschen das Geschwätz von Kohl und Konsorten glaubten, als diese in unser Land einfelen, um uns zu verdummen und gefügig zu machen. Das gelang ihnen erstaunlich schnell, wenn sie von blühenden Landschaften faselten und die „Einheit“ aus der Portokasse bezahlen wollten. Die ihnen auf den Leim gingen, waren doch häufig auch DDR-Bürger, die

sich nicht selbst kaputt machen. Da wird mir immer wieder klar, wie viele Leute, die dort nichts zu suchen hatten, früher in der SED waren. Durch gewisse Aktivitäten in der DDR beruhigten sie sich selbst und machten einen guten Eindruck. Hier wird sichtbar, daß es zwischen dem Emporkömmling Gorbatschow und den vielen Angepaßten auch bei uns durchaus Zusammenhänge gibt. Typen wie er hätten niemals nach oben kommen können, wenn es in der Partei demokratisch zugegangen wäre, wenn man sich selbst in Frage stellt und nicht immerzu geglaubt hätte, eine bedeutende Größe zu sein. Wer aber der Meinung ist, das Volk ständig belehren zu müssen, wer erwartet, es werde die Beiträge im Zentralorgan „Neues Deutschland“ lesen und ein Ruck gehe durch das Land, hat von Menschenführung und Psychologie überhaupt nichts verstanden.

Ich glaube, politische Führer wie Lenin erkannten die Zusammenhänge, die zwischen den gegebenen historischen Situationen und der Bereitschaft der Mehrheit des Volkes zur Veränderung bestehen. Es ist sehr wichtig zu erfassen, was die Menschen denken und fühlen, wie sie zu einem gesellschaftlichen Zustand eingestellt sind. Wer annimmt, wichtige Erkenntnisse ohne direkten Bezug zur Welt des Gesprächspartners vermitteln zu können, redet an den Menschen vorbei. Vergessen wir nicht, wie viele Schreiben an die Kreis- und Bezirksleitungen der SED mit kritischen Hinweisen gingen, die einfach abgetan wurden, die man nicht beachtete, während man immer wieder von den großen Erfolgen schrieb. Auch in den

*Arbeiter- und Bauernkinder aus aller Welt trafen sich vor 75 Jahren Ende Juli 1930 in Berlin. Delegationen aus 14 europäischen Ländern, aus Kanada, Nordafrika und der Mongolei waren angereist. Sie erkannten, was sie einte: der Wunsch nach mehr Bildung, daß Lehrer nicht mehr prügeln dürfen und Kinder nicht hungern müssen. 75 Jahre danach gibt es in vielen Ländern der Welt, auch in Deutschland, noch immer Kinderarmut, Kinderausbeutung, Kindesmißhandlungen. Und es werden Kriege geführt, in denen Kinder unsägliches Leid erfahren. Hochaktuell sind deshalb die Gedanken und Erinnerungen des ehemaligen Teilnehmers am 2. Welttreffen der Arbeiterkinder, Dr. Hans Mrowetz. Der herausragende Kommunist, dessen letzten Bericht wir hier veröffentlichen, ist am 12. Mai gestorben.*

Die Erlebnisse beim „2. Slot“ sind mir gut in Erinnerung. Das Wort kommt aus dem Russischen und steht für ein großes Treffen. Beschlossen wurde es von der Kommunistischen Internationale im zweiten Jahr der Weltwirtschaftskrise. Zunächst war Halle vorgesehen, aber die „Stadtväter“ untersagten es. Kurz entschlossen wählte man daraufhin Berlin als Veranstaltungsort. Für mich begann dort eine lebenslange Verbundenheit zu Köpenicker Freunden und Genossen. Aber das ahnte ich natürlich noch nicht, als wir uns in meinem Heimatort Falkenstein im Vogtland auf den Weg machten, um nach Berlin zu fahren.

Bereits kurz nach Mitternacht trafen wir 16 Pioniere uns mit unseren Pionierleitern, die Windjacken bis zum Hals zugeknöpft, und voller Angst, daß man uns in letzter Minute noch zurückschicken würde. Das sächsische Innenministerium hatte allen Schülern die Teilnahme am Slot verboten. Auf einem Lastkraftwagen, von Decken umhüllt, starteten wir im Morgengrauen. Wochenlang hatten wir Handzettel und Plakate geklebt, Geld gesammelt und selbst gespart, um die Reise zu finanzieren. Nachdem wir die Landesgrenzen verlassen hatten, konnten wir dann endlich unsere goldbestickte Fahne und unsere Halstücher zeigen und laut unsere Pionierlieder singen.

Am Stadtrand von Berlin wurden wir von Organisatoren des Treffens empfangen und in unseren Quartierbereich gebracht. Das war – so wurde uns erklärt – der in vieler Hinsicht bedeutungsvolle Stadtbezirk Köpenick. Ich erinnere mich noch genau an den Gang zur Kaiser-Wilhelm-Straße 30, der heutigen Werner-Seelenbinder-Straße. Im Tabak- und Zigarettengeschäft Hönick wurde ich von meinen Quartiereltern freundlich empfangen. Ich erlebte Herzlichkeit und Gastfreundschaft.

Im Hinterhaus war Walter K. aus unserer Gruppe bei Familie Fischer einlogiert. Bei ihnen saßen wir oft mit am Tisch und gaben Auskunft über unsere Eltern im Vogtland, berichteten von Arbeitslosigkeit und finanzieller Not und dem Kampf gegen den aufkommenden Faschismus. Wir erfuhren vieles aus dem Leben der

Berliner Arbeiter, insbesondere über die politischen Siege und Niederlagen in Köpenick. Wir waren zwar erst zwischen 10 und 14 Jahren alt, aber im kämpferischen Geist erzogen und hatten schon ein ziemlich klares politisches Urteilsvermögen. Den II. Weltkongreß der Kinder eröffnete im Saalbau Friedrichshain der Dichter Erich Weinert mit einer feierlichen Rede. Die Leitung des internationalen Kinderbüros begrüßte ganz besonders die Delegierten aus der Mongolischen Volksrepublik, aus Holland, Österreich, der Schweiz, Belgien, Schweden, Norwegen, Frankreich, Dänemark, Finnland, Polen und Nordafrika. Selbst aus dem faschistischen Italien waren Delegierte entsandt

An einem weiteren Nachmittag luden uns Köpenicker Jungkommunisten auf einen offenen LKW und brachten uns ins Zentrum Berlins, um uns die wichtigsten Sehenswürdigkeiten und historischen Bauwerke zu zeigen.

In Erinnerung geblieben ist mir auch eine große Kundgebung am Rande des Tempelhofer Flugfeldes, wo wir Kinder aus der sächsischen Kleinstadt neben Agitprop-aufführungen der Berliner Pioniere zum ersten Mal in unserem Leben Flugzeuge starten und landen sahen.

Eine riesige Kundgebung im Sportpalast mit einem ermutigenden Appell Wilhelm Piecks, immer an die Solidarität der Ar-

## Beim „2. Slot“ in Berlin

worden. Die sowjetische Delegation hatte keine Einreiseerlaubnis bekommen.

Es zeigte sich, daß uns die Pionierleiter gut auf das Treffen vorbereitet hatten. Wir wußten zum Beispiel über den Blutmai 1929 Bescheid. Auch durch unsere Zeitung „Die Trommel“ waren wir gründlich informiert. Umgekehrt hatten unsere Quartiereltern schon einiges von den Lohnkämpfen der Textilarbeiter in der „Plauener Spitze“ und der Gardinenindustrie gehört. Vor allem aber war Max Hoelz, der legendäre „Rote Rebell“, bekannt, der zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt und erst 1928 freigeekämpft worden war. Berliner Arbeiter empfingen ihn nach der Rückkehr aus dem Zuchthaus begeistert am Schlesischen Bahnhof.

Eines Abends nahm mich Frau Hönick bei der Hand und fuhr mit mir zu einer damals ungewöhnlichen Sehenswürdigkeit, dem erst 1927 erbauten Spreetunnel. 120 Meter lang und fünf Meter breit, führte er in einer Tiefe von 8,50 Meter unter der Spree hindurch. Würden mir meine Schulkameraden daheim glauben, daß ich unter dem breiten Fluß hindurchgegangen und von einem Fährmann wieder zurückgebracht worden war?

beiter zu denken, bildete den Abschluß dieses Kinderwelttreffens.

Nach der Rückfahrt wurden wir am Falkensteiner Bahnhof von der Arbeiter-Schalmeienkapelle und unseren Eltern stürmisch begrüßt. Tagelang erzählten wir von den Erlebnissen in Berlin.

Aus dem Vogtland schrieb ich regelmäßig an die Genossen in Köpenick, bis die faschistische Diktatur und die Überwachung der Post es unmöglich machten, unsere Solidarität in gewohnter Offenheit zu zeigen. Erst im vierten Kriegsjahr fand ich Gelegenheit, „meine Köpenicker“ wiederzusehen. Ich spürte sofort, daß uns die gleichen Hoffnungen für einen menschlichen, sozialistischen Neubeginn nach der absehbaren Niederlage Hitlerdeutschlands erfüllten.

Wenige Jahre später, noch vor Gründung der DDR, lud ich „meine Fischers“ zur Jugendhochschule am Bogensee ein, wo ich als Lehrgangisleiter tätig war. In den 50er Jahren waren sie dann meine Gäste bei Aufführungen des „Staatlichen Volkstanzensembles“ auf der Schloßinsel Köpenick.

**Dr. Hans Mrowetz**



**Arbeiterkinder aus dem Vogtland beim 2. Slot, links Hans Mrowetz**

22. April 1944. Am frühen Nachmittag trifft im Zwangsarbeiterlager Berlin-Lichtenrade ein neuer Transport Gefangener ein. Die Wachmannschaften sind für die nächste Zeit vollauf beschäftigt. Deshalb schenken sie dem Zivilisten, der dem Lagertor zustrebt, nur flüchtige Beachtung, kontrollieren kaum den Ausweis, den dieser ihnen vorzeigt. Erst am Abend wird ihnen klar, daß da einer abgehauen ist. Vom Arbeitskommando aus dem KZ Sachsenhausen fehlt ein Häftling. Die Meldung geht an die Gestapo Berlin. Kurz darauf wird die Fahndung nach Herbert Tschäpe, geboren am 15. Januar 1913 in Berlin, Bauarbeiter, Funktionär der KPD, ausgelöst. Aber da hat er schon an der Wohnungstür der Familie des Schlossers Erich Dellmann, Mächtigstraße 14 in Pankow, geklingelt. Der Mann aus Lichtenrade hat sein erstes illegales Quartier erreicht.

In den letzten Monaten vor dieser gelungenen Flucht hat der antifaschistische Widerstand in Berlin beträchtlich zugenommen. In 54 Betrieben, u. a. bei AEG, Askania, Daimler-Benz, Heinkel, Mauser und Siemens sind mutige Männer und Frauen am Werk, den Nazis und ihrer Rüstungsmaschinerie so viel Schaden wie möglich zuzufügen und die Berliner über die Verbrechen der faschistischen Diktatur aufzuklären. Doch die Arbeit der Gruppen muß geplant, koordiniert und geführt werden. Sie benötigen Informationen über die politische und militärische Lage. Doch dazu fehlt es an erfahrenen Funktionären. So verständigen sich die Leitung der illegalen Berliner KPD-Organisation um Franz Jacob, Anton Saefkow und Bernhard Bästlein mit der illegalen Parteileitung im KZ Sachsenhausen über einen verwegenen Plan: Einigen Genossen – unter ihnen Herbert Tschäpe – soll die Flucht aus dem Konzentrationslager ermöglicht werden. In die Fluchtvorbereitung beziehen sie Herberts Lebensgefährtin, die im Wedding wohnende Stenotypistin Lisa Walter, Deckname „Magda“, ein, die seit Jahren Verbindungen zwischen den Kommunisten knüpft und Kurierdienste für die Partei leistet.

Für Herbert Tschäpe haben sich die Genossen entschieden, weil der 31jährige bereits über Erfahrungen im Klassenkampf verfügt. Er ist ein echter Berliner, aufgeschlossen und schlagfertig, belesen und politisch gebildet. Vater und Mutter gehörten vor 1933 der SPD an und waren sehr stolz, als ihr Sohn in eine Gruppe Jugendlicher aufgenommen wurde, die den Kadernachwuchs für diese Partei heranbilden sollte.

Doch dann kommt der 1. Mai 1929. SPD-Polizeipräsident Zörgiebel läßt die Demonstration zusammenschießen, 31 Tote, viele hundert Verletzte und Verhaftete. Der 16jährige Herbert verläßt daraufhin die Sozialdemokraten und tritt in den Kommunistischen Jugendverband (KJVD), etwas später in die KPD ein. Beim Machtantritt der Faschisten steht er als politischer Leiter an der Spitze des Unterbezirks Neukölln, geht unmittelbar danach in den Untergrund, wird verhaf-



Herbert Tschäpe



Lisa Walter („Magda“)

## Kommunist und Internationalist: Herbert Tschäpe

tet und 1934 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Kaum entlassen, setzt er die Parteiarbeit fort.

Juli 1936. In Spanien putscht der Faschist Franco. Aus vielen Ländern eilen Antifaschisten dem spanischen Volk zu Hilfe. Einer von ihnen ist Herbert Tschäpe, der nach kurzer militärischer Ausbildung der XI. Internationalen Brigade zugeteilt wird. Er nimmt an allen wichtigen Schlachten teil, bei Brunete und Guadalajara, bei Belchite und Quinto sowie im Ebrobogen. Er ist Hauptmann und Politikommissar der Maschinengewehrkompanie, als er im Januar 1938 bei Teruel verwundet wird. Ein Jahr später muß er mit seinen Genossen die Pyrenäen-Halbinsel verlassen. Dank der sogenannten Nichteinmischungspolitik der USA, Englands und Frankreichs hat Franco gesiegt. Die französische Regierung interniert die Interbrigadisten. Gurs und Le Vernet heißen die KZ-ähnlichen Lager, in denen Herbert mit seinen Genossen einen Vorgeschmack auf das erhält, was ihn später in Nazideutschland erwartet. Denn die Regierung des Marschalls Petain liefert ihn 1941 an die Gestapo aus, die ihn am 11. August in das KZ Sachsenhausen überstellt. Schon nach einiger Zeit bringt es die illegale Parteileitung zuwege, daß der 28jährige in den Block 51 verlegt wird, in dem junge Tschechen inhaftiert sind. Tschäpe, der vor seinem Einsatz in Spanien etliche Monate in der CSR verbracht hat, erringt schnell deren Vertrauen und kann sie als Verbündete im Widerstand gegen die SS gewinnen.

Ende Dezember 1943 kommt Herbert Tschäpe die Qualifikation als Bauarbeiter zugute. Ein Arbeitskommando, dem er zugeteilt wird, soll das von Bomben teilweise zerstörte Lager für ausländische Zwangsarbeiter in Lichtenrade wieder aufbauen. Auch zivile deutsche Arbeiter sind dort beschäftigt. So gelingt es Lisa Walter, unter falschem Namen Kontakt zu

Herbert aufzunehmen und bei mehreren Besuchen die Flucht vorzubereiten.

Kaum ist er in Freiheit, beginnt eine intensive illegale politische Arbeit. Dabei erhält er die Unterstützung vieler Genossen und Sympathisanten. Bruno Hämmerling aus Köpenick besorgt ihm gefälschte Zivilpapiere, Marie Wolter verschafft ihm Kleidung und Verpflegung, Dr. med. Heinrich Erdmann aus Zehlendorf stellt ihm „Krankenscheine“ aus, die ihn „von der Arbeit befreien“, die Geschäftsfrau Auguste Döring aus der Dresdener Straße 3 in Kreuzberg bietet ihre Wohnung für Treffen mit Franz Jacob und Anton Saefkow sowie ihre Wohnlaube als weiteres illegales Quartier an. Eine dritte Unterkunft findet er bei Genossen in Treptow. Seine Hauptaufgabe sieht er darin, Verbindungen unter den Berliner Kommunisten in Betrieben und Wohngebieten zu knüpfen, ihnen Aufklärungsmaterial zukommen zu lassen. Er verfaßt einen „Aufruf an die deutsche Nation“, in dem er darauf hinweist, daß „die letzte Runde des unseligen Hitlerkrieges begonnen hat“ und „die Wehrmacht außerstande ist, auch nur an einer einzigen Front ... Widerstand entgegenzusetzen zu können“. Außerdem nimmt er Verbindung zu einer Gruppe französischer Kommunisten in einem Arbeitslager auf, übersetzt deren Mitteilungen und übermittelt ihnen die politischen Ansichten der KPD und die Richtlinien des Nationalkomitees Freies Deutschland.

Es ist Herbert Tschäpe nicht vergönnt, das Ende der faschistischen Diktatur zu erleben. Deren Volksgerichtshof verurteilt ihn zum Tode. Der 31jährige wird am 27. November 1944 im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet. Es ist der Geburtstag seiner Mutter.

Lisa Walter überlebt in der Illegalität den Faschismus und wirkt in der DDR viele Jahre als Lehrerin. **Günter Freyer**



Leserdebatte:

# Nochmals zur Terrorismusfrage

Frank Triklin hat in seinem Beitrag (RF 85, 86) ein hochaktuelles Thema bearbeitet. Ihm ist zuzustimmen, daß es weltweit auch in den verschiedenen linken Bewegungen Unsicherheiten darüber gibt, was unter Terror bzw. Terrorismus zu verstehen ist und wie beide vom völkerrechtlich legitimierte Freiheitskampf sowie von zulässiger nationaler Selbstverteidigung abzugrenzen sind. Seine verdienstvollen Anregungen erfordern m. E. eine weitere Ergänzung und Vertiefung.

Erstens: Um zu einer brauchbaren Definition zu gelangen, sind nicht nur politisch-ideologische, militärische und geschichtliche, sondern vor allem auch rechtliche Aspekte zu berücksichtigen. Denn der Kampf gegen die vielfältigen Erscheinungsformen des Terrorismus wäre Willkür, würde er sich ohne überprüfbare rechtliche Grundlagen vollziehen. Zu ihnen gehören völkerrechtliche Dokumente. Verwiesen sei in diesem Zusammenhang auf die Konvention des Völkerbundes vom 16. 3. 1937 und auf das Europäische Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrors vom 27. 7. 1977, auf die internationalen Konventionen zu Geiselnahme, Luftpiraterie etc. Darüber hinaus spielen natürlich auch innerstaatliche Rechtsnormen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Ohne eine erschöpfende Aufzählung vornehmen zu können, sei auf einschlägige strafrechtliche und strafprozessuale Regelungen verwiesen. Von besonderer Bedeutung sind aber jene Normen, die im Zusammenhang mit Gründung und Aktivitäten der RAF in den 70er Jahren sowie als Reaktion auf den 11. September 2001 in der BRD verabschiedet wurden.

Alle diese nicht näher genannten gesetzlichen Regelungen waren und sind mit

erheblichen Einschränkungen der verfassungsmäßigen und strafprozessualen Rechte der Bürger verbunden. Bürgerrechts- und Datenschutzorganisationen, die Bundesrechtsanwaltskammer, der Deutsche Anwaltsverein, bürgerliche Politiker und Journalisten haben massive Kritik an ihnen vor allem deshalb geübt, weil damit ein weiterer Schritt in den Überwachungsstaat erfolgt ist.

Trotz Fehlens einer Legaldefinition besteht international und national weitgehend Klarheit darüber, daß Terrorakte deshalb zu den besonders schwerwiegenden Straftaten zu rechnen sind, weil sie in aller Regel mit physischer und psychischer Gewalt, äußerster Brutalität, Tötung von Menschen, Auslösung von Furcht und Schrecken unter der Bevölkerung und meist auch mit beträchtlichen Sach- bzw. Vermögensschäden verbunden sind. Übereinstimmung besteht auch im Hinblick auf das typische Erscheinungsbild terroristischer Aktivitäten. Zu diesem gehören u. a. die politisch motivierte Inszenierung von Mord und Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Geiselnahmen, Attentate, bewaffnete Anschläge, Flugzeug- und Schiffsentführungen, Brandstiftungen, lebensgefährdende Überschwemmungen, gemeingefährliche Vergiftungen etc. Darüber hinaus zählt zum Terror auch eine Vielzahl ihm vorgelegter Aktivitäten.

Zweitens: Die von Triklin ausgearbeitete Definition des Begriffs Terror weist zweifellos in die richtige Richtung. Dennoch ist sie noch nicht geeignet, das Wesen des Erscheinungsbildes terroristischer Aktivitäten hinreichend widerzuspiegeln und eine einigermaßen praktikable Abgrenzung zu anderen Erscheinungsformen von

Gewaltanwendung und Gewaltandrohung zu ermöglichen.

Unter Berücksichtigung internationaler und innerstaatlicher Rechtsnormen zur Bekämpfung terroristischer Aktivitäten bietet sich der folgende Definitionsversuch an, der als weitere Diskussionsgrundlage verstanden werden soll: Terror sind schwere Straftaten, die nachweisbar durch Anwendung oder Androhung von Gewalt oder vorgelagerte Aktivitäten gekennzeichnet, meist mit Vernichtung unschuldiger Menschen oder mit Einschüchterung bzw. Verängstigung von Teilen der Bevölkerung oder mit Zerstörung erheblicher Sachwerte verbunden sind. Mit ihnen werden menschenverachtende politische, pseudoreligiöse oder rassistische Ziele unterschiedlichster Art angestrebt.

Dieser Definitionsversuch ist mit bedeutsamen praktischen Konsequenzen verbunden. Auf die folgende soll besonders aufmerksam gemacht werden: Einzelpersonen, Personenvereinigungen oder beliebige staatliche Institutionen können nur dann der Begehung terroristischer Aktivitäten beschuldigt werden, wenn ihnen konkrete tatbestandsbezogene Handlungen und die subjektiven Voraussetzungen des geltenden Terrortatbestandes nachgewiesen werden. Ohne einen solchen konkreten Schuldnachweis sind Terrorbeschuldigungen, gleich wem gegenüber erhoben, irrelevant.

Drittens: Triklin hat zu Recht darauf hingewiesen, daß Klarheit über den Begriff und das Wesen des Terrors von großer Bedeutung für den Kampf antikapitalistisch orientierter Kräfte ist. Dies nicht zuletzt deshalb, weil der Gegner seit langem versucht, Begriffe wie Terror, Terrorismus, Terrorisieren, terroristische Übergriffe usw. für politische Zwecke, nicht zuletzt auch zur Diskreditierung der DDR wie ihrer Schutz- und Sicherheitsorgane, zu instrumentalisieren.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Enthüllung der „Gedenktafel“ am ehemaligen Sitz der MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg durch Frau Birthler und die PDS-Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Lichtenberg, Frau Emmrich. Der Tafeltext unterstellt dem MfS der DDR „... durch Terror die Diktatur der SED“ gestützt zu haben. Zur „Rechtfertigung“ dieser Beschuldigung dient eine falsche Definition des Terrors. Nach Auffassung einiger PDS-Politiker ist dieser „... im allgemeinen Verständnis die gezielte Erzeugung einer Atmosphäre der Angst, Einschüchterung und Abschreckung durch Zwang, Druck, physische und psychische Gewalt ...“. Eine solche Begriffsbestimmung negiert jeden Bezug zu rechtlichen Aspekten und dient allein politischen Zwecken.



Am 5. Mai 1955 ist die BRD der NATO beigetreten. Welche Folgen hatte dieser Schritt? Welche Konsequenzen hat er bis heute?

In der dickleibigen „Chronik des 20. Jahrhunderts“ steht unter dem Datum 5. Mai 1955 „Bundesrepublik wird souverän“. In „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Beilage zur Zeitschrift „Das Parlament“, wurden dem Leser am 25. April 2005 unter dem Titel „50 Jahre Souveränität“ vier Studien angeboten: Von der beschränkten zur vollen Souveränität Deutschlands (Hanns Jürgen Küster), Pariser Verträge – Besiegung deutscher Zweistaatlichkeit (Siegfried Schwarz), Die Hallstein-Doktrin: Ein souveräner Fehlgriff? (William Glenn Gray), Bundesdeutsche Souveränität durch Aktenübergabe (Astrid M. Eckert). Soviel auch von Souveränität geredet wurde und wird, ist zunächst festzustellen: Das Volk der BRD, der eigentliche Souverän, hatte weder bei der Installierung des Grundgesetzes noch beim Beitritt zur NATO, noch bei der Unterzeichnung des Zwei-Plus-Vier-Vertrages noch bei der Zustimmung zur EU-Verfassung irgend etwas zu sagen. Es wurde weder befragt noch gefragt. Aber es hatte die Folgen zu tragen, und zwar nicht nur in der BRD und nicht nur in der Vergangenheit.

Politiker verwenden oft das Wort „Weichenstellung“. Welche Weichen stellt die NATO mit welchen Folgen? Wurde die BRD „sicher an der langen Leine gehalten“, wie „Das Parlament“ am 2./3. Mai 2005 verniedlicht? Oder wurde sie nicht vielmehr – zehn Jahre nach dem Tag der Befreiung – auf die gleiche antisowjetische Stoßrichtung (unter anderen Bedingungen) festgelegt wie Deutschland schon unter Hitler?

Es ist aufschlußreich, in das Protokoll der Debatte des Deutschen Bundestages vom 21. April zu blicken. Die CDU hatte eine aktuelle Stunde beantragt. Friedbert Pflüger, der Hauptredner der CDU, trompetete in den Saal: „Bündnissolidarität, militärische Abschreckung und der amerikanische Nuklearschirm – das alles bewahrte Deutschland und das freie Berlin über Jahrzehnte vor der Expansion des sowjetischen Kommunismus.“

Noch im April 2005 tischte Pflüger also den Zuhörern die Lüge von der „bolschewistischen Gefahr“ auf, mit der schon Hitler und Goebbels hausieren gingen, um die Aggression in eine Wohltat für das „christliche Abendland“ zu verwandeln. Daß Europa am atomaren Abgrund vorbeischrämte, daß die Deutschen in Ost und West im gemeinsamen Massengrab ihre Einheit hätten herstellen können, wie Egon Bahr fürchtete, hat Pflüger völlig vergessen.

Er glaubte indes den Grünen-Politiker Ludger Vollmer daran erinnern zu müssen, daß dieser 1998 gesagt habe, die NATO-Osterweiterung sei die Ostverschiebung der Militärmaschinerie der NATO. Sie stelle eine „antirussische Allianz“ dar. Was soll denn daran falsch gewesen sein? Ist Pflüger nicht in der Lage, Putins begründete Sicht auf diese für Rußland gefährvolle Entwicklung zur Kenntnis zu

## Vor 50 Jahren schloß sich die BRD der NATO an

nehmen? Macht er denn Außenpolitik mit sich selbst?

Christian Schmidt, ein CDU-Mitstreiter Pflügers, fand: „Irgendwie hat man den Eindruck, daß im politischen Kanon der Bundesregierung die NATO noch heute als ideologische Kopfgeburt des kalten Krieges angesehen wird.“ War die NATO denn keine Schöpfung des kalten Krieges? Christian Schmidt hat nicht nur die Vergangenheit der NATO heilig gesprochen, sondern auch deren Zukunft. Er verlangte „die Präsenz amerikanischer Kräfte in Europa (also die Fortsetzung der Vasallenrolle, die Brzezinski und Co. von Deutschland erwarten). Zugleich müsse Europa aber seine „militärischen Fähigkeiten ... signifikant steigern“. Ruprecht Polenz, Schmidts Fraktionskollege, wußte auch gleich, daß es die „Region des Persischen Golfs“ ist, auf die sich „Europa“ zu konzentrieren habe. Für diese „Stoßrichtung“ fand er das Lob des SPD-Abgeordneten Rainer Arnold.

Der Beitrag von Markus Meckel (SPD) reizt zur Satire. 1990 war der ehemalige Pfarrer für kurze Zeit Außenminister der Noch-DDR, der sich im Gespräch mit Günter Gaus wie ein Pfau spreizte. Er erinnert sich heute wenigstens: „Wir waren uns immer sehr wohl bewußt, daß, wenn es zu einer militärischen Konfrontation zwischen den beiden Blöcken gekommen

wäre, diese sich konkret auf deutschem Boden abgespielt hätte.“

Jetzt weiß er überdies, die NATO sei ein „zentraler Schutzschild im kalten Krieg“ gewesen. Der einstige Verfechter des Bibelsatzes „Schwerter zu Pflugscharen“ mutierte vom Saulus zum Paulus, also zum „wirklich überzeugten Atlantiker“. Und jetzt ist er auch dafür, weltweit dreinzuschlagen: „Neben den USA als Nationalstaat ist die NATO die einzige Institution dieser Welt, die militärisch global agieren kann. Wir alle wissen, daß es ohne sie nicht geht ...“

Zweifellos: Wer auf Krieg setzt, braucht die NATO. Winfried Nachtwei von den Grünen mochte sie allerdings „nicht rundweg heiligsprechen“, erklärte aber, er sei froh, daß die NATO bei „Krisen- und Stabilisierungseinsätzen“ mitwirkt, nur auf den Segen der UNO sollte sie nicht verzichten.

Sind fünfzig Jahre nach dem Beitritt der BRD zum Nordatlantikpakt die Weichen auf Frieden und Abrüstung gestellt? Wohl kaum. Ist die Zustimmung zur EU-Verfassung durch den Bundestag nicht ein „Ermächtigungsgesetz“, das die Rüstung zur Norm erhebt und künftige Kriege programmiert? War das den Pflüger, Polenz und Meckel Ende April völlig entgangen? Oder wollen sie die „Weichenstellung“ zu weiteren Kriegen mitverantworten?

**Prof. Dr. Horst Schneider**

## Antifa-Konferenz marxistischer Linker in Chemnitz

Zur Antifa-Konferenz marxistischer Linker am 28. Mai im Chemnitzer „Forum“ verständigten sich 35 Sozialisten und Kommunisten aus ganz Sachsen gemeinsam mit Prof. Dr. Horst Schneider aus Dresden und Klaus Bartl, MdL Sachsen aus Chemnitz, zu den Themen „Vermächtnis des Antifaschismus – Erinnerung, Tradition, Aufgabe“ und „Der aufhaltsame Aufstieg – die NPD im sächsischen Landtag“.

Der von den Faschisten selbst geprägte und vom ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog durch einen Gedenktag geadelte Begriff „Nationalsozialismus“ ist eine Beleidigung und Verhöhnung aller Sozialisten und sollte von uns gemieden werden. Der Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag ist auf dem Boden der kapitalistischen BRD gewachsen und Ergebnis der Art und Weise, wie die DDR abgewickelt wurde. Das drückt sich in der Hoffnungslosigkeit der Bevölkerung aus. Doch es gibt Möglichkeiten, etwas gegen den Aufstieg der NPD in den Bundestag zu tun: Die Linke muß den Antifaschismus

konsequent in die Parlamente einbringen und mit den Menschen reden. Die PDS hat dem Sächsischen Landtag einen Gesetzentwurf zu einem Antifaschismus-Artikel als Grundlagenartikel der Staatsziele der sächsischen Verfassung unterbreitet. Beim Scheitern der Anhörung am 4. Juli wird die PDS einen Volksantrag vorschlagen.

Wie wichtig theoretische Bildungsveranstaltungen wie die Antifa-Konferenz für die Linken sind, brachte eine DKP-Genossin zum Ausdruck, die erklärte, nach dieser Beratung geradezu „gelechzt“ zu haben.

Veranstalter waren das Marxistische Forum Sachsen in und bei der PDS, die Kommunistische Plattform der PDS Sachsen, die DKP, die Regionalgruppen Leipzig und Chemnitz/Zwickau/Plauen des „Rot-Fuchs“-Fördervereins sowie das Kommunistische Aktionsbündnis Dresden. Der RF-Förderverein wurde von Prof. Dr. Ingo Wagner (Leipzig) und Wolfgang Naundorf (Chemnitz) vertreten.

**Renate Weinbrecht**

**Wolfgang Neidhardt**, *Generalleutnant a. D. der Nationalen Volksarmee der DDR, gewährte dem „RotFuchs“ das folgende Interview.*

**Genosse Generalleutnant, vor 50 Jahren wurde die Organisation des Warschauer Vertrages gegründet. Was waren die Umstände, die zu diesem Schritt führten?**

Leider herrschte im bundesdeutschen Blätterwald und in den elektronischen Medien darüber Schweigen, es war aber ein Teil unserer Geschichte, wir haben da nichts zu verbergen. Die Bildung politischer und militärischer Blöcke steht in engem Zusammenhang mit der Systemauseinandersetzung, d. h. mit dem kalten Krieg. Bereits 1945 liefen in den USA Untersuchungen zur Ausarbeitung einer Doktrin, um die führende Rolle der USA bei der Neuordnung der Welt zu sichern. Im März 1947 wurde sie als „Truman-Doktrin“, bekannt auch als Politik des „Containment“ (Eindämmung), verkündet. Diese Doktrin enthielt u. a. auch das Element der „Einkreisung“ der Sowjetunion, zunächst durch den Aufbau eines Systems von fast 500 militärischen Stützpunkten der USA rund um das Territorium der UdSSR, weitgehend jedoch durch die Bildung von Militärblöcken in Europa und Asien. So erfolgte die Gründung der NATO (ohne BRD) am 4. April 1949, der SEATO (Südostasienpakt) am 8. September 1954 und der CENTO (Zentralasienpakt) am 24. März 1955. Die Ausgangslage war charakterisiert durch das Monopol der USA auf Kernwaffen und Trägermittel. Sie verfügten über die stärkeren Luft- und Seestreitkräfte, die UdSSR über die stärkeren Landstreitkräfte. Die Wirtschaft der USA ging aus dem Krieg gestärkt, die der UdSSR stark geschwächt hervor.

**Wie reagierte die Sowjetunion auf diese Entwicklung?**

Die UdSSR hatte bilaterale Beistandsverträge mit den Nachbarstaaten abgeschlossen und somit in der besonders gefährdeten westlichen Richtung eine Art Sicherheitskordon mit einer Tiefe von etwa 600 km gebildet. Unter Berücksichtigung der damaligen Militärtechnik war ein Blitzkrieg somit ausgeschaltet, gleichzeitig waren durch den sowjetischen Beistand auch diese Partnerstaaten vor einer möglichen deutschen Aggression geschützt. Die sowjetische Deutschlandpolitik sah ein einheitliches nichtpaktgebundenes Deutschland vor, aus dem alle Besatzungstruppen abzuziehen sind. Mehrfach betonten sowjetische Vertreter das Interesse an einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland. Militärisch hätte das ein Auseinanderrücken der Streitkräfte möglicher Kontrahenten bedeutet, ein nicht zu unterschätzender Sicherheitsfaktor für ganz Europa!

**Warum ging der Westen nicht auf diese Politik ein?**

Es waren besonders die USA, die das Potential Deutschlands für die Durchsetzung ihrer Interessen forderten und

# Worauf gründete sich der Warschauer Vertrag?

die Bundesregierung unter Adenauer, die eine Politik der Bindung an den Westen betrieb, um über den Weg der Wiederbewaffnung weitgehenden Einfluß und Souveränität für die BRD zu erreichen. Als Mittel dazu diente sowohl national als auch international die Verbreitung von Bedrohungsdarstellungen, die der UdSSR Aggressionsabsichten unterstellten, ein Mittel, das auch heute oft zur Anwendung kommt.

Die Außenminister der USA, Frankreichs und Großbritanniens gaben im September 1950 das Signal zur Einbeziehung des westdeutschen wirtschaftlichen und militärischen Potentials in die Strukturen der westlichen Allianz. Auf westdeutscher Seite waren es besonders die Denkschriften der Wehrmachtsgeneräle Speidel und Heusinger, die den Aufbau der Streitkräfte vorbereiteten. Im Mai 1952 wurde der Generalvertrag abgeschlossen, in welchem die drei Westmächte große Teile des Potsdamer Abkommens außer Kraft setzten. Die Unterzeichnerstaaten akzeptierten dabei auch den BRD-Anspruch zur Alleinvertretung für ganz Deutschland und zur Wiederherstellung der Grenzen Deutschlands vom Jahre 1937, d. h. Gebietsansprüche mit militärischer Brisanz.

**Welche Reaktion folgte darauf?**

Die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten behielten die oben skizzierte Linie bei. Als Beispiele können gelten: die Prager Konferenz von 1950, der Notenwechsel zwischen den Siegermächten, darunter die bekannte Stalin-Note von 1952.

Nach der abrupten Ablehnung der Vorschläge eben dieser Note erteilte Stalin die Weisung zum Aufbau nationaler Streitkräfte der DDR als Gegenpol zur vorgesehenen Veränderung des Kräfteverhältnisses durch die Einbeziehung des Potentials der BRD.

**Gab es denn keine Alternative zur unheilvollen Blockkonfrontation in Europa?**

Eine solche Möglichkeit hätte das „kollektive gesamteuropäische Sicherheitssystem“ geboten, ein sowjetischer Vorschlag an alle europäischen Staaten, der leider auch der Ablehnung verfiel. Besonders heute spürt man das Fehlen eines solchen Systems, es könnte statt neuer Feindbilder oder der NATO-Osterweiterung ein Mehr an Sicherheit und Frieden für Europa bieten.

**Welche Wirkung hatte denn der Widerstand Friedensbewegung der BRD gegen die Remilitarisierung?**

Die „Ohne-Mich-Bewegung“, die Ostermärsche, kirchliche Kreise und zeitweise

auch die SPD formierten sich zu einer ernstzunehmenden Kraft. Die Herrschenden bauten dagegen auf den in der Bevölkerung dominierenden Antikommunismus.

Am 25. 9. 1954 forderte der Nationale Sicherheitsrat der USA, „mit allen denkbaren Mitteln eine westliche Orientierung der BRD (zu) sichern“. Anschließend folgte die Londoner Neunmächtekonferenz und darauf ab 19. Oktober der Verhandlungsmarathon von Paris. In der Zeit bis zur Unterzeichnung am 23. Oktober entstand das Paket der „Pariser Verträge“, um die Bundesrepublik in die bereits vorhandene NATO einzugliedern. Die UdSSR bemühte sich nochmals, die Blockbildung zu verhindern. So wurden u. a. alle europäischen Staaten im Dezember 1954 nach Moskau zu Beratungen über das kollektive gesamteuropäische Sicherheitssystem eingeladen. Diese Einladungen wurden leider nur von den osteuropäischen Staaten und China wahrgenommen. Die Ratifizierung der Pariser Verträge erfolgte sehr schnell. Anfang Mai 1954 wurde die BRD in die NATO aufgenommen.

**Diese Fakten führten also zu Änderungen der Sicherheitspolitik der UdSSR und ihrer Partner?**

Das Konzept der Sowjetunion beruhte auf eigener Stärke, bilateralen Verträgen mit den Nachbarstaaten und einem nichtpaktgebundenen einheitlichen Deutschland. Das entsprach nicht mehr den durch den Westen geschaffenen Fakten. N. S. Chruschtschow wandte sich am 5. 3. 1955 an W. Ulbricht mit Vorschlägen für gemeinsame Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der europäischen Staaten. Am 14. Mai erfolgte in Warschau die Unterzeichnung des Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe, bekannt als Warschauer Vertrag. Die DDR war von Beginn an Teilnehmer dieses Bündnisses. Die Einbeziehung ihrer Streitkräfte wurde auf einen späteren Zeitpunkt verlegt. Dazu waren Voraussetzungen erforderlich, wie u. a. die Aufhebung des Besatzungsregimes und die Außerkraftsetzung einer Reihe von Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, die im Jahre 1955 eintraten. 1990 hat sich der Warschauer Vertrag selbst aufgelöst, die NATO besteht bis heute. Damit gibt es auch nach wie vor die von diesem Block ausgehende Gefahr. Die NATO hat sich nach Osten erweitert, sie beansprucht für sich das Recht militärischer Einsätze auf allen Kontinenten. Der Frieden wird dadurch nicht sicherer.

**Interviewer war Frank Mühlefeldt.**

Seit langem wurde vom „Westen“ die Meinung verbreitet, mit dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsabkommens vom 23. August 1939 sei die „Sowjetisierung“ der baltischen Staaten besiegelt worden. Dieses „Argument“ diene antikommunistischen Kräften dazu, die Bevölkerung Litauens, Estlands und Lettlands für eine Loslösung dieser Länder von der UdSSR zu mobilisieren. Ein Beschluß des Parlaments in Vilnius vom Februar 1990 verurteilte z. B. die Errichtung der Sowjetmacht in Litauen als „Aggression, Okkupation und Annexion“. Daraus schlußfolgerten die baltischen

durch den Kriegsausbruch vor schweren wirtschaftlichen Problemen, die die politische Krise noch verschärften. In dieses Vakuum stießen die Linken und erstrebten eine gesellschaftliche Umwandlung, bei der sie sich der Unterstützung des mächtigen sowjetischen Nachbarn sicher sein konnten. In solchen Situationen setzen sich immer gut organisierte und ideologisch zielklare politische Gruppierungen unabhängig von ihrem bisherigen Einfluß durch. Das traf in Litauen, Estland und Lettland in erster Linie für die bisher illegalen kommunistischen Parteien zu. Diese waren scharfer Verfolgung

rechnen. Nazideutschland hatte sich zum Nichteingreifen verpflichtet. So standen sie außenpolitisch allein. Angesichts des allgemeinen Linksrucks traten sie die Flucht nach vorn an. Die anfängliche Schwäche der Roten Armee im finnisch-sowjetischen Krieg ausnutzend, verschärften sie den Terror gegen die Kommunisten und trachteten danach, sich den Vertragsverpflichtungen gegenüber der UdSSR zu entziehen. Sogar bewaffnete antisowjetische Aktionen wurden einkalkuliert. Das widersprach allen mit Moskau im Jahre 1939 abgeschlossenen Beistandsverträgen. Nach dem sowjetischen Sieg über Finnland herrschte Rat- und Konzeptionslosigkeit. Nun verlangte die UdSSR die Bildung von Regierungen, die die Einhaltung der abgeschlossenen Verträge garantieren und einer Erhöhung der sowjetischen Truppenpräsenz zustimmen würden. Einflußreiche Politiker und Militärs weigerten sich, den abenteuerlichen Kurs der Regierungen zu unterstützen. Damit befanden sie sich im Einklang mit den immer offensiver auftretenden Kommunisten. Die reaktionären Regimes erwiesen sich als politisch am Ende. Die baltischen Präsidenten mußten außerparlamentarische linke Regierungen ernennen, in denen KP-Vertreter vorerst kaum in Erscheinung traten. Innerhalb eines Monats wurden umfangreiche Sozialmaßnahmen eingeleitet, bewaffnete Organe demokratisiert, faschistische Parteien verboten, Grundbesitz und Betriebe enteignet und Arbeitern und landlosen Bauern übereignet, erdrückende Zinsen erlassen usw. Das verschaffte den Linken einen gewaltigen Vertrauenszuwachs, so daß die von den Kommunisten geführten Bündnisse (Volksfronten) im Juli einen Wahlsieg verbuchen und die Macht übernehmen konnten.

Die UdSSR hatte noch im Herbst 1939 nicht mit einer revolutionären Wende im Baltikum gerechnet. Als Chef der Sowjetregierung verbot Molotow im Oktober den dort tätigen Diplomaten jede Initiative in diesem Sinne. Im Unterschied zu Nazideutschland, das von Beginn an den Anschluß der Ostseerepubliken an die Sowjetunion einkalkulierte, verfolgte Moskau andere Pläne. Alle Dokumente weisen darauf hin, daß die UdSSR an einer ausreichenden Militärpräsenz und der Existenz prosovjeterischer bürgerlicher Führungen interessiert war. Massive Unterstützung für die baltischen Linken gab es erst, nachdem diese selbst in die Offensive gegangen waren. Nun bestand für sie die historische Chance der Machteroberung. Sie wurde von den baltischen Kommunisten und deren Verbündeten genutzt. Die anschließende Aufnahme der drei Republiken in die Sowjetunion bildete den logischen Abschluß dieser Entwicklung.

Es nimmt nicht Wunder, daß die mit imperialistischer Hilfe wieder ans Ruder gebrachte baltische Reaktion zu den fanatischsten Vorkämpfern des Antikommunismus und des Hasses gegen Rußland gehört.

**Stefan Warynski**

## Wer errichtete im Baltikum die Sowjetmacht?

Nationalisten, daß der Beitritt ihrer Staaten zur UdSSR nicht legitimiert und sie niemals Teil der UdSSR gewesen seien. Die Verträge der UdSSR mit Hitlerdeutschland – auch das geheime Zusatzprotokoll – bildeten weder rechtlich noch politisch die Grundlage für die Wiedererrichtung der Sowjetmacht im Baltikum, die sich im Sommer 1940 vollzog. Die Stationierung sowjetischer Truppen erfolgte allein auf der Basis zwischenstaatlicher Vereinbarungen zwischen der UdSSR und den einzelnen baltischen Republiken im Oktober 1939 und im Juni 1940. Die die zu diesem Zeitpunkt bereits stationierten sowjetischen Verbände verstärkenden Einheiten besaßen dazu die Erlaubnis der baltischen Regierungen. Militärische Operationen fanden nicht statt.

Den Sturz der bürgerlichen Regierungen übernahmen die baltischen Volksmassen unter Führung ihrer kommunistischen Parteien. Das geschah auf der Grundlage geltender Verfassungen und Gesetze. Sowjetische Truppen hatten daran keinen Anteil.

Die staatsrechtliche Basis für den revolutionären politischen Wandel im Baltikum bildeten die aus Wahlen hervorgegangenen Parlamente und Regierungen sowie deren Entscheidungen. Darunter fällt auch der Beschluß über die Aufnahme der inzwischen baltischen Sowjetrepubliken in den Staatsverband der UdSSR. Alles nachträglich für ungültig erklären zu wollen, diene nur antisowjetischer Stimmungsmache und ideologischer Verwirrung. Dadurch konnten die heutigen baltischen Führungen aber der Bevölkerung mit Erfolg suggerieren, eine fremde Macht habe ihre angeblich demokratischen Länder annektiert und dadurch deren durchaus erfolgreiche Entwicklung beendet. Diese wären niemals freiwillig der UdSSR beigetreten.

Wohlweislich wurden besonders die innenpolitischen Verhältnisse verschwiegen. Die baltischen Staaten hatten nämlich de facto faschistische Regimes. Sie standen

ausgesetzt gewesen, doch in der Gesellschaft immer präsent und verfügten über weitverzweigte Verbindungen. Sie stellten die einzige politische Kraft dar, die eine in die Zukunft weisende Alternative anzubieten hatte. In Litauen nahmen die Linken schon im Frühling 1939 – lange vor der Stationierung sowjetischer Truppen – Anlauf auf den Sturz des Regimes.

Die baltischen Rechten waren in dieser Situation mehr oder weniger handlungsunfähig. Die einzige Möglichkeit, ihre Macht zu behaupten, bestand darin, die deutschen Faschisten um Hilfe zu bitten und das Baltikum von ihnen besetzen zu lassen. Schon 20 Jahre zuvor war mit deutscher Militärhilfe dort die erste Sowjetmacht niedergeschlagen worden. Nun konnten die Regierungen mit dieser nicht



Aus: „The New Worker“, London

# Was geschah mit der KPdSU?

*Im RF 89 brachten wir den ersten Teil eines „Prawda“-Interviews mit dem ehemaligen Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU Jegor Ligatschow. Heute veröffentlichen wir auszugsweise den zweiten Teil.*

## **Gegen wen richtete sich der Hauptschlag der Feinde des Sozialismus ?**

Gegen die Partei. Sie war das Rückgrat unseres Staates und unserer Gesellschaft. Ganz fest kann ich sagen: Wenn in der Partei nicht jene zerstörerischen Prozesse vor sich gegangen wären, wenn sie kampffähig und effektiv geblieben wäre, hätten wir unser Land vorwärtsbewegen können.

## **Wie in China?**

Richtig, wie in China. Zu Beginn der Perestrojka sind wirklich herangereifte Maßnahmen zur Entwicklung der innerparteilichen Demokratie, zur Erhöhung der Initiative und Aktivität der Kommunisten, zur Stärkung der Verantwortung der Grundorganisationen unternommen worden. Aber während zur Aufgabe der gesunden Kräfte in der KPdSU deren Stärkung geworden war, so zielten andere auf die Vernichtung der Partei.

Begonnen wurde mit der Attacke von der damals Jakowlew unterstellten Presse und mit der faktischen Schaffung von Fraktionen. Leute mit Parteibuch in der Tasche – eben jener Jakowlew, Jelzin, Jurij Afanassjew u. a. – haben aktiv begonnen, die Partei von innen zu untergraben. Was war mit den Organen der kollektiven Leitung?

Das Prinzip der kollektiven Leitung war zu jener Zeit in der Partei ernsthaft zerstört. Seit Oktober 1988 hat das Sekretariat des ZK der KPdSU nicht mehr gearbeitet. Nach der XIX. Parteikonferenz erklärte Gorbatschow: Wir haben doch die Kommissionen zu den Hauptrichtungen der Tätigkeit der Partei und des Staates gegründet – wozu brauchen wir da noch ein Sekretariat? Auch das Politbüro hat faktisch seine Tätigkeit eingestellt. Daneben lief der Rauswurf der Partei aus der Ökonomie und der großen Politik.

## **Auf welche Weise?**

Was die Ökonomie betrifft, erfolgten direkte Weisungen Gorbatschows, die Parteikomitees dürften sich nicht in die operativen Wirtschaftsangelegenheiten einmischen. Im Prinzip war das richtig, wenn die Sowjets in jener Zeit genügend vorbereitet gewesen wären, das ganze Maß der Verantwortung zu übernehmen. Aber das war nicht der Fall. Und die Parteiarbeiter hörten auf, sich mit der Wirtschaft zu befassen.

Analog verhielten sich die Dinge im politischen Leben. Vor den Wahlen zum ersten Gesamtkongress traf plötzlich eine Weisung Gorbatschows ein, die Parteioorganisationen hätten sich nicht einzumischen!

So wurden viel weniger Arbeiter, Kolchosbauern und ingenieurtechnische Mitarbeiter als früher aufgestellt. Es war im Obersten Sowjet üblich, mindestens 35 Prozent Arbeiter und 15 Prozent Kolchosbauern zu nominieren. Mit den Spezialisten, Wissenschaftlern, Literatur- und Kunstschaffenden bildeten sie ungefähr zwei Drittel des Deputiertenkörpers, was den Proportionen in der Gesellschaft entsprach.

Soweit ich mich erinnere, hat man nicht nur die kollektiven Führungsorgane der Partei, die Komitees und Grundorganisationen „vor Ort“ entfernt, sondern auch jene, die als Konservative bezeichnet wurden. Und Ligatschow war der erste unter ihnen.

Unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Personenkult und sogenannte Parteiprivilegien zogen die Antikommunisten eine zügellose Kampagne gegen die Partei auf.

Ich habe damals zu vielen meiner Opponenten gesagt: Sie kennen den „Personenkult“ aus Büchern, ich aber aus dem Leben. Mein Schwiegervater war General. Aufgrund lügenerischer Beschuldigungen hat man ihn 1937 erschossen. Aber alle Mitglieder der Familie sind später in die Partei eingetreten. Niemals haben sie mit der erlebten Tragödie die ganze Geschichte unserer Partei und des Sowjetlandes gleichgesetzt.

## **Welche Rolle spielte damals der Artikel von Nina Andrejewa „Ich kann meine Prinzipien nicht aufgeben“?**

Im ZK traf zu dieser Zeit eine gewaltige Zahl von Briefen ein. Es erklangen Alarmglocken. So also kam der Brief der Lenin-grader Hochschullehrerin Nina Andrejewa im ZK und in der „Sowjetskaja Rossija“ an. Dort hat man ihn Anfang März 1989 abgedruckt.

## **Ohne jegliches „Soufflieren“ Ihrerseits?**

Absolut! Da aber der Brief davon handelte, was viele sehr bewegte, hatte er eine starke Resonanz. Gorbatschow war in dieser Zeit in England, Jakowlew in der Mongolei. Ich habe damals das Sekretariat geleitet. Alle sechs Sekretäre des ZK waren begeistert und billigten ihn!

Dann kamen Gorbatschow und Jakowlew zurück, und sie faßten den Beschluß, den Artikel im Politbüro zu erörtern. Zwei Tage diskutierte dieses darüber. Man blickte auf Gorbatschow, aber er hat sich nicht offenbart. Schließlich wurde der Artikel verurteilt.

## **Aber Sie sagten doch, daß ihn im Sekretariat alle unterstützten ...**

Die Hauptsache hing von der Position ab, die Gorbatschow einnahm. Das war für ihn, wenn Sie so wollen, der Moment der Wahrheit. „Prawda“-Chefredakteur Viktor Afanassjew wurde beauftragt, einen redaktionellen Artikel gegen das in der „So-

wjetskaja Rossija“ Gebrachte zu drucken. Er hatte große Bedenken. Mir als Mitglied des Politbüros schickte man den Text eine Stunde vor Abzeichnung der Ausgabe. Der Verfasser war Jakowlew.

## **Und wie verhielt es sich mit Jelzin?**

Ende 1983 rief mich Generalsekretär Jurij Andropow aus dem Krankenhaus an. Er sagte: „Man schlägt hier vor, Jelzin ins ZK zu nehmen – könnten Sie nicht eine Möglichkeit finden, nach Swerdlowsk zu fahren und ihn näher zu betrachten? Ich fuhr also hin. Einige Tage verbrachte ich im Gebiet, sprach mit verschiedenen Kollektiven. Die Meinungen über Jelzin, den 1. Sekretär des Gebietskomitees, waren damals mehr positiv als kritisch.

Jurij Andropow ist dann aber bald verstorben, so daß man sich an Jelzin erst anderthalb Jahre später erinnerte. Man machte ihn zum Leiter der Abteilung Bauwesen des ZK.

Als er dann 1. Sekretär des Moskauer Stadtkomitees werden sollte, hatte ich schon erhebliche Zweifel. Von Gorbatschow war mir irgendwann gesagt worden: „Jelzin kommt und besteht nicht zum ersten Mal darauf, daß man ihn zum Mitglied des Politbüros macht.“ Können Sie sich das vorstellen? Was für ein Karrierist muß man sein, damit man selbst auf der eigenen Beförderung besteht!

## **Warum aber beließ man ihn im ZK, nachdem er sich selbst entlarvt hatte?**

Als er schon offen seine Fraktionstätigkeit entfaltet, um die Partei zu zerstören, ist er noch lange im ZK und in den Reihen der Partei geblieben. Das hat bei vielen Kommunisten Empörung hervorgerufen.

## **Waren Gorbatschow und Jelzin damals nicht Gegenspieler?**

Das schien nur so. Heute versucht Gorbatschow die Sache so darzustellen, als ob Jelzin ihn daran gehindert habe, die Perestrojka durchzuführen. Er allein habe die Sowjetunion zum Zerfall gebracht. In Wirklichkeit hat Gorbatschow den Boden für die Zerstörung unseres Sowjethauses bereitet und Jelzin hat dann alles vollendet.

## **Wäre es möglich gewesen, das Blatt noch irgendwann zu wenden?**

Ich habe oft darüber nachgedacht. Wahrscheinlich, wenn rechtzeitig Wachsamkeit geübt und energischer gehandelt worden wäre, wenn man kardinal die Partei gesäubert hätte, vor allem von Gorbatschow, der vielen einredete, daß es zu ihm keine Alternative gebe, dann hätte die Sache anders laufen können. Aber so ... Kennen Sie in der Geschichte auch nur einen Fall, in dem eine Armee, die vom Oberkommandierenden verraten wurde, gesiegt hat?

**Übersetzung: Eberhard Bock**



## Trauer um Harilaos Florakis

Harilaos Florakis – der langjährige Generalsekretär und spätere Ehrenvorsitzende der KP Griechenlands (KKE) – ist am 22. Mai 2005 im Alter von 90 Jahren gestorben. Er gehörte viele Jahrzehnte lang zur Garde der erprobtesten Führer der internationalen Arbeiterbewegung. Seit frühester Jugend stand er, der sich 1941 der KKE angeschlossen hatte, an vorderster Front des antifaschistischen Widerstandes und des Volkskampfes gegen die vom britischen und amerikanischen Imperialismus unterstützte griechische Reaktion.

In der Nationalen Befreiungsfront EAM und ihrem bewaffneten Arm – der ELAS – trat er gegen die Nazi-Okkupanten und deren einheimische Kollaborateure an. Nach der Niederlage der griechischen Demokratischen Armee im Bürgerkrieg ging Florakis 1949 zunächst ins sowjetische Exil, kehrte dann aber illegal in seine Heimat zurück, um die in einer schwierigen Situation befindliche Partei zu reorganisieren. Immer wieder wurde er eingekerkert. Insgesamt 18 Jahre seines Lebens verbrachte er in Gefängnissen und auf Verbannunginseln. 1972 – noch in Haft – wählte ihn die KKE zu ihrem Generalsekretär. Die Partei entwickelte sich nach

dem Sturz des faschistischen Regimes der schwarzen Obristen (1974) stürmisch. Bei Wahlen erringt sie stabil bis zu 10 Prozent der Stimmen. Heute führt sie – neben zahlreichen anderen Massenorganisationen – auch die einflußreiche gewerkschaftliche Arbeiterkampffront P.A.M.E. Seit 1991 war Lenin-Friedenspreisträger Harilaos Florakis KKE-Ehrenvorsitzender.

Um den verstorbenen Arbeiterführer trauern Millionen Kommunisten und fortschrittliche Menschen in aller Welt. Der Schreiber dieser Zeilen war Zeuge eines etwa einstündigen Gesprächs, das Volkammerpräsident Horst Sindermann 1985 in den Räumen der KKE-Fraktion des griechischen Parlaments mit Florakis führte. Er durfte als journalistischer Begleiter der Allparteien-Delegation aus der DDR bei dem Gedankenaustausch zugegen sein. Florakis – hochgewachsen und mit schlohweißem Haar – war eine überaus eindrucksvolle Persönlichkeit. Er strahlte die Weisheit und die Ruhe eines Menschen aus, der durch tausend Feuer gegangen ist und niemals aufgegeben hat. Der „RotFuchs“ spricht der KKE zu dem schweren Verlust sein Beileid aus und wünscht ihr neue Erfolge im Geiste von Harilaos Florakis. **K. St.**

Spätestens seit dem Non einer deutlichen Mehrheit der Franzosen zur miesen und gegen die Souveränität auch der Grande Nation gerichteten Europaverfassung ist jedem von uns klar, warum sich die hierzulande Regierenden so vehement gegen die vor allem im Plebiszit zum Ausdruck kommende Volkssouveränität wehren. Während 1968 die Verfassung der DDR in allgemeiner, freier und geheimer Abstimmung zustande kam, lehnt das Grundgesetz der BRD die Volksbefragung ab. Zum zweiten Mal in der Nachkriegsgeschichte ist in Paris ein Stoppsignal gegen den Mißbrauch Europas gezogen worden. Schon in den 50er Jahren war die damit totgeborene Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) durch die französische Nationalversammlung abgelehnt worden. Während sich die Abgeordneten

## Vive la France!

des Deutschen Bundestages mit überwältigender Mehrheit beim Ausverkauf der nationalen Unabhängigkeit und beim bedenkenlosen Schlucken einer interventionistischen, die Hochrüstung begünstigenden Europaverfassung geradezu überschlugen, zog man an Seine, Rhone und Loire die Notbremse. Respekt! „Danke, Frankreich!“, titelte die „junge Welt“. Kein Wunder, daß die Niederländer nur Tage später dem ermutigenden Beispiel mit großer Entscheidung folgten. Kein Wunder auch, daß Großbritanniens Blair die Notbremse zog und das durch ihn nicht gewinnbare Referendum einfach absagte.

Rechtlich betrachtet ist die Europa-Verfassung damit tot. Doch die Einpeitscher des Ganzen träumen stattdessen von den herrlichen Zeiten, da man in Georgien, der Ukraine und sonstwo die Abstimmungsergebnisse einfach umdrehte und ominöse „Revolutionen“ inszenierte, um beim gezinkten zweiten Anlauf doch noch die „Richtigen“ siegen zu lassen. So wird bereits von einer verzögerten Wiederholung des Votums „zu einem günstigeren Zeitpunkt“ phantasiert. All das zeigt nur, was die Bourgeoisie selbst von der bürgerlichen Demokratie hält – nämlich gar nichts, wenn diese aufgehört hat, im Sinne ihrer Erfinder zu funktionieren. **C. A.**

*Der „RotFuchs“ gratuliert seinen verdienten Veteranen, die wichtige Abschnitte ihres Lebens zurückgelegt haben. Er drückt ihnen seine Verbundenheit aus.*

Werner Trautmann aus Leipzig begeht am **25. Juli** seinen **85.** Geburtstag,

Walter Kern aus Hermsdorf wird am **11. Juli 80 Jahre alt.**

Bettina Thurmann aus Halle (**3. Juli**),

Dr. Albin Linhart aus Malchin (**15. Juli**) und

Prof. Dr. Günter Wendel aus Berlin (**24. Juli**) vollenden ihr **75.** Lebensjahr.

Auch der Kreis der **70jährigen** wird verstärkt.

Unsere Glückwünsche gehen an Karl-Heinz Schirmer aus Eisleben (**3. Juli**),

Gerhard Rum aus Potsdam (**5. Juli**),

Prof. Dr. Roland Kalthoff aus Jena (**6. Juli**),

Dr.-Ing. Hans Köckeritz aus Gorisch (**8. Juli**) und

Heinz Wolf aus Wegefarth (**19. Juli**).

Schon 1949 war es in der ungarischen Parteiführung zu Auseinandersetzungen über den weiteren sozialistischen Aufbau gekommen. Die dominierende Gruppe um Generalsekretär Matyas Rakosi trat für eine unrealistische Forcierung des Entwicklungstempos ein. Ungarn sollte gewissermaßen die UdSSR überholen. Zugleich griff man zu überzogenen, die sozialistische Gesetzlichkeit in Frage stellenden Methoden der inneren Repression. Rakosi suchte die Feinde des Sozialismus vor allem unter Parteimitgliedern. Aufrechte Kommunisten wie sein Stellvertreter Janos Kadar wurden inhaftiert oder wie Außenminister Laszlo Rajk sogar hingerichtet. In dieser Zeit – zwischen 1951 und 1953 – sank der Lebensstandard beträchtlich ab. Große Teile der Werktätigen waren enttäuscht. Sozialismusfeinde hingegen verhielten sich angesichts des straffen Regiments vorerst angepaßt. Das Nachlassen ihrer Aktivitäten wertete Rakosi als Zustimmung zu seiner Politik.

In dieser Phase bildete sich innerhalb der Partei eine Fraktion heraus, die revisionistische Positionen bezog. Sie stand unter Führung von Imre Nagy. Er hatte als Bürgerkriegsteilnehmer in Sowjetrußland und alter Bolschewik, als einer der KP-Führer in der sowjetischen Emigration und nach der Befreiung unter Genossen einen Namen. Als Regierungsmitglied (Minister mehrerer Ressorts, Vizepremier) und Parlamentsvorsitzender besaß er Einfluß. Die meisten Kommunisten durchschauten sein Spiel nicht. Die Rechten erkannten indes schnell seinen Wert und bauten ihn als „Hoffnungsträger“ auf. Von 1953 bis 1955 war Nagy Ministerpräsident. Diese Zeit nutzte er zur Schaffung eigener Strukturen. Unter ihm kam es zu einer inkonsequenten Kurskorrektur, die von nun an als Aufhänger verstärkter antisozialistischer Aktivitäten genutzt wurde. Die Rakosi-Führung der Partei vermied eine offene ideologische Auseinandersetzung mit den Revisionisten, da sie in Ungesetzlichkeiten verstrickt gewesen und daher leicht angreifbar war. Statt sich überhaupt von den Parteirechten zu trennen, wurde nur Nagy 1955 abgesetzt und aus der Partei ausgeschlossen. Rakosis Versuch, dessen Anhänger insgesamt zum Schweigen zu bringen, blieb ohne Erfolg. Dafür war es schon zu spät. Die Revisionisten bildeten bereits einen durch viele unterstützten Machtfaktor mit Nagy als Märtyrer für einen „nationalen Kommunismus“.

Um Ungarn hatte sich inzwischen die Lage verschlechtert. Nach dem Abzug der Sowjettruppen aus Österreich war 1955 die letzte Barriere zum Westen gefallen. Sofort etablierten sich ungarische Antikommunisten aller Couleur, von der BRD und den USA im grenznahen Raum unterstützt. Der Münchener CIA-Sender Radio Freies Europa (RFE) durchbrach das Informationsmonopol des Staates und wurde zum ideologischen Führungszentrum aller Volksmachtgegner. Er war durch ein Netz von Informanten vor Ort bestens über die Lage unterrichtet und konnte daher schnell an Einfluß gewinnen. Der

RFE übernahm auch die Verbreitung einer durch die CIA redigierten Fassung der Chruschtschow-Rede auf dem XX. Parteitag der KPdSU. Die Infragestellung der gesamten bisherigen Entwicklung der Sowjetunion von höchster Stelle aus verschaffte den Antikommunisten „eine moralische Legitimation“ und aktivierte deren Widerstand.

Die sozialistischen Errungenschaften waren aber von der Bevölkerungsmehrheit angenommen worden. Daher hätten zu jener Zeit Forderungen nach Wiederherstellung des Kapitalismus nur zu einer erhöhten Verteidigungsbereitschaft bei der Linken geführt. Deshalb konzentrierte sich die innere und äußere Reaktion auf die Unterstützung der Revisionisten.

Revisionisten gegen sie kanalisierte Stimmung verunsicherten und lähmten die bewaffneten Organe. In dieser Situation schien der Parteiführung ein Rückgriff auf Nagy unvermeidlich, um die Massen zu beschwichtigen. Nach dessen Loyalitätserklärung wurde er Mitte Oktober wieder in die Partei aufgenommen.

Mit Hilfe bürgerlicher Konterrevolutionäre organisierten die Revisionisten am 23. Oktober (heute Nationalfeiertag) eine Studentendemonstration aus Anlaß gleichzeitiger Unruhen in Polen, von denen sich die Rechten einen antisozialistischen Umsturz erhoffte. Unter den Demonstranten, die Nagys Einsetzung als Ministerpräsident forderten, schlug die Stimmung schnell um: Rote Fahnen und Sterne wurden her-

---

## Die erste Etappe der ungarischen Konterrevolution von 1956

---

Man stellte sie als „demokratische Sozialisten“ und „Nationalkommunisten“ dar, die mit Mißständen der Vergangenheit brechen, die „Besonderheiten Ungarns“ in Rechnung stellen, den Vorrang der Landesinteressen im Auge haben und eine politische „Öffnung“ anstreben würden. Mit dieser Strategie gelang es, die Parteimitglieder zu verwirren und zu neutralisieren. Gleichzeitig wurden ehrliche Kommunisten als „Stalinisten“ etikettiert und in die Isolierung gedrängt. Unterdessen schufen bürgerliche Konterrevolutionäre eigene Organisationen und richteten ihre Führungsstäbe ein. Über die österreichische Grenze wurden illegal Waffen eingeschleust.

Da die sozialistische Erziehung in nur sechs Jahren nach dem Sieg der Linken noch nicht hatte greifen können und weitgehend ein „ungarnbezogenes“ Denken vorherrschte, war die Jugend für nationalistische Auffassungen besonders empfänglich. Auch die Hochschulen erwiesen sich als Zentren der Rechten. Angesichts der nach dem Warschauer Vertrag vereinbarten Anwesenheit sowjetischer Verbände im Lande fühlten sich nicht wenige Ungarn aufgefordert, an ihnen Rache für die durch russische Zentruppen niedergeschlagene Revolution von 1849, die Verluste in beiden Weltkriegen und die neuerliche Gebietseinbuße von 1947 zu nehmen.

Am Vorabend der Konterrevolution war die Partei faktisch gespalten: Der linke Flügel erwies sich als führungs- und konzeptionslos. Widerspruchsvolle Regierungsdirektiven, berechnete und unberechnete Schuldzuweisungen sowie die von den

untergerissen, das sozialistische Emblem aus der Staatsflagge herausgetrennt und verbrannt. Bewaffnete faschistoide Gruppen tauchten plötzlich auf und griffen am Abend den Rundfunk, das Parteizentralorgan und ungeschützte Waffenlager an, raubten sie aus und lieferten sich kleinere Gefechte mit dem Sicherheitsdienst AVH. Die Parteiführung ernannte nun Nagy zum Ministerpräsidenten, der sogleich versicherte, die Konterrevolution niederschlagen zu wollen. Da man ihm vertraute, wurden er und der führende Revisionist Geza Losonczy ins Politbüro gewählt. Über Budapest verhängte man den Ausnahmezustand. Armeeeinheiten wurden herangeführt. So konnten am nächsten Tag – gemeinsam mit zu Hilfe gerufenen sowjetischen Einheiten – die bewaffneten Gruppen zurückgedrängt und durch Betriebswachen auch Versuche reaktionärer Studenten zur Eroberung der Fabriken abgewehrt werden. Nachdem der erste Anlauf zur Errichtung der bürgerlichen Macht gescheitert war, traten die Rechten den Rückzug an, und auch die bewaffneten Gruppen verschwanden zunächst wieder aus dem Stadtbild. Doch Budapest wurde nicht von ihnen gesäubert, das verkündete Standrecht fand auf Anweisung Nagys keine Anwendung. Die Volksmacht war zwar angeschlagen, doch noch nicht zerschlagen. Daher bereiteten die Rechten den nächsten Hieb vor. Nicht von „Nationalkommunismus“ oder „demokratischem Sozialismus“ war jetzt die Rede, sondern nur noch von der Beseitigung der „roten Macht“. (wird fortgesetzt)

Daß die von SPD und Grünen geführte Bundesregierung ein gerüttelt Maß Verantwortung für den neofaschistischen Auftrieb trägt, steht außer Zweifel. Der entscheidende Wegbereiter dieser Entwicklung, die im Einzug der NPD in den sächsischen Landtag gipfelte, ist in der gesamten Nachkriegszeit die CDU/CSU gewesen. Lassen wir einige Fakten sprechen. Da ist beispielsweise an die Sympathie zu erinnern, mit welcher der damalige CDU-Vorsitzende und Kanzler Helmut Kohl im Juni 1994 den italienischen Regierungschef und Hitlerbewunderer Silvio Berlusconi zum Staatsbesuch begrüßte, dem ersten, den dieser nach seinem Wahlsieg absolvieren konnte. Seiner Affinität für den „deutschen Führer“ hatte der Italiener mit der Aufnahme der in Al-

unwidersprochen behaupten, daß seine Bündnispartner keine Neofaschisten seien und eine „saubere Weste“ hätten. Kohls Sympathiebekundungen werteten die Regierung Berlusconi international auf und gaben ihr in Italien Auftrieb.

Kohl lag ganz auf der Linie der „FAZ“, die unter Anspielung auf Italiens Vorbildrolle beim Entstehen der faschistischen Bewegung unter Hitler nach 1922 die AN-Faschisten eine Avantgarde nannte, ihren Regierungseintritt als Bruch mit einem „Tabu des Vergangenheitsberbes“ wertete, ihn einer Rehabilitierung des Faschismus gleichsetzte und schlußfolgerte, das werde „Auswirkungen im ganzen ‚westlichen‘ Europa“ haben.

1998 ergriff Kohl die Initiative und setzte mit dem damaligen spanischen Regie-

braunen Rand von CDU und CSU. Wurde doch mit Adenauer ein alter Bewunderer Mussolinis erster Bundeskanzler. Als Kölner Oberbürgermeister hatte er 1929 dem „Duce“ zum Konkordat, welches das faschistische Regime festigte, wie folgt gratuliert: „Der Name Mussolini wird in goldenen Buchstaben in die Geschichte der katholischen Kirche eingetragen.“ Der unter Hitlergeneral Gehlen für Adenauer aufgebaute BND unterhielt von Anfang an enge Kontakte zu seinen italienischen Partnern, deren Chefs mehrfach die antifaschistische Nachkriegsordnung stürzen und ein alt-neues faschistisches Regime errichten wollten. Mit Hilfe des BND, in dem CDU und CSU das Sagen hatten, gingen Waffenlieferungen an die Putschisten. Einer der Waffenhändler war Hitlers „Liebling in der SS“, der 1975 verstorbene Standartenführer Skorzeny, der im September 1943 Mussolini aus der Haft auf dem Gran Sasso befreit hatte. Unbehelligt von den BRD-Behörden konnte auch der größte SS-Traditionsverband HIAG, der in Italien mit Tausenden Mitgliedern seine größte Auslandsorganisation unterhielt, faschistische Umsturzversuche unterstützen.

Eine Integrationsgestalt bei der Herausbildung dieses Geflechts stellte Stoibers Ziehvater Franz Josef Strauß dar, von 1953 bis 1963 Bundesminister, darunter seit 1956 auf der Hardthöhe. Auch nach seinem unfreiwilligen Ausscheiden aus der Regierung blieb er eine Schlüsselfigur im NATO-System, einschließlich des Militär-Industrie-Komplexes. Dank solcher Beziehungen konnten Spitzenleute der MSI, wie deren Nummer zwei, der Chef der Terrorbanden Pino Rauti, oder der Leiter subversiver Operationen Guido Giannettini, ein Doppelagent der CIA und der italienischen Spionage, in NATO-Stäben ein- und ausgehen. Sie hatten Zutritt zu Kommandostellen und Truppenteilen der Bundeswehr. Wie seinerzeit der „Vorwärts“ enthüllte, besuchten die Genannten beispielsweise im Herbst 1969 einen Lehrgang für psychologische Kriegführung der Bundeswehrschule in Euskirchen und anschließend die Schule der Panzertruppen, wo sie den damals noch streng geheimen „Leopard“ besichtigen konnten.

Seine Agenten in Italien, die römische Presseberichte in den 70er Jahren auf über 500 bezifferten, rekrutierte der BND mit Vorliebe aus Faschistenkreisen. Seine Rolle wurde auf skandalöse Weise ein weiteres Mal publik, als im Sommer 1977 Männer aus dem Kreis alter und neuer Faschisten aus der BRD und Italien sowie mit ihnen liierte Geheimdienstkreise beider Länder dem Nazikriegsverbrecher Kappler zur Flucht aus italienischer Haft in die Bundesrepublik verhalfen. Bis in die 80er Jahre hinein wurde auch immer wieder bekannt, daß faschistische Terroristen, darunter Organisatoren des Anschlags auf die Mailänder Landwirtschaftsbank, in der BRD, besonders in Bayern, Unterschlupf vor strafrechtlichen Verfolgungen fanden.

**Dr. sc. Gerhard Feldbauer**

## Wie Kohl und Stoiber den italienischen Neofaschismus hoffähig machten

leanza Nazionale (AN) umgetauften Neofaschisten der Mussolini-Nachfolgepartei Movimento Sociale Italiano (MSI) in seine Regierung Aktualität verliehen. Der CDU-Chef leistete einem Politiker Schützenhilfe, der dem Dreierdirektorium der von Altfaschisten gegründeten Putschistenloge P2 angehörte, die seit Anfang der 70er Jahre in Rom ein rechtsextremistisches Regime an die Macht hieven wollte. Mit führenden Geheimdienstlern, die der P2 scharenweise angehörten, inszenierte die Staatsstreichloge unter der Regie der CIA 1978 den Mord an dem christdemokratischen Parteiführer Aldo Moro, der mit Sozialisten und Kommunisten gegen die faschistische Gefahr zusammenarbeitete. Aus der P2 ging Anfang der 90er Jahre Berlusconis autoritäre Partei Forza Italia hervor.

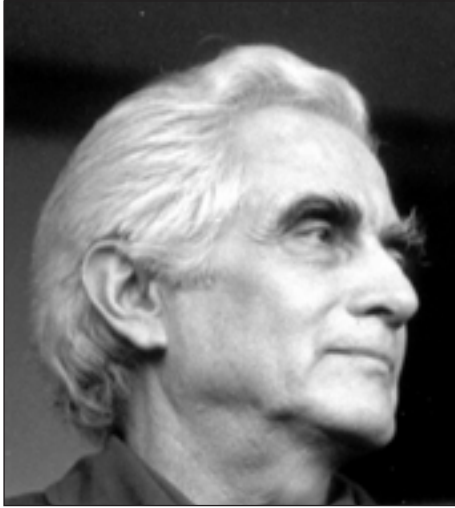
Dieser Politiker und seine Regierung waren damals europaweit bei Staatsmännern wie Mitterrand und Delors, in Straßburg, Belgien und Skandinavien isoliert. Kohl holte Berlusconi aus dieser Isolierung heraus und machte ihn salonfähig. Während seine faschistischen Koalitionspartner in Rom Mussolini und dessen „gute Taten“ lobten, sich als Vorkämpfer gegen den Kommunismus feierten, Istrien und Dalmatien „heim ins Reich“ holen wollten und Konzentrationslager für Homosexuelle forderten, tonte Kohl in Bonn von einem „historischen Augenblick“ in Italien und kaschierte die faschistoide Wende mit Sprüchen vom „gemeinsamen Aufbau der Demokratie in beiden Ländern“. Der römische Regierungschef konnte auf der Bonner Bühne

regierungschef Aznar und weiteren konservativen Parlamentariern der Europäischen Volksparteien in Straßburg gegen den scharfen Protest Roman Prodis und weiterer christdemokratischer Politiker Italiens die Aufnahme der Abgeordneten der Forza-Partei in die EVP-Fraktion durch. 2001, als Berlusconi ein zweites Mal die Wahlen gewonnen hatte, löste das bei CDU und CSU wiederum unverhohlene Sympathiebekundungen aus. Sie drückten ihre Hoffnung aus, die erneut mit den AN-Faschisten und der offen rassistischen Lega Nord gebildete Koalition, der frühere SS-Offiziere und Revanchistenführer angehörten, möge in der EU die Ablösung der sozialdemokratisch geführten Regierungen einleiten. Der CSU-Vorsitzende und bayrische Ministerpräsident Edmund Stoiber übermittelte Berlusconi sofort eine Einladung zum Staatsbesuch nach München. Eine weitere zum CSU-Parteitag im Oktober 2001 in Nürnberg, die demonstrativ nach den blutigen Ausschreitungen in Genua erfolgte, wurde nach entschiedenen antifaschistischen Protesten zurückgestellt. In Stoibers Wahlkampf um die Kanzlerschaft wurde deutlich, daß er „Anleihen“ bei Berlusconi aufnahm. Während dieser erklärte, Italien von Kommunisten und Linksdemokraten „zu befreien“, verkündete der Bajuware, dem „rotgrünen Spuk“ ein Ende zu bereiten, um dann zur „Erneuerung Deutschlands“ zu kommen.

Kohls und Stoibers Sympathien für Berlusconi entsprachen einer Kontinuität. Intensive Beziehungen zu den Faschisten Italiens gehörten seit Adenauers Zeiten zum



# Alvaro Cunhal zum Gedenken



Jahrzehntelang war er nicht nur der Führer der portugiesischen Kommunisten, deren Partei nach 48 Jahren Illegalität zwischen 1974 und 1976 von 2000 auf 200000 Mitglieder anwuchs. Er war auch eine überragende Gestalt der internationalen kommunistischen Bewegung – ein Stratege und Taktiker von Leninschem Format. Überdies kannte man ihn – vor allem in Portugal – als begabten Grafiker und Literaten. Am 13. Juni hat sich das Leben des 91jährigen vollendet.

Ich bin Alvaro Cunhal während meiner fünfjährigen Tätigkeit als ND-Korrespondent in Lissabon viele Male begegnet: auf Kundgebungen und Parteitag, bei Zusammenkünften mit Arbeitern aus Stadt und Land, auf Empfängen und Pressekonferenzen sowie bei mehrstündigen vertraulichen Gesprächen unter vier Augen. Anfang Mai 1974 – erst wenige Tage aus dem Exil zurück, in das er sich nach seiner Flucht aus 11jähriger Zuchthaushaft begeben müssen – war er zum Minister der 1. Provisorischen Regierung nach dem Sturz des Faschismus berufen worden. Am 11. Mai gab er im Lissabonner Campolide Sportklub eine Pressekonferenz für linke und antifaschistische Journalisten. Ernst-Otto Schwabe, der Chefredakteur des „horizont“, und ich waren dazu eingeladen. Nach einem kurzen Gespräch vereinbarten wir noch für denselben Abend eine Begegnung mit „camarada Alvaro“. Bei dieser ging es vor allem um die solidarische Hilfe der SED für die gerade den Untergrund verlassende Partei, die schwere Opfer gebracht und einen heroischen Kampf geführt hatte. „Der revolutionäre Prozeß verläuft irregulär. Hättet Ihr etwa geglaubt, daß wir ausgerechnet in Portugal die gegnerische Front durchbrechen würden?“, fragte uns Cunhal in jenem Gespräch.

Zwei Monate darauf saß ich ihm in einer anderen abgesicherten Wohnung erneut gegenüber. Ich hatte beim ZK zehn „heikle“ Fragen zur weiteren Perspektive der Revolution eingereicht und vom Sekretär für internationale Angelegenheiten erfahren, daß sie mir Cunhal mündlich beantworten werde.

Ohne Umschweife erläuterte er die Strategie der linken Volkskräfte. In absehbarer Zeit werde der rechtsgerichtete Präsident General Spínola, dessen erster Putsch gerade abgewehrt worden war, abermals versuchen, die Kommunisten aus der Regierung zu vertreiben und seine Diktatur zu errichten. „Wir werden die Arbeiter mobilisieren, um ihm den Weg zu verlegen“, sagte Cunhal. Und er fügte hinzu: „Uns wäre General Costa Gomes als Präsident sympathischer.“

Genau so kam es: Am 28. September 1974 putschte Spínola, einen Tag später war Costa Gomes neuer Staatschef.

Diesen Scharfblick für Möglichkeiten der Offensive gepaart mit der Fähigkeit, Situationen nüchtern einzuschätzen und erforderlichenfalls den geordneten Rückzug zu vollziehen, habe ich an Cunhal ebenso bewundert wie sein großes Herz für den kleinen Mann. Er bleibt für mich das Beispiel eines kommunistischen Führers.



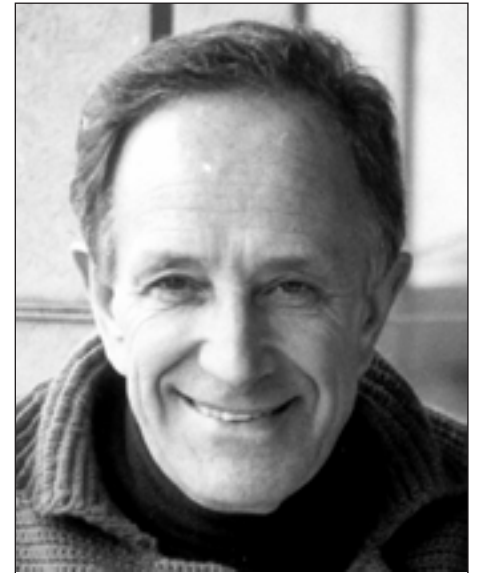
## Adios, Vasco!

Sein letzter Brief vom 5. Mai – vier Seiten lang und gut lesbar zu Papier gebracht – liegt noch auf meinem Schreibtisch – liegt noch auf meinem Schreibtisch. Er sollte in diesen Tagen beantwortet werden. Da erreicht uns die schlimme Nachricht, daß er am 11. Juni 83jährig in der Algarve gestorben ist.

General Vasco dos Santos Gonçalves war mir und den Meinen seit Jahrzehnten ein enger Freund. Unsere Korrespondenz berührte viele Themen. Jedes ihm wichtige Detail kommentierte er mit gedanklicher Schärfe und menschlicher Wärme, je nachdem, ob es politischer oder privater Natur war.

Companheiro Vasco, wie ihn die Arbeiter in den Jahren der portugiesischen Revolution (1974/75) liebevoll nannten, war ein wirklicher Genosse der einfachen Menschen. Als Ministerpräsident der 2., 3., 4. und 5. Provisorischen Regierungen nach dem Sturz des Faschismus, als standhafter und bis zum letzten Atemzug treuer Verteidiger der revolutionären Errungenschaften, zu denen die Entkolonialisierung in Afrika und die Schaffung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse in Portugal auch heute noch gehören, gab er ein Beispiel absoluter Integrität.

Vasco Gonçalves, der parteilose Militär, den eine enge persönliche Freundschaft mit dem langjährigen PCP-Generalsekretär Alvaro Cunhal verband, war ein gebildeter Marxist. Davon konnte ich mich



bei mehreren gemeinsamen Reisen durch die DDR, an der er besonders hing, ebenso überzeugen wie bei wochenlangen Aufenthalten in seinem Haus in Cascais. In der Bibliothek des Arbeitszimmers stieß ich auf eine französische Ausgabe der Werke Lenins aus dem Jahre 1948, versehen mit zahlreichen Randbemerkungen des Besitzers.

Voll tiefer Trauer um den schweren Verlust, den Portugals Volk, seine Familie und wir alle erlitten haben, sagen wir dem „Architekten der Nelkenrevolution“, dem Genossen und lieben Freund ein letztes Lebewohl. Adios, Vasco!



Fidel und Hu Jintao

*„Dank Chinas und Venezuelas haben wir die Schwierigkeiten, die sich aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion ergaben, weitgehend überwunden.“ (Castro)*

Die Beziehungen zwischen Kuba und Venezuela entwickeln sich stürmisch. Am 14. Dezember 2004 war in Havanna durch die Präsidenten Fidel Castro

## Strategischer Plan Kuba – Venezuela

und Hugo Chávez ein Abkommen über das Integrationsprojekt ALBA (Bolivarianische Alternative für die Amerikas) unterzeichnet worden, das kubanische Kommentatoren als „strategischen Plan“ bezeichneten. Dieser zielt auf langfristige Zusammenarbeit in fundamentalen Bereichen. So erhält Kuba von Venezuela Rohöl für einen stabilen Preis von 27 Dollar pro Barrel. (Auf dem Weltmarkt erreichte er zeitweilig 44 Dollar.) Venezuela wird im Falle eines dramatischen Absinkens der internationalen Erdölpreise diese Mindestkompensation garantiert.

Die seit dem Wegbrechen der sowjetischen Hilfe faktisch stillgelegte Raffinerie in Cienfuegos soll mit Unterstützung der staatlichen venezolanischen Erdölgesellschaft PDVSA wieder in Gang gesetzt werden und entsprechende Produkte für den Energiesektor liefern. Darüber laufen zur Zeit Gespräche. Verhandelt wird auch über die Lieferung von 600 000 t Kohle für Kubas Ferronickel-Hütte, die in Kooperation mit China entsteht. In Mariel soll auf

der Basis venezolanischer und kanadischer Investitionen ein kohlebetriebenes Großkraftwerk errichtet werden.

Beide Staaten vereinbarten überdies, im wechselseitigen Warenaustausch auf Zölle zu verzichten, was die Binnenpreise erheblich entlasten wird.

In dem „strategischen Plan“ heißt es weiter, daß staatliche Unternehmen Venezuelas, die in Kuba Betriebe und Anlagen bauen wollen – und das ist eine Ausnahme von der Regel, bei Auslandsinvestitionen nur einen Kapitalanteil von 49 % zuzulassen –, hundertprozentige Eigentümer sein können. Schließlich verpflichtet sich Kuba dazu, Tausenden venezolanischen Studenten, die auf der Insel ausgebildet werden, Stipendien zu gewähren.

Das in Havanna erscheinende Wochenblatt „Progreso“ bemerkte, daß es seit den Tagen des RGW kein Abkommen dieser Dimension mehr gegeben habe, bei dem Kuba Partner sei.

**R. F.,  
gestützt auf „People’s Voice“,  
Vancouver (Kanada)**

## Der Schlüssel zum Sieg

1973 mußte die U. S. Army nach Abschluß des Pariser Abkommens Vietnam verlassen. Doch Südvietnams Truppen kämpften weiter. Erst zwei Jahre später – nach insgesamt 30 Jahren Krieg – stellte sich für die Befreiungskräfte die Frage, ob sie den Angriff auf Saigon wagen sollten. Immerhin war mit dem Risiko eines neuerlichen Eingreifens der USA zu rechnen. Obwohl die Verbündeten warteten, begann der Sturm auf die Hauptstadt Südvietnams. „Wir haben die Offensive trotzdem geführt“, sagte Vo Nguyen Giap, der legendäre General der Befreiungsarmee, „denn wir wußten es besser.“

Wie ist das möglich? Antwort darauf gibt ein kleines Büchlein mit dem Titel „Pham Xuan An – Kundschafter für die Befreiung Vietnams“. Dank gebührt Rolf Berthold und weiteren Genossen, die das Manuskript ins Deutsche übersetzt haben und dafür sorgten, daß die Dokumentation erstmals außerhalb Vietnams erscheinen konnte. Sie erzählt die unglaubliche Geschichte des Kommunisten Pham Xuan An, der 23 Jahre unentdeckt als Kundschafter seines Landes gearbeitet hat. Heute lebt er als hochbetagter Bürger der Sozialistischen Republik Vietnam in Ho-Chi-Minh-Stadt. 17 Jahre nach der offiziellen Wiedervereinigung von Nord und Süd gewährte er zwei Autoren einen Einblick in seine Arbeit. Entstanden ist eine beeindruckende journalistische Dokumentation über die strategische Aufklärung sowie die Konzeption der Führung der vietnamesischen Befreiungskräfte.

„Die schlichte Art der Darstellung, die Verbindung zwischen bemerkenswerten Details und Ausführungen zu grundsätzlichen politischen und militärischen Fragen ... bietet die Sicht der Befreiungskämpfer mit zahlreichen Aspekten, die in der bisher zugänglichen Literatur über den Krieg in Vietnam nicht enthalten sind“, schreibt Rolf Berthold in seinem Vorwort. So erschließt sich dem Leser ein Stück des heroischen Kampfes eines Volkes, das außergewöhnliche Menschen wie den vietnamesischen Richard Sorge hervorbrachte. Das Buch zeichnet das Bild eines „klugen, erfahrenen und mutigen Kommunisten“, der als strategischer Aufklärer im Generalkommando der französischen Armee, in Südvietnams Geheimpolizei, nach einem Studium in den USA als Korrespondent für Reuters und „Time“ tätig war und beste Beziehungen zu CIA-Residenten und den Spitzen der Saigoner Armee unterhielt.

Pham Xuan An gehört zur ersten Generation von Offizieren des 1951 geschaffenen Geheimdienstsystems. Materialien,



Analysen, Einschätzungen, die von ihm kamen, waren von entscheidender Bedeutung. Sie versetzten die Führung der KP Vietnams in die Lage, „alles über die US-Strategie im voraus“ zu wissen, wie Muoi Huong, der das strategische Aufklärungsnetz im Widerstand gegen die USA schuf, zu Protokoll gab. „Wir befinden uns jetzt im Kriegskommandoraum der USA“, war oft von General Giap zu hören, wenn Informationen von Pham Xuan An eintrafen.

Dies war nur möglich, weil der Spitzenkundschafter Teil einer hervorragend organisierten und präzise funktionierenden Gemeinschaft von Kämpfern war. Zu dieser zählten mehr als 20 000 Agenten, die in den südvietnamesischen Armee- und Polizeieinheiten, in Behörden und Strukturen des Geheimdienstes wirkten. Ihnen gelang es – oft unter großen Opfern – Zugriff auf nahezu alle streng geheimen Informationen des Gegners zu erlangen, auf militärische Pläne, Feldzüge, Truppeneinsätze bis hin zur Ausrüstung und Operationen ihrer Kriegsmaschinerie.

Die Dokumente der Aufklärer waren die wichtigste Grundlage für die „korrekte Einschätzung über die Feindlage“. Es ging darum, so aktuell, exakt und umfassend wie möglich zu sein, denn „das Wissen über die Aktivitäten des Feindes war der Schlüssel zum Sieg“. **Bruni Steiniger**

*Hoang Hai Van und Tan Tu: Pham Xuan An – Kundschafter für die Befreiung Vietnams, GNN Verlag 2005, 184 S., 9,50 Euro, ISBN 3-89819-206-7*

# Er schuf die Stele auf dem Gänseanger: Heinz Tichauer

Der Berliner Bildhauer und Kommunist Heinz Tichauer, geboren am 24. 10. 1901, erschossen am 8. 4. 1938, war Ende der 20er Jahre in linken Kreisen Deutschlands und Österreichs sehr bekannt. Er schuf u. a. den Stein für die 1921 bei Leuna im Klassenkampf gegen die Reaktion gefallenen Arbeiter. Die Gedenkstätte wurde 1927 auf dem Gänseanger des Ortsteils Kröllwitz durch Ernst Thälmann eingeweiht. Die Nazis schleiften sie. 1961 übergab sie die DDR – mit der nach Fotos

neugestalteten Stele im Mittelpunkt – wieder der Öffentlichkeit. 1929 fand im Berliner Europa-Haus eine repräsentative Ausstellung unter dem Motto „Kapital und Arbeit“ mit Werken fortschrittlicher Künstler statt. Im Blickfeld befand sich eine von Heinz Tichauer geschaffene Bergarbeiterskulptur. Ein Modell dieser Figur war bis 1941 noch im Familienbesitz, ist aber im Krieg verlorengegangen. Von der Frau Heinz Tichauers weiß man, daß der Arbeiter ursprünglich die geballte Faust zeigte, was auf Verlangen des Auftraggebers geändert werden mußte, so daß der Kumpel dann die Fäuste in den



Taschen versteckte. Diese und nahezu alle anderen Arbeiten des später in die Sowjetunion emigrierten Bildhauers wurden durch die Faschisten vernichtet.

Einem Enkel Heinz Tichauers ist kürzlich über das Internet die hier abgebildete Figur eines Walzwerkers angeboten worden. Vermutlich handelte es sich bei der vom Künstler signierten Statue um eines der Modelle für die seinerzeitige Berliner Bestellung.

Heinz Tichauer gehörte zu den Gründern der Assoziation Revolutionärer Bildender Künstler Deutschlands (ASSO), die neben dem Bund Proletarisch Revolutionärer Schriftsteller starken Einfluß auf das Kultur- und Geistesleben der Weimarer Republik ausübte. **R. F.**

## Gratulation!

Am **31. Juli** begeht der Sohn Heinz Tichauers, unser Berliner Genosse **Dr.-Ing. Peter Tichauer**, seinen **75.** Geburtstag.

Ein kluger, warmherziger und unterhaltsamer Mensch, besitzt er viele Freunde. Als Vorsitzender der Revisionskommission des „RotFuchs“-Fördervereins hat er sich anerkannte Verdienste erworben.

Eine herzliche Umarmung!

## Albert Kuntz: „Liebste Ellen ...“

Den sechzigsten Jahrestag der Selbstbefreiung des Konzentrationslagers Buchenwald und der Befreiung des KZs Mittelbau Dora wählten die Herausgeber Leo und Leopoldine Kuntz sowie Götz und Hannelore Dieckmann, um einen Band Briefe aus der Nazizeit 1933 bis 1945 vorzulegen. Eine würdige, angemessene und beeindruckende Ehrung des Kommunisten Albert Kuntz und seiner Ehefrau Ellen. Unmittelbar nach der Machtübergabe an die Nazis geriet Albert Kuntz in deren Fänge, und sie ließen ihn bis zu ihrem Niedergang nicht mehr frei. Um die Spuren ihrer Barbarei zu tilgen, ermordeten sie ihn in seiner Zelle, kurz bevor das Lager befreit wurde. Während der zwölf Jahre seiner Haft, das belegen die Briefe, war er überzeugt, eines Tages wieder in Freiheit zu leben. In diesem Sinne baute er sich auf, transportierte er Optimismus in seine Familie und vermittelte er Widerstandskraft an seine Kameraden. Übereinstimmend strahlen die Briefe an seine Frau Ellen Lebensfreude und -willen aus, sie lassen die große, trotz der Trennung nicht schwächer werdende und hochsensible Liebe erkennen. „Liebste Ellen ...“, so beginnt fast jeder Brief des Gefangenen an seine tapfere Frau, um deren Nöte er genau weiß. Mit größter Aufmerksamkeit nimmt er kleinste Regungen wahr, um immer wieder ermunternd zu reagieren. Trotz notwendiger Verschlüsselung erkennt man seine Fähigkeit zu exakter politischer Analyse. Sprachlich klar und mit

scheinbar unerschöpflichem Wortschatz reflektiert er gemeinsam Erlebtes, Wanderungen, die Begegnung mit der Natur. Einen hohen Stellenwert nimmt beider Interesse an anspruchsvoller Literatur ein. Und wenn Wehmut aufzukommen droht, leugnet er sie nicht. Er ist aber fähig, die momentane Niedergeschlagenheit in Zuversicht umzuwandeln. Immer wieder ist die tiefe Erschütterung spürbar, selbst nicht helfen zu können, wo Hilfe nötig wäre. Ergreifend, wie er das Aufwachen des gemeinsamen Sohnes begleitet, an seinem Werden Anteil nimmt und unaufdringlich Lebenserfahrung vermittelt. Starke, uner-

schütterliche Liebe, aufmerksame Zuwendung zum Sohn Leo und die aufrichtige politische Übereinstimmung lassen uns menschliche Größe erleben. Der einleitende Text von Leopoldine Kuntz und Götz Dieckmann sowie dessen Nachbemerken bereichern die Brieftexte.

**Gerhard Hoffmann**

*Leo und Leopoldine Kuntz, Götz und Hannelore Dieckmann (Hrsg.): Albert Kuntz: „Liebste Ellen ...“. Briefe aus dem Gefängnis, Zuchthaus und KZ 1933 bis 1945. Karl Dietz Verlag Berlin, 2005, 310 S., 14,90 €, ISBN 3-320-02063-3*

## NACH HAUSE

Mein unsichtbares Land  
das leuchtet  
Mein Schattenland  
das Nebel feuchtet  
An meinen Sohlen klebt  
sein Staub  
Wie lag die Stadt so wüst  
Die Menschen sanft  
Das trockne Brot  
Das Wasser aus dem einen  
unzerstörten Brunnen  
Der bomberlose Himmel vor  
gefrornen Scheiben  
Sprünge mit Papier  
verklebt  
Der Ofen kalt  
Das Talglitz wärmte nicht  
Die Betten klamm  
Die Keller eingestürzt wo wir  
auf Knien schworen:

nie mehr Krieg wenn wir  
am Leben bleiben

Der Löwenzahn auf Schutt  
war meine Nahrung  
Auf nackten Sohlen über Scherben  
ging ich pflücken ihn  
Die Sonne fiel in alle Höhlen  
Wir spielten Vatermutterkind  
wir Waisen  
Wie der Vater kommt nach Haus  
Nachhaus ist abgebrannt  
Wir spielten mit den Steinen  
Mit dem Ziegelstaub  
Und hatten unser Leben  
Und wo die Grenze war  
verläuft die Narbe quer  
durchs Zwitterland und  
fünfzehn Jahre nach  
dem Beigetretenwondensein  
kehr ich noch immer  
h e i m

**Christa Müller**



## Lisa Fittkos Fluchtpfad in den Pyrenäen

In Banyuls-sur-Mer, einem französischen Fischerort am Fuße der Pyrenäen, wurde am 13. Februar 2001 ein Denkmal enthüllt. Es trägt eine schlichte Inschrift: „Es war das Selbstverständliche. Dem Andenken von Lisa und Hans Fittko und der vielen anderen. Von September 1940 bis April 1941 führten sie – selbst bedroht – Verfolgte des Nazi-Regimes über die Pyrenäen. Ihre tapfere Tat rettete vielen Menschen das Leben.“ Sicher ist, es waren Hunderte, unter ihnen Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler wie Lion Feuchtwanger, Heinrich und Golo Mann, Franz Werfel u. a. Am 26. 9. 1940 machte sich Lisa Fittko zum ersten Mal auf den strapazenreichen Weg über die Berge. Es waren drei Exilanten, die sich ihrer Führung anvertrauten, um über einen alten Schmugglerpfad spanischen Boden, von dort aus Lissabon und per Schiffs-passage den amerikanischen Kontinent zu erreichen. Immer ging es um Leben oder Tod. Einer von ihnen: Der Philosoph Walter Benjamin. Das gewagte Unternehmen gelang. Benjamin wurde aber von spanischen Grenzwächtern der Übertritt verwehrt, und er beging Selbstmord. Lisa Fittko erfuhr erst Wochen später davon. Wie kam es dazu, daß die Fittkos die Rolle der Lebensretter übernahmen? Entscheidend dafür war ihre Begegnung mit Varian Fry, einem Journalisten aus den USA. Dieser leitete, ausgestattet mit gesammelten Geldern, die Hilfsorganisation „Emergency Rescue Committee“. Zunächst bot Fry (sie trafen sich in Marseille) Hans Fittko Geld für die erwartete Hilfe an. Empört wies dieser das Ansinnen zurück. Und so geschah es. Getragen von tief verwurzelten humanistischen Überzeugungen, eben antifaschistischen, retteten die Fittkos aus Nazideutschland Geflohene, ohne nach deren sozialer Herkunft, Parteizugehörigkeit oder weltanschaulicher Position zu fragen. Zu Ehren von Lisa und Hans Fittko wurde der Fluchtpfad bald „Route F“ genannt („Fittko“). Im Herbst 1941 mußten die Fittkos selbst um ihre Sicherheit besorgt sein. Sie erlebten bange Tage, aber auch die Solidarität vieler Franzosen. Varian Fry wurde vom Vichy-Regime ausgewiesen. Das bedeutete Gefahr. Es verwundert nicht, daß Fry, der Nähe zu Kommunisten verdächtigt, nach dem Krieg die Schrecken der McCarthy-Ära zu spüren bekam. Er fand keine Möglichkeit mehr, in seinem Beruf zu arbeiten. 1967 verstarb er.

Wahrscheinlich ist, daß wir von Hans und Lisa Fittko nichts wissen würden, wäre nicht vierzig Jahre nach dem Tod von Walter Benjamin dessen Freund Gershom Sholem auf einen Kurzbericht von Lisa Fittko gestoßen. Er erschien 1985 unter dem Titel „Mein Weg über die Pyrenäen“. Ohne Pathos legt das Buch Zeugnis über das stille Heldentum der Fittkos ab. Hintergrund der Schilderung ist ihr Leben als Emigranten in Frankreich, die faschistische Okkupation, die Gefahr der Verfolgung und Internierung, die Kontakte zu Fry, die selbstlose Hilfe für die Exilanten sowie die am Ende erfolgreiche Flucht und ihr Dasein in der Emigration auf Kuba. Sieben Jahre später veröffentlichte Lisa Fittko einen zweiten Memoirenband unter dem Titel „Solidarität unerwünscht. Meine Flucht durch Europa“. Gegenstand dieses Buches sind hauptsächlich die Jahre von 1933 bis 1940. Ihr Weg führte über die Tschechoslowakei, die Schweiz und Holland schließlich nach Frankreich.

Was erfahren wir über Lisa Fittko?

In einer deutschsprachigen jüdischen Familie 1909 in Uschgorod (heute: Ukraine) geboren, stark geprägt durch das linke intellektuelle und politische Umfeld in Berlin und Wien, Städte, in denen sie ihre Jugend verbrachte, nahm sie bald bewußt und aktiv an den politischen Kämpfen der zwanziger und frühen dreißiger Jahre teil. Nach Errichtung der faschistischen Diktatur entschloß sie sich, in Deutschland zu bleiben. Sie wählte den Untergrund. Als die direkte Gefahr besteht, verhaftet zu werden, sieht sich Lisa Fittko gezwungen, ins Exil zu gehen. In Prag lernt sie ihren späteren Ehemann, den Kommunisten Hans Fittko, kennen. Ohne Unterbrechung setzen beide ihre antifaschistische Arbeit fort. Die Hitlerregierung fordert die tschechoslowakischen, später auch die schweizerischen Behörden, auf, die Fittkos (sie sind inzwischen in Basel angelangt) auszuliefern. Das zwingt sie, nach Frankreich auszuweichen. Nach dem faschistischen Überfall wurden die Fittkos interniert: Lisa kam nach Gurs, Hans nach Vernuche, Lager im noch unbesetzten Teil des Landes. Mit Mut, List und Glück, oft unterstützt durch Franzosen, fanden sie 1940 in Montauban wieder zusammen und gingen nach Marseille. Hier begann das eingangs geschilderte Wirken zur Rettung der Emigranten – angesichts ständiger eigener Bedrohung. Sie besaßen

nicht einmal gültige Pässe. Lisa war es, die den möglichen Fluchtweg entdeckte, der schon einmal von Henrike Lister, einem General der spanischen republikanischen Volksarmee, genutzt worden war. Er führte von Port Vendre (nahe der Grenze in den Pyrenäen) nach Port Bou. Als im April 1941 die Vichy-Regierung den Ausländern verbot, sich in Grenznähe aufzuhalten, nahmen die Fittkos das Angebot Varian Frys, eine Überfahrt nach Kuba zu arrangieren, an. 1948 ging das kubanische Exil zu Ende. Trotz aller Bemühungen war der Plan fehlgeschlagen, eine eigenständige Exilzeitschrift herauszugeben. Auch der Versuch, auf Kuba Kontakte zur dortigen Bewegung Freies Deutschland aufzunehmen, mißlang. Anscheinend hat es mit den in Havanna lebenden ehemaligen KPD-Funktionären Brandler und Thalheimer größere Auseinandersetzungen gegeben. Beide waren längst aus der KPD ausgeschlossen worden und gehörten zur KPD (O), die die Ziele der Bewegung Freies Deutschland ablehnte. Den anfänglichen Plan, später nach Deutschland zurückzukehren, verwirklichten die Fittkos nicht. So führte ihr Weg nach Chicago, wo die Eltern von Lisa lebten.

1960 verstarb Hans Fittko nach schwerer Krankheit. Seit der Versetzung in den Ruhestand begann Lisa mit dem Schreiben. Wie zu ihren Berufszeiten arbeitete sie in vier Sprachen. Politisch engagierte sie sich stark in der Friedensbewegung der USA. 1994 war sie Ehrengast bei der Feier zur Einweihung des Walter-Benjamin-Denkmal in Port Bou. An der Seite ihres Mannes hat Lisa Fittko Zeugnis davon abgelegt, daß Antifaschismus lebendige Menschlichkeit ist. Der Faschismus war für sie keine nur „deutsche“ Angelegenheit. In ihrem Buch „Mein Weg über die Pyrenäen“ heißt es: „Unmenschlichkeit ist typisch für den Faschismus, nicht für die Eigenheit einer Nation. (...) Nur die Formen ändern sich. Man möchte gerne glauben, daß einzig der Charakter des deutschen Volkes verantwortlich ist, denn dann glaubt man auch: Bei uns kann das nicht passieren. Die das glauben, haben nichts gelernt.“

Am 12. März 2005 ist Lisa Fittko in Chicago gestorben. Ein Leben in Würde und Humanität hat sich vollendet. Ehre ihrem Andenken.

**Dr. Peter Fisch**

## Leserbriefe an RotFuchs

Es war einer der heroischen Augenblicke der Weltgeschichte, als die Soldaten der Roten Armee am Ende ihres opferreichen Siegeszuges von Stalingrad bis Berlin auf dem Dach des zerschossenen Reichstages die rote Fahne hißten. Kein anderes Bild aus jenen Tagen dokumentiert eindringlicher die entscheidende Rolle der Roten Armee bei der Befreiung Europas von der verbrecherischen Gewaltherrschaft des Faschismus.

In der Bundesrepublik sind die Feiern zum 50. Jahrestag der Befreiung auch diesmal wieder von dreisten Geschichtsfälschern mit akademischen Würden, von reaktionären Politikern und rechtslastigen Medien mißbraucht worden, um die historische Rolle der Roten Armee zu diskreditieren oder zu relativieren. In Hannover fand am 8. Mai eine würdige Gedenkfeier mit Konstantin Wecker und Peter Sodann statt, die nur der Schriftsteller Rolf Hochhuth mit einer Probe seines verqueren Geschichtsbildes trübte, als er ausgerechnet Winston Churchill als den einzigen und entscheidenden „Helden“ im europäischen Widerstand gegen den Faschismus feierte. Dabei sollte Hochhuth doch wissen, daß sein „Held“, ein verbissener Gegner der Sowjetunion, bald nach Kriegsende mit der infamen Erklärung, man habe „das falsche Schwein geschlachtet“, ein frühes Signal zur Eröffnung des kalten Krieges gab!

Gegen den Antisowjetismus und die Ignoranz etlicher (west-)deutscher Literaten stellen wir die Redlichkeit eines kompetenten literarischen Zeitzeugen, des großen US-amerikanischen Schriftstellers Ernest Hemingway, der als Kriegsberichterstatter auf republikanischer Seite am Spanischen Bürgerkrieg und in gleicher Funktion an der Invasion der westalliierten Streitkräfte in der Normandie 1944 teilnahm. Zur Bedeutung der Roten Armee in diesem Krieg erklärte Hemingway: „Jeder Mensch, der die Freiheit liebt, schuldet der Roten Armee mehr, als er jemals bezahlen kann.“ Das gilt ohne Abstriche auch für alle Deutschen, die „die Freiheit lieben“. Unser Dank gebührt den Sowjetsoldaten und allen anderen Soldaten, Partisanen und Widerstandskämpfern, die für die Freiheit von Faschismus und Krieg gekämpft und gelitten haben.

**Heinz Jürgen Furian, Hannover**

Die Übertragung der Militärparade zum Tag des Sieges in Moskau war ein beeindruckendes Erlebnis für mich und bestimmt auch für zahlreiche der geladenen Staatsgäste, die nach Moskau gereist waren. Sicher werden die Meinungen über dieses Ereignis sehr unterschiedlich gewesen sein. Allerdings hatten offensichtlich einige der eingesetzten deutschen Fernsehmoderatoren ihre Probleme, es richtig zu erfassen und in angemessener Form zu interpretieren. Auch der Geschichtsrevisionist Guido Knopp war natürlich mit einem Sekundanten zur Stelle, was man nicht anders erwarten konnte. Sollte hier bereits der Boden für den 70. Jahrestag oder einen noch späteren vorbereitet werden, an dem sich dann ein russischer Präsident beim deutschen Volk entschuldigen muß, die Wehrmacht und den Hitlerfaschismus nach opferreichen Kämpfen zur Kapitulation gezwungen zu haben?

Übrigens: Zur ABF wurde ich von meinem Lehrbetrieb Gemag Zeit, damals eine sowjetische Aktiengesellschaft, delegiert. Auch diese Tatsache ist einer der zahlreichen Beweise, wie die sowjetischen Genossen in ihrer Besatzungszone das Leben nach der Befreiung vom Faschismus wieder in Gang brachten, uns neuen Mut und neue Zuversicht gaben.

**Helmut Voßwinkel, Bad Dürrenberg**

Als eifriger Spender und Leser des „RotFuchs“ will ich folgende Meinung äußern: Also das ganze „Getümmel“ um den 8. Mai 1945/2005 seitens

der offiziellen Medien und Politiker ging mir ganz schön auf den Sender. Um es klar zu sagen: Es ist und bleibt für mich ein Tag der Befreiung.

Wochenlang wurden (auch in den öffentlich-rechtlichen Fernsehkanälen) persönliche Schicksale detailliert „aufgearbeitet“, die „privaten Beziehungen“ zu Hitler groß aufgemacht. Man zeigte ihn von der „menschlichen Seite“.

Am 9. Mai übertrugen die Sender dann Ausschnitte von der Siegesparade in Moskau. Wäre ich ein 16jähriger (was ich nicht bin), würde ich denken, daß das eine Show war, die unter Beiwohnung von „großen Staatsmännern“ abgehalten wurde. Und das Motto bei der Übertragung hieß obendrein: „Aus Feinden werden Freunde“. Schlimm, daß das so endet. Und in Berlin gab es einen „Tag der Demokratie“. Da blieb ich fern, weil ich nicht weiß, welche Demokratie die meinen.

**Dirk Heinrich, Strausberg**

Aus einem antifaschistischen Elternhaus in der DDR kommend, ist es für mich wichtig, daß ich beim Arbeiter-Samariter-Bund in Crivitz jedes Jahr mit Jugendlichen Gedenkstättenfahrten nach Auschwitz und Stutthof organisiere, zu Stätten der schlimmsten Verbrechen der Menschheit, Verbrechen des deutschen Faschismus. Aber nicht nur um die Erinnerung wachzuhalten fahren wir dorthin, sondern auch um Geschichtsfälschungen entgegenzutreten.

Beim Auschwitz-Prozeß 1964/65 wurden die Aussagen eines angeklagten SS-Mannes folgenmaßen protokolliert: „Ich persönlich habe mich immer anständig benommen. Was sollte ich denn machen? Befehle mußten ausgeführt werden. Und dafür habe ich jetzt dieses Verfahren am Hals.“

Ein Verteidiger bemerkte: „Selbst wenn wir alle die Opfer aufs tiefste beklagen, so ist unsere Aufgabe hier, Übertreibungen und von bestimmter Stelle gelenkten Beschmutzungen entgegenzuwirken. Nicht einmal die Zahl von 2 Millionen Toten läßt sich im Zusammenhang mit diesem Lager bestätigen. Nur die Tötung von einigen Hunderttausend hat Beweiskraft.“

Der Adjutant des letzten Lagerkommandanten bekundete: „Wir alle, das möchte ich nochmals betonen, haben nichts als unsere Schuldigkeit getan, selbst wenn es uns oft schwer fiel und wenn wir daran verzweifeln wollten. Heute, da sich unsere Nation wieder zu einer führenden Stellung emporgearbeitet hat, sollten wir uns mit anderen Dingen befassen als mit Vorwürfen, die längst als verjährt angesehen werden müßten.“

Stets und ständig wird im Sprachgebrauch nicht nur von Faschisten das Wort Nationalsozialismus benutzt. Die Nazi-Diktatur war nicht national und schon gar nicht sozialistisch. Aber so läßt sich gut gegen den ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden hetzen.

Man sollte nie vergessen: Es waren die Rote Armee und das gesamte Sowjetvolk, die Europa und die Welt vom Faschismus befreit haben. Die USA und Großbritannien griffen erst sehr spät ein, weil man der Sowjetunion nicht ganz Europa überlassen wollte.

**Konstantin Brandt, Pinnow**

Es ist verständlich, daß ehemalige gute Nachbarn bemüht sind, sich von Zeit zu Zeit zu treffen und sich über ihr Ergehen, Erschwernisse und Hilfreiches nach ihrer Trennung zu unterhalten. Das ist nichts Ehrenrühriges. Doch wenn solche Zusammenkünfte nur genutzt werden, um über den Verfall dessen, was von ihnen zurückgelassen werden mußte, nur über notwendige Wiedergutmachung durch jene, die ihnen angeblich „Unrecht“ getan haben, zu sprechen, ohne wissen zu wollen, daß zuvor – auch in ihrem Namen! – anderen größtes Unrecht zugefügt wurde, dann ist das sehr bedenklich. Und aufhorchen, ja zum Widerspruch herausfordern läßt es, wenn Repräsentanten der Bayern, wie ein Herr Stoiber bei ehemals Sudetendeutschen, neuerdings auch der sächsische Herr Milbradt bei den vormaligen Ostpreußen dazu auffordern, „das Erinnern an zugefügtes Unrecht“ immer wachzuhalten. Das heißt doch nichts anderes, als zur Revanche zu

rufen und den Zweiten Weltkrieg als nicht beendet zu betrachten.

**Kurt Eckardt, Chemnitz**

Herzlichen Dank für den freundlichen Gruß zu meinem 80. Geburtstag. Solidarität tut wohl in diesen Tagen, nicht nur unter Gleichgesinnten, und gibt Kraft und Zuversicht. Das Ende dieses Zivilisationsmodells werde ich wohl nicht mehr erleben, aber die Vorfreude darauf kann mir keiner nehmen.

Vieles, was um den 8. Mai zu hören war, macht mir Sorgen. Ich werde diesen Tag des Sieges über den Nazifaschismus nicht vergessen. Mein Vater im Zuchthaus und nach Verbüßung seiner Strafe in Buchenwald, die Mutter mit meinem jüngeren Bruder im Bombenkeller und ich in Norwegen als Kriegsgefangener. In die Uniform der Wehrmacht gepreßt, hatte ich den Krieg überlebt. (...) Am 1. Juli 1946 war ich wieder zu Hause. Am 2. Juli habe ich mich organisiert, Partei, Gewerkschaft und FDJ. Es begannen die besten Jahre meines Lebens. Im Oktober 1947 wurde ich zum Landesvorstand Thüringen delegiert und habe im Referat Justiz gearbeitet und die Volksrichterlehrgänge mit organisiert.

Eines Tages rief mich Fritz Heilmann, ein wahrer Volkstribun, zu sich. „Du gehst jetzt mit mir zur Blocksitzung. Wir haben in diesem Monat den Vorsitz. Du mußt das auch lernen.“ Es stand der Maiaufbruch 47 zur Debatte. Die Sache lief gut an, doch plötzlich drohte die Sitzung zu scheitern. Die Vertreter der kleinbürgerlichen Parteien wollten am 1. Mai nicht mit der roten Nelke demonstrieren. Was nun? Da schlug Fritz eine rosa Nelke vor und eine Pause. Er muß wohl an meinem Gesicht gesehen haben, daß ich das geradezu als Verrat empfand. Schon lag seine Hand kameradschaftlich auf meiner Schulter. „Mit dem Rosa ist das so eine Sache. Mal fällt es schwächlich aus, mal ganz kräftig. Unser Rosa ist kräftig, mach dir keine Sorgen.“ Dazu ein ganz freundlicher Blick, und wir hatten uns verstanden. Nach der Pause ging es ohne Schwierigkeiten. Der Kompromiß wurde angenommen und der Maiaufbruch einstimmig gefaßt. Die Maidemonstration lief. Die rosa Nelke, kräftig ausgefallen, störte nicht, auch die Blockfreunde nicht. Politik ist mitunter ganz einfach und kann auch Spaß machen.

**Werner Keppel, Gera**

Wir haben in den letzten Wochen und Monaten oft über den Faschismus, seine Niederlage 1945 und seine heutige Perspektive gesprochen.

Auf den Konferenzen der Antihitlerkoalition hatten die Westmächte Pläne vorgelegt, die eine Zerschlagung Deutschlands bedeuteten. Stalin hingegen sagte: „Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk, der deutsche Staat aber bleiben.“ Wer eine solche Einstellung hat und als Befreier gelten will, kann nicht mit Terror gegen die Bevölkerung vorgehen. Auch die Rote Armee verfügte über starke Fliegerkräfte, die Bomben abwerfen konnten. Diese wurden entsprechend der strategischen und taktischen Überlegungen der Führung dieser Armee vorwiegend für Einsätze genutzt, um Frontabschnitte zum Angriff von Infanterie- und Panzerkräften vorzubereiten. Soweit meine Kenntnisse reichen, gibt es keine Stadt, die von sowjetischen Bombern dem Erdboden gleichgemacht worden wäre.

Im Gegensatz dazu haben die anglo-amerikanischen Fliegerkräfte ihre Ziele genau auf die Ansammlungen der Bevölkerung zugeschnitten. Eines der herausragendsten Beispiele ist Köln, wo viele tausend Tote zu beklagen waren. In den dortigen Ford-Werken aber, die Kriegsgüter produzierten und auch zu diesem Zeitpunkt noch kriegswichtig waren, ist keine einzige Bombe gefallen.

**Günther Wassenaar, Reinsdorf-Dobien**

Wenn man die Medienmanipulation zusammenfaßt, so könnte man meinen, das deutsche Volk sei allein Opfer des Krieges geworden. Geschickt werden die Leiden, die Vergewaltigungen, die das deutsche Volk zu tragen hatte, so dargestellt, als hätte es vorher nicht die Millionen Toten und Ermordeten in aller Welt gegeben. Die überragende Rolle der Roten Armee, die die Hauptmasse der

Wehrmacht unter ungeheuren Opfern vernichtet hat, wird völlig unterschlagen. Die nach 1990 Geborenen könnten meinen, wir wären von den Amerikanern befreit worden. Die Pressetendenz ist eindeutig antirussisch, antisowjetisch.

Eine dominierende Rolle bei den Diskussionen spielt das Thema Vergewaltigungen. In der DDR verdrängt, tabuisiert, wird es nun von der anderen Seite genüßlich für die Systemauseinandersetzung herangezogen. Die Volksmeinung reicht von schrankenloser Verurteilung bei den einen bis zur totalen Tolerierung der anderen mit dem Hinweis, das sei nun mal in Kriegen so.

Ich halte es da mit meinem Schulbuchvorbild Pawel Kortschagin in „Wie der Stahl gehärtet wurde“. Dort werden ertappte Angehörige der Roten Armee als Vergewaltiger von den eigenen Leuten an die Wand gestellt. Auf die Frage Kortschagins „Warum so hart?“ antwortet der zuständige Kommandeur: „... auf die rote Fahne darf kein Schmutzfall fallen“.

**Eberhard Müller, Dresden**

Seit 11/2 Jahren bin ich „RotFuchs“-Leserin und möchte seitdem diese Zeitschrift nicht mehr missen. Als Mitglied von ISOR bewegt sich mein Leben nach wie vor in einem ziemlich großen Kreis Gleichgesinnter, so daß der politische Meinungsaustausch jederzeit gegeben ist. Trotzdem ist, bedingt durch unseren auch nach bald 15 Jahren noch zu führendem Kampf gegen das Rentenstrafrecht, so manches etwas in den Hintergrund getreten, was durch den „RotFuchs“ wieder aufgefrischt wird. Ich denke hier an die Artikel über hervorragende Kämpfer gegen Faschismus und Krieg oder an die Interviews mit DDR-Schriftstellern und Künstlern.

Es ist für mich eine große Freude zu erfahren, wie viele ihrer politischen Gesinnung treu geblieben sind. Das ist in dieser Welt, die vom Antikommunismus und geschichtlichen Verfälschungen (siehe Knopp u. a.) geprägt wird, von großer Bedeutung für unseren weiteren gemeinsamen Weg. Leider waren und sind unsere Bemühungen, die über die DDR und ihre Menschen, angefangen bei den Jungen Pionieren bis hin zum MiS, verbreiteten Lügen und Geschichtsfälschungen richtigzustellen, noch nicht von hinreichendem Erfolg. (...) Abschließend möchte ich sagen, daß der „RotFuchs“ für alle ehrlichen Menschen eine echte Bereicherung ist. Dazu gehören auch die Einschätzungen der internationalen politischen Lage, die Aufdeckung von Hintergründen sowie der offene Meinungsaustausch. Das ist auch für meine politische Arbeit – seit 59 Jahren bin ich Mitglied der Partei über KPD/SED und jetzt PDS und noch immer Vorsitzende einer kleinen Basisorganisation – besonders wertvoll.

Deshalb denke ich, es ist an der Zeit, dem „RotFuchs“-Förderverein beizutreten, was ich hiermit tue.

**Charlotte Staudte, Dresden**

Da begeben sich Politiker der BRD und der EU in einen souveränen Staat, um sich dort in dessen innere Angelegenheiten einzumischen. Als man ihrem Treiben bereits im Vorfeld einen Riegel vorschiebt und sie wegen ihrer unfreundlichen Aktivitäten des Landes verweist, reagieren sie wie beleidigte Leberwürste. So geschehen am 20. Mai in der Republik Kuba. Dort fand, übrigens mit Genehmigung der Regierung, ein offizielles „Dissidententreffen“ (sollte man nicht besser sagen: „Treffen der Feinde des sozialistischen Kuba“?) statt. Das war für Arnold Vaatz, den heutigen Bundestagsabgeordneten und bei den DDR-Bürgern als einer der Unterwanderer und Abwickler der DDR berüchtigt, der Anlaß, sofort nach Kuba zu reisen, um zusammen mit anderen EU-Politikern den versammelten „Dissidenten“ seine „Erfahrungen“ zu vermitteln. Dabei geht es einem Herrn Vaatz nicht darum, dem kubanischen Volk, wie von ihm betont, mehr Freiheit und Demokratie zu bringen, sondern den inneren Feinden des Landes (die übrigens eine deutliche Minderheit darstellen!) Methoden vorzuführen,

wie der sozialistische Staat kurz- oder mittelfristig beseitigt werden kann.

Vielen DDR-Bürgern ist die „Arbeitsweise“ dieser Vertreter der 5. Kolonne unruhig bekannt. Die kubanischen Sicherheitsorgane haben glücklicherweise die Absichten solcher „Freiheitskämpfer“ rechtzeitig durchschaut und die notwendigen Schritte eingeleitet.

Die Reaktion von Herrn Vaatz und der EU ließ nicht lange auf sich warten. Er bezeichnete das berechtigte Handeln der kubanischen Seite unter Verdrehung von Ursache und Wirkung als „Verstoß gegen das internationale Recht“ und erklärte, man solle die Sanktionen gegenüber der Republik Kuba umgehend wieder verschärfen. Die Leidtragenden wären, wie immer, die einfachen Menschen, um deren Wohl man doch angeblich so bemüht ist.

**Gottfried Fleischhammer, Leipzig**

Seit dem Artikel von J. Dressler im Oktober-Heft habe ich mich mit der Problematik Konsumideologie, Bedürfnisse, deren Befriedigung und der Rolle des Marxismus in diesem Zusammenhang auseinandergesetzt. Ich behaupte, daß nur materialistisch-dialektisches Herangehen an die Zukunftsfragen, insbesondere eine fundierte Analyse der Probleme, hilfreich bei der Suche nach Lösungen sein kann. Ich habe nirgends einen Hinweis darauf gefunden, daß der Terminus „Konsumideologie“ im Marxismus dafür eine Rolle gespielt hätte. Die Übernahme der landläufigen Argumente der deutschen Politik führt in die Irre und fördert Auffassungen, mit denen gerade wir Deutschen sehr vorsichtig sein sollten und die ich persönlich strikt ablehne (Geburtenregulierung zur Verbrauchsreduzierung).

Als Ingenieur im Ruhestand beschäftige ich mich aus Interesse mit alternativen Energieformen und den Quellen, die künftig stärker im volkswirtschaftlichen Sinne genutzt werden können. Aus diesem Wissen resultiert meine Ablehnung des pessimistischen Ansatzes bei Dressler und anderen Autoren zur Endlichkeit der Ressourcen und den daraus gezogenen Schlußfolgerungen. Es ist unbestritten, daß die Verteilung der Reichtümer dieser Welt neu geregelt werden müßte. Wer soll das tun, wenn der Kapitalismus nach der Zerstörung der sozialistischen Alternative konkurrenzlos schaltet und waltet?

**Dr. Adolf Eser, Muldenstein**

Manfred Naundorf gebührt Dank für die Erinnerung an den Angenfort-Prozeß (RF Nr. 89). Die Vorbereitung zum Hochverrat erforderte auch nach damaligem Recht als wesentliches Tatbestandsmerkmal Gewalt. Daß eine solche von der FDJ ausging, konnte während des gesamten Prozesses nicht belegt werden. Also behalf sich der 6. Strafsenat des BGH mit einer sehr merkwürdigen Konstruktion: Die FDJ hatte sich zum „Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands“ der KPD bekannt. Dort ist auch das Mittel des Generalstreiks erwähnt worden. Die in ihm liegende Gewaltanwendung müsse aber keineswegs immer rechtswidrig sein, erklärte das Gericht. „Sie ist es insbesondere dann nicht, wenn diese schärfste und letzte Waffe im Kampf gegen eine illegale Regierung eingesetzt wird, wie es beim Kapp-Putsch geschehen ist. Daß der Generalstreik, der zum Sturz der Kapp-Regierung führte, kein hochverräterisches Unternehmen war, hängt aber nicht damit zusammen, daß der Streik keine Gewaltanwendung ist, sondern einzig und allein damit, daß er als Waffe gegen eine illegale Regierung nicht illegal, sondern legal war.“

Bezogen auf die FDJ warf der Senat die Frage auf, ob die propagierte Waffe des Streiks zum Sturz der Regierung Adenauer ein legales Unternehmen sei und beantwortete dies sogleich abschlägig. Jupp Angenfort, der sich in Untersuchungshaft befand, mußte die Strafe weitgehend verbüßen.

**RA Ralph Dobrawa, Gotha**

Dr. Hans Küstner behandelt in seinem Artikel (RF 88) den FDGB, ausgehend vom Gründungsauftrag, der von Vertretern der früheren Richtungsge- werkschaften verfaßt und unterschrieben worden

war, ohne die Ziele und den Inhalt der künftigen einheitlichen Gewerkschaften zu nennen. Es war im Gründungsauftrag aber beschlossen worden: „Die neuen freien Gewerkschaften sollen unter Zusammenfassung aller früheren Richtungen in ihrer Arbeit eine Kampfeinheit zur völligen Vernichtung des Faschismus und zur Schaffung eines neuen demokratischen Rechts der Arbeiter und Angestellten werden. Ihre Aufgabe ist vor allem, mitzuhelfen bei der Neugeburt unseres Volkes und bei der Heilung der Wunden, die der unselige Hitler-Krieg der Welt geschlagen hat.“

In den Jahren 1945 bis September 1950 hatte der FDGB getreu dieser Zielstellung an der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung, die unter Führung der SED im Osten Deutschlands erfolgt war, aktiv teilgenommen. Der 3. FDGB-Kongreß dankte der SED für ihre Politik im Interesse der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen. Unter ihrer Führung hatte der FDGB an der demokratischen Bodenreform, der Schulreform und am sächsischen Volksentscheid zur Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher mitgewirkt und damit für die Ziele des Gründungsauftrags erfolgreich gearbeitet. In einigen Vorständen der Gewerkschaften gab es damals noch Auffassungen von „politischer Neutralität der Gewerkschaften“ und auch Versuche, den FDGB von der SED zu trennen.

Eine klare weltanschauliche Position der gewerkschaftspolitischen Tätigkeit war unumgänglich und wurde in der neuen Satzung des FDGB verankert. Nur der Marxismus-Leninismus konnte eine reale Grundlage für erfolgreiches gewerkschaftliches Handeln sein.

Dr. Hans Küstner vertritt in seinem Artikel die Auffassung, der 3. FDGB-Kongreß habe mit der Anerkennung der führenden Rolle der SED „objektiv die positiven Anstrengungen anderer politischer Kräfte negiert“ und somit eine „eingengende Entscheidung“ getroffen. Aber er nennt diese Kräfte nicht.

Zur jetzigen Situation: Im DGB sind nicht zwei Gewerkschaften vereint. Die ehemaligen FDGB-Mitglieder wurden lediglich „übernommen“. An deren Erfahrungen und Leistungen waren die DGB-Funktionäre leider nicht interessiert.

**Dr. Hans Eckart, Dresden**

Blättere ich die mir zugänglichen mehr oder minder linksgerichteten Periodika durch, so kommen immer die Älteren und Alten mit ihren oft sehr dramatischen politischen Lebenserfahrungen zu Wort. Das ist sicher gut und notwendig und bringt – richtig dosiert – auch junge Menschen zum Nachdenken.

Eine zweite große Thematik ist die Auseinandersetzung mit der Jetzt-Zeit. Das reicht von Gorbatschow bis Bush und von Brandt bis Münterfering. Was aber für meine Begriffe zu kurz kommt, sind die Visionen hinsichtlich der Zukunftsgestaltung, also der Zeit nach dem Kapitalismus.

Die bürgerlichen Medien tun immer so, als sei mit den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen das Endstadium der Menschheitsgeschichte erreicht, und die jetzt lebende Generation wie alle künftigen müßten sich mit dem Raubtierkapitalismus abfinden und sich entsprechend einrichten.

Das dritte große Thema also, das vor allem jungen Menschen Auskunft über das Aussehen einer sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft geben sollte bzw. muß, wird kaum irgendwo lesbar und inspirierend abgehandelt. Fehlen uns nur große Visionäre in der Ökonomie, der Literatur, der Philosophie wie sie Kuczynski, Brecht, Bloch und andere waren?

**Helmut Hellge, Berlin**

Eine Bemerkung zu Ernst-Otto Christalles Beitrag im RF 88: Eine gerechte Wertung der Persönlichkeit Luthers auf marxistischer Grundlage setzt die Anwendung der Konzeption der frühbürgerlichen Revolution in der Einheit von Reformation und Bauernkrieg voraus. Die Reformation war Startbahn und Rahmen dieser „Revolution Nr. 1 der Bourgeoisie“ (F. Engels), der Bauernkrieg, deren „kritische Phase“ (E. Engelberg). Diese Revolution siegte in Gestalt der Reformation (trotz Rekatholisierung) in weiten Teilen Europas und bereitete den bürgerlichen Revolutionszyklus des

18. und 19. Jahrhunderts vor. Die Revolution erlitt in Gestalt des Bauernkrieges (der bäuerlich-plebejischen Variante) eine Niederlage. Gestützt auf diese Konzeption ist Luther (wie auch Müntzer) zu beurteilen. Beide Akteure sind in die Zusammenhänge der Epoche einzuordnen.

Luther „fiel nicht um“; von Anfang an strebte er eine gemäßigte, gewaltfreie Reformation an. Das harte Wort gegen die Bauern kann nicht Maßstab der Beurteilung Luthers sein. Es behindert den Zugang zu seiner Lebensleistung. Die von ihm initiierte Reformation konnte nur im Schutz des Landesfürsten erfolgreich sein, der seinerseits vom ökonomischen Druck Roms loskommen und die eigene Partikulargewalt ausbauen wollte. Gerade deshalb verteidigt er diesen mit „Zähnen und Klauen“ gegen die Hauptfeinde: die Papstkirche und die Bauern.

Man sollte beachten, daß Luther der Vertreter einer sich herausbildenden bürgerlichen Intelligenz war, die jenen Schutz suchte und brauchte. Luthers soziale Lage, seine Klassenposition geboten, so zu handeln. Eine Herauslösung aus den Widersprüchen der Epoche führt in jedem Falle zu anachronistischen Überforderung Luthers. So bremste er die Radikalisierung der „Revolution Nr. 1“ und wandte sich naturgemäß gegen Müntzer. Dieser wiederum repräsentiert die äußerste Linke in der Revolution, diente dieser objektiv, mußte aber scheitern. Die Mehrheit der Bauern und Plebejer folgte Müntzer nicht. Vergessen wir auch nicht: Luther und Müntzer waren Theologen. Erst dieser Ausgangspunkt gestattete im 16. Jahrhundert revolutionäres Denken und Handeln. Beide sind, in unterschiedlicher Repräsentanz, progressive Akteure einer Revolution. Die Papstkirche und damit das europäische Feudalsystem erlitten im Gefolge der Revolution, an der Luther überragenden Anteil hatte, eine irreparable Schwächung. Luther – einer, „der umfiel“, gar ein „Verräter“? Das stimmt so wohl nicht.

**Dr. Peter Fisch, Dresden**

Die „RotFuchse“ aus dem Harz trafen sich wie in jedem Jahr zu Marxens Geburtstag an seiner Wernigeroder Büste. In diesem Jahr schon am 4. Mai. Denn der 5. war Himmelfahrt. Das Thema der anschließenden Diskussion lautete: „Marx ist aktuell.“

Wir waren uns einig: Politik ohne wissenschaftlich-theoretische Grundlagen hat keine Zukunft. Also ist und bleibt die Theorie vom Sozialismus-Kommunismus ihr fester Bestandteil. Dabei ist uns jedes Exemplar des „RotFuchs“ eine wesentliche Hilfe.

Im Ergebnis der Debatte zum Marx-Geburtstag haben wir weitere Abonnenten gewonnen, die ihren sozialistischen Idealen treu geblieben sind.

**Egon Eismann, Wernigerode**

Seit ich vor sechs Jahren – seinerzeit noch in Berlin lebend – durch DKP-Genossen den „RotFuchs“ kennen und schätzen lernte und später sein Abonnent wurde, ist wohl kein Monat vergangen, daß ich mich nicht immer wieder auf die Zustellung der neuesten Ausgabe (übrigens auch Respekt und großes Dankeschön an Herrn Neumann und seine Mitarbeiter im Vertrieb!) sehr gefreut habe. Ganz besonders bin ich wieder von Ihrer Juni-Ausgabe angetan. Mich interessierte beinahe jeder Beitrag sowie die Leserzuschriften. Ausschnitte von zehn Artikeln habe ich wieder in etlichen Kopien anfertigen lassen und als Informationsmaterial bzw. Werbung meiner Korrespondenz hinzugefügt.

**Helmut Jaeger, Colditz**

Während Plauens Bürger der schrecklichen Bombenopfer vom 10. April 1945 gedachten, brachte es dessen Oberbürgermeister Oberdorfer fertig, fast gleichzeitig die Schau von Peter Strucks Luftwaffe den empörten Einwohnern zu präsentieren. Da wurden deutsche Tornados mit dem schwarzen Balkenkreuz gepriesen, die im Frühjahr 1999 während des Überfalls der NATO auf Jugoslawien Tod und Vernichtung brachten. Da tragen die Luftwaffenangehörigen nicht nur Ärmelbänder mit den Namen „Geschwader Richthofen“, „Immelmann“ und „Boelcke“, aus der blutigen Geschichte

des deutschen Militarismus sattem bekannt, sondern auch von Mölders, Görings und Hitlers Fliegeridol.

Mit der aufwendigen Schau soll der Bevölkerung beigebracht werden, daß die Luftwaffe nur noch zu ihrem Schutz vor terroristischen Anschlägen eingesetzt werden soll. Unbeantwortet bleibt die Frage, wofür dann ihre Milliarden verschlingende Aufrüstung mit modernsten Typen gedacht ist. In Plauen hieß es, daß die Schau die letzte ihrer Art sei. Gegenwärtig wird sie allerdings im westsächsischen Zwickau gezeigt. Die maßlose Steuergeldverschwendung geht also weiter.

**Heinz Behrendt, Plauen**

Es mag ja alles richtig sein, was Prof. Heinz Wachowitz im April-Heft zu Papier gebracht hat. Aber ich halte mich lieber an das, was mir viele DDR-Bürger erzählt haben. Für die wurde die Überlegenheit des Sozialismus nicht daran festgemacht, daß er mehr Konsumgüter als der Kapitalismus produzieren kann. Ökonomische Überlegenheit hin, Arbeitsproduktivität her – Lebensqualität hat nicht nur mit materiellem Wohlstand zu tun.

**Dieter Bartsch, Berlin**

Was ich am „RotFuchs“ so gut finde: Gestaltung und Aufbau, Zusammenhang und Inhalt! Ich lese den RF begeistert und mit Spannung, auch wenn die Mai-Ausgabe mit sehr traurigen und furchtbaren Dingen beschwert ist. Die Hoffnung, es werde besser, durchzieht die „RotFuchs“ mit einem wirklich roten Faden. Danke!

**Andreas Rösler, Hamburg**

Die derzeitige Diskussion in der BRD über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer macht die nächste „Reform“ bereits sichtbar. Die Massenmedien suggerieren allenthalben, daß eine angehobene Mehrwertsteuer „die Rahmenbedingungen im Zusammenspiel von Politik und Wirtschaft verbessern würde“. Das bedeutet nichts anderes, als „der Wirtschaft“ in der BRD weitere Zugeständnisse zu machen, damit sie angeblich wieder angekurbelt werden kann, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Der ständige Mehrwertsteuervergleich in den EU-Ländern und das dabei festgestellte „Zurückbleiben“ der BRD deuten darauf hin, daß wir schon bald mit einer drastischen Erhöhung zu rechnen haben. Dabei tragen ausschließlich die Verbraucher den damit verbundenen Kaufkraftverlust.

**Wilhelm Deistel, Bernburg**

Horst Schneider hat wieder einmal einen tollen Beitrag, diesmal über den janusköpfigen Papstpapst Karol Wojtyla, geschrieben. Ja, selbst klerikale Würdenträger urteilen, Wojtylas Verdienste seien mehr politischer und weniger religiös-theologischer Art. Vielleicht mag manch einer einwenden, dieser Antikommunist par excellence habe doch gelegentlich die kapitalistische Profitgier und den Krieg gegeißelt. Sehen wir genauer hin: In einer sächsischen Tageszeitung hieß es am 5. 6. 2004: „Johannes Paul II. hat gestern beim Treffen mit Präsident George W. Bush im Vatikan seine Kritik an der Irak-Politik der USA erneuert.“ Und: „Mit scharfen Worten verurteilte der Papst den Folterskandal in Irak.“ Der Papst hat also nicht den Krieg, sondern lediglich das Quälen wehrloser Kriegsgefangener verurteilt.

Das Pressefoto darüber zeigt Bush devot gebeugt vor dem „Heiligen Vater“, als müßte der Präsident diesem seinen tiefen Dank für etwas abstaten, was Hitler nicht gelang: die Vernichtung der Sowjetunion und des Sozialismus in Europa.

**Hans Morgenstern, Dresden**

Ein Wort zu Aussagen, die nach der Bearbeitung meines Leserbriefes im Mai-„RotFuchs“ untergegangen oder entstellt worden sind:

1. Die Einschätzung der Polizei im Vorfeld der Demonstration und der Mahnwache (Nazi-Veranstaltung und Gegendemonstration) und die Aussagen des Bürgermeisters von Bretzenheim sind zwei verschiedene Dinge. Die Polizei hat an der Mahnwache Beteiligte als gewaltbereite Choten hingestellt. Der Bürgermeister hat geäußert,

daß die Gedenkstätte kein Demonstrationsplatz sei. Dabei hat er Nazis und Antifaschisten auf eine Stufe gestellt. Bei der Entschuldigung des Bürgermeisters ging es um seine Aussagen. Das hat nichts mit der Polizei zu tun.

2. Die Einschätzung der Polizei und die Aussagen des Bürgermeisters wurden in der örtlichen Presse veröffentlicht. So ist das Anliegen der Mahnwache bei der Bevölkerung nicht angekommen.

3. Das Hauptproblem besteht darin, daß man Opfer von Krieg und Faschismus nicht auseinanderdividieren darf. Geschichtliche Fakten müssen wir auch bezüglich der Opfer, die von den Alliierten verursacht wurden, ehrlich darlegen. Wir erleben, daß die Nazis die Opfer gegeneinander ausspielen, wenn uns diesbezüglich Versäumnisse unterlaufen.

**Petra Reichel, Bad Kreuznach**

Nach jahrelangen Diskussionen will Berlin ab 2007 ein neues Gefängnis für 650 Häftlinge im brandenburgischen Großbeeren bauen. Die reinen Errichtungskosten sollen sich auf etwa 87 Millionen Euro belaufen, berichtete der „Tagesspiegel“.

Die Berliner Gefängnisse sind schon seit längerem überfüllt. Knapp 5500 Menschen verteilen sich zuletzt auf rund 5000 Haftplätze. In den vergangenen Jahren mußten daher immer wieder Hunderte Häftlinge entlassen werden. Die derzeitigen Zustände seien unhaltbar, sagte Justizsenatorin Karin Schubert (SPD) der Zeitung.

„Es muß irgend etwas faul im Innersten eines solchen sozialen Systems sein, das seinen Reichtum vergrößert, aber dabei die Armut nicht verringert und in dem die Kriminalität sogar schneller als die Bevölkerung wächst“, schrieb Karl Marx im Jahre 1859.

**Hans Horn, Berlin**

Ich habe den gleichen Kampf wie viele „RotFuchs“-Genossen geführt, nur ganz unten an der Basis und mit weit weniger Gleichgesinnten: Als Verwaltungslehrling, in großen VEBs und als Buchhalter in einer großen LPG. Meine Erfahrungen sind u. a.: 1. Es gab eine bewußte „sozialistische Menschengemeinschaft“ bestenfalls hier und da in Ansätzen. 2. Durch das Fehlen wirksamer Regulative wurden Arbeitszeit, Arbeitsmittel und Material in einem Maße vergeudet, daß wir damit nach 40 Jahren den Westen hätten weit überholen können. 3. Erste Voraussetzung für eine funktionierende sozialistische Gesellschaft ist die entsprechende Veränderung des Bewußtseins der Menschen (dann wird sich auch die „Eigentumsfrage“ optimal lösen lassen).

**Johannes Dressler, Zechlinerhütte**

Hohe Aktualität besitzt das Thema „Arbeit“, wie es von Norbert Kornau (RF 88) beleuchtet wird. Gegen die Argumentation gibt es nichts einzuwenden. Einige ergänzende Bemerkungen: „Mit der Verwertung der Sachenwelt nimmt die Entwertung der Menschenwelt in direktem Verhältnis zu ...“ Wie lebendig doch Marx heute ist!

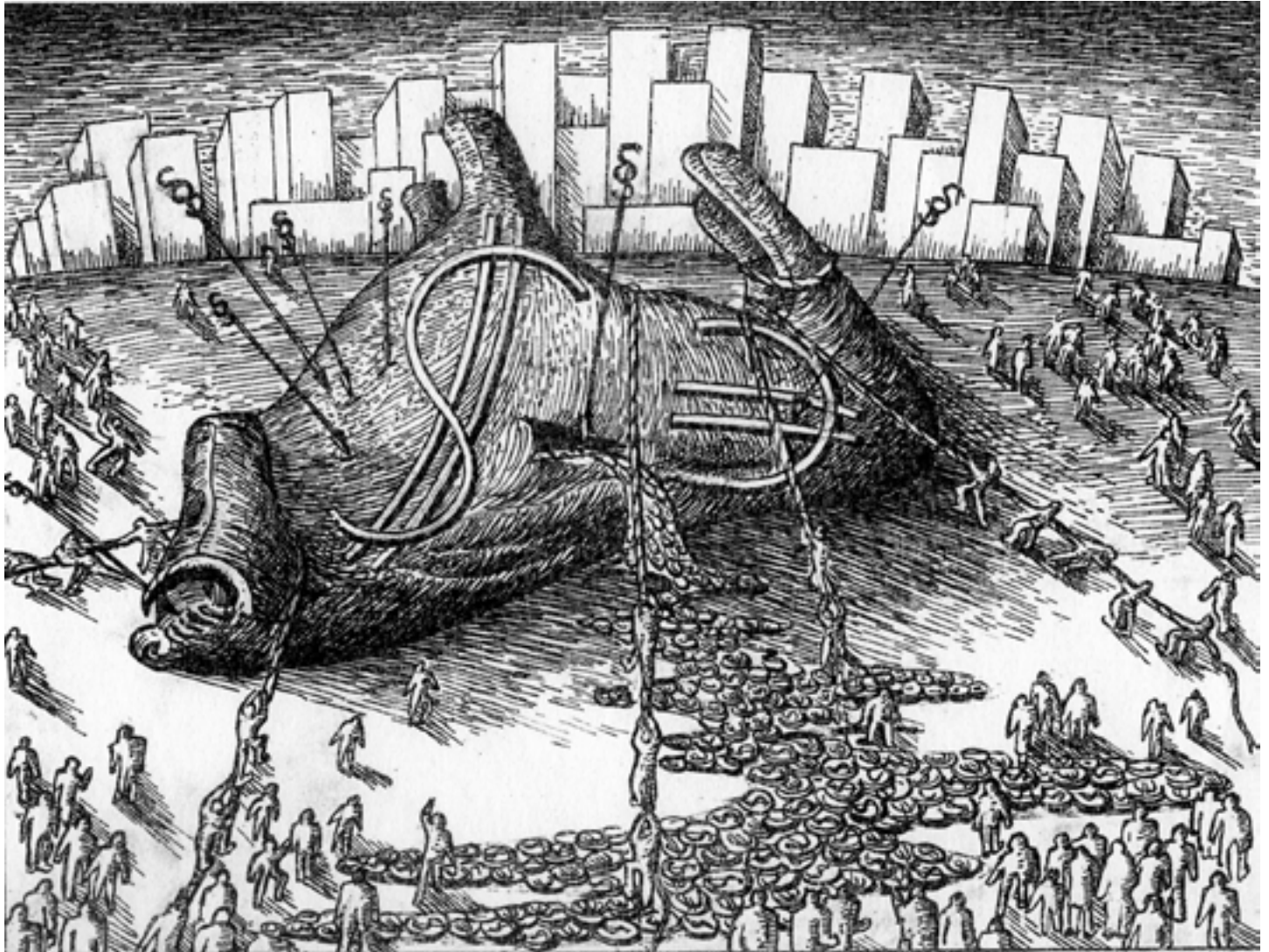
Arbeit kann sowohl Fluch als auch Segen sein. Das hängt davon ab, was für eine Vorstellung die Gesellschaft von der Arbeit hat, wovon die Arbeit bestimmt wird.

Wir hören, der Gesellschaft gehe die Arbeit aus. Wachsende Arbeitslosigkeit erweckt diesen Eindruck. In Wirklichkeit geht nicht die Arbeit, sondern die profitable Arbeit aus. Nur daran ist diese Gesellschaft interessiert. Wie und wie lange kann sie an ihren Grenzen verharren?

Der doppelt freie Lohnarbeiter, einst ein großer Fortschritt, stellt sich heute mehr und mehr selbst in Frage. Obwohl er noch juristisch frei ist, wird er millionenfach in unwürdige Jobs gezwungen.

Was derzeit stattfindet, ist nicht nur gnadenlose Ausbeutung. Hinzu kommen Demütigung, Menschenverachtung und relative wie absolute Verelendung.

**Roland Winkler, Remseck**



Im Namen des Volkes ...

Grafik: Klaus Parche

**Die Regionalgruppe Berlin lädt zum 8. Juli, um 16.30 Uhr,** in die Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203–205, zu einer Veranstaltung aus Anlaß des 60. Jahrestages der Gründung des FDGB ein. Es spricht die letzte FDGB-Vorsitzende **Annelis Kimmel** zu dem Thema:

## Aufbruch Leistung Liquidierung

**Am 23. und 24. Juli** findet in der **Linken Jugendbibliothek Gera**, Keplerstraße 34–36, ein Seminar zur Theorievermittlung unter Beteiligung des RF-Fördervereins statt. Es geht um Fragen der

### politischen Ökonomie, der Imperialismus-Analyse, der Revolutionstheorie und des Sozialismus

Für Verpflegung wird gesorgt.  
Übernachten mit Schlafsack. Unkostenbeitrag: 6 Euro ermäßigt, 8 Euro für Vielverdiener

## Neue Regionalgruppe

Am 13. Juni ist in Bautzen eine Regionalgruppe **Oberlausitz** des „RotFuchs“-Fördervereins gegründet worden.

Mit ihrer Leitung wurde der ehemalige Chefredakteur der sorbischen Tageszeitung „Nowa Doba“ und frühere PDS-Landtagsabgeordnete **Sieghard Kosel** betraut.

## IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

**Herausgeber:**  
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

**Chefredakteur:** Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)  
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,  
☎ 030/5613404, Fax 030/56493965  
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de  
(Redaktionsadresse)

**Layout:** Egon Schansker

**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund

**Internet:** www.rotfuchs.net

### Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki  
Rolf Berthold  
Isolda Bohler (Valencia)  
Dr. Manfred Böttcher  
Dr. Vera Butler (Melbourne)  
Wolfgang Clausner  
Ralph Dobra  
Dr. Rudolf Drux  
Dieter Fechner  
Dr. sc. Gerhard Feldbauer  
Dr. Peter Fisch  
Bernd Fischer  
Peter Franz  
Günter Freyer  
Dr. Ernst Heinz  
Hans-Dieter Hesse  
Manfred Hocke  
Werner Hoppe  
Hans Horn  
Dieter Itzerott

Dr. Erhard Kegel  
Dr. Hans-Dieter Krüger  
Prof. Dr. Hans Lutter  
Wolfgang Mäder  
Bruno Mahlow  
Dr. Bernhard Majorow  
Wolfgang Metzger  
Prof. Dr. Harry Milke  
Frank Mühlefeldt  
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)  
Dr. Norbert Pauligk  
Richard Georg Richter  
Prof. Dr. Werner Roß  
Gerhard Schmidt  
Prof. Dr. Horst Schneider  
Fritz Teppich  
Dr.-Ing. Peter Tichauer  
Prof. Dr. Ingo Wagner  
Stefan Warynski (Warschau)  
Prof. Dr. Günter Wilms

### Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger  
Arno Fleischer  
Heinz Herresbach  
Klaus Parche  
SHAHAR

### Internet

**Aktuelle RF-Ausgabe:**  
Iris Rudolph

**PC-Systembetreuerin:**  
Sylvia Feldbinder

### Versand und Vertrieb:

Armin Neumann  
Salvador-Allende-Straße 35  
12559 Berlin ☎ 030/6545634  
arminneumann@web.de  
Marianne Ahrens,  
Sonja Brendel, Bruni Büdler,  
Christa und Bernd Koletzki

Redaktionsschluß ist jeweils der 15. des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.